

DISKURS

STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS. HEFT 11



LINKES DENKEN IM 20. JAHRHUNDERT
EINE AUSWAHL (IV)

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
herausgegeben von
Klaus Kinner, Wolfgang Scheler und Ernst Wurl

HEFT 11
LINKES DENKEN IM 20. JAHRHUNDERT
EINE AUSWAHL (IV)

Seit die Vortragsreihe über linkes Denken im 20. Jahrhundert ins Leben gerufen wurde, das war 1998 mit Blick auf die nahende Jahrhundertwende, füllen die Autoren mit ihren Beiträgen nun schon das vierte Heft in den Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Im Überblick über die bisher behandelten Themen wird der interessierte Leser beurteilen können, ob die Absicht, die wir mit dem Projekt verfolgten, aufgegangen ist. In lockerer Folge sollten linke Denker, Strömungen, Theorien und Bewegungen vorgestellt und diskutiert werden. Ein sozialistisches Denken, das den Forderungen der Welt von heute gerecht wird, so der Grundgedanke, hat zur Voraussetzung, sich aus der Enge zu befreien, in die uns die Fixierung auf eine Strömung, auf den Marxismus-Leninismus, geführt hatte. Es muß sich den ganzen Reichtum erschließen, den im zurückliegenden Jahrhundert, von dem wir alle geprägt sind, das Denken über Humanität und Fortschritt der Menschheit, über Frieden zwischen den Völkern und mit der Natur, über soziale Gerechtigkeit, über Antimilitarismus und Antifaschismus hervorgebracht hat. Und es muß aufklären über die Illusionen und Irrungen, über die Fehlversuche und Abwege, damit sie für die Zukunft vermieden werden.

Bisher erschienen Aufsätze, die Persönlichkeiten linker geistiger und politischer Strömungen wie Eduard Bernstein, Antonio Gramsci, Herbert Marcuse, Leo Trotzki, Nikolai Bucharin, Georg Lukács und Rudolf Bahro würdigen und kritisch werten. Weitere Beiträge behandeln Theorien und geistige Strömungen, so die Theologie der Befreiung, den Austromarxismus als klassischen Linkssozialismus, Ernst Blochs »Prinzip Hoffnung« sowie Bernsteins revisionistisch-reformistischen Sozialismus und seine Bedeutung für die Zukunft der Linken. Hinzu kommen Beiträge über die religiös-sozialen Bewegungen in Lateinamerika und über die Reformkommunisten in Osteuropa (50er und 60er Jahre), über deren geistige Quellen und politische Vorstellungen.

Das vorliegende Heft Linkes Denken im 20. Jahrhundert (Eine Auswahl IV) setzt die Reihe mit weiteren Beiträgen zum Denken linker Bewegungen und geistiger Strömungen fort. Vieles wird noch zu erschließen sein.

WOLFGANG SCHELER

INHALT

Klaus-Jürgen Grün

*Unterschiedslose Gleichheit – Das Vorurteil als Forschungsobjekt
des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (3)*

Mario Keßler

*Heroische Illusion und Stalin-Terror. Die Komintern in
historischer Perspektive (13)*

Ralf Baumgart / Roman Kalex

Anarchismus – Idee der herrschaftsfreien Gesellschaft (43)

Harald Neubert

*Der sogenannte Eurokommunismus – ein widersprüchliches Phänomen
von Krise, Erneuerungstreiben und Erosion der kommunistischen
Bewegung (Thesen) (65)*

Zu den Autoren des Heftes (82)

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V 2002 · Harkortstraße 10 · 04107 Leipzig ·

e-mail: RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Redaktion: Wolfgang Scheler, Gerd Laudel · Satz: Gerd Laudel

Korrektur: Ernst Wurl

Umschlag unter Verwendung der Grafik von Wolfgang Mattheuer »Ikarus erhebt sich«

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH

Badeweg 1 · D-04435 Schkeuditz · ISBN

KLAUS-JÜRGEN GRÜN

*UNTERSCHIEDSLOSE GLEICHHEIT –
DAS VORURTEIL ALS FORSCHUNGS-
OBJEKT DES FRANKFURTER INSTITUTS
FÜR SOZIALFORSCHUNG*

Das Vorurteil ist wesentlich dadurch gekennzeichnet, daß es Unterschiede unterschlägt oder beseitigt. Es folgt der Trägheit, die dazu neigt, Dinge unterschiedslos mit einem Namen zu identifizieren. Diese Trägheit ist ein Mangel an Denkarbeit. Durch methodisches Denken werde ich aber der Vorurteilsbildung und deren schädlichen Folgen entgegen. Der Begründungsanspruch des philosophischen Denkens löst die Unterschiedslosigkeit, die das Vorurteil suggeriert, in einzelne Denkbestimmungen auf.

Für die Autoren der Frankfurter Schule und die Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung ist das Phänomen »Vorurteil« in zweifacher Hinsicht zum Leitmotiv geworden. Zum einen gehört die genauere Bestimmung des Vorurteils zu den grundlegenden Aufgaben der philosophischen Aufklärung. Zum anderen hat das Erforschen des Vorurteils eine soziologisch-empirische Dimension, die vor allem in den Auswirkungen des Antisemitismus vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg sichtbar wird.

Mit empirischer Forschung haben die Mitarbeiter des Instituts während der Zeit im amerikanischen Exil in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts herauszufinden versucht, welche Vorurteilsformen dem Antisemitismus vorausgehen und ihn begleiten. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen fassen unter anderem die fünf Bände *Studies in Prejudice* – erschienen 1949 und 1950 – zusammen. Die Studien waren auch finanziert worden von dem American Jewish Committee. Die Herausgeber betrachteten es als sinnvoll, die Arbeiten nicht unter dem naheliegenden Thema *Studien über Antisemitismus* zu veröffentlichen. Neben anderen Gründen zählte der, daß das Wort Antisemitismus wissenschaftlich nicht verwertbar gewesen wäre, um das Feld des Antisemitismus zu erklären. Die Kategorie des *Vorurteils* erwies sich hingegen als besonders geeignet, Antisemitismus wissenschaftlich faßbar zu machen.

Mitautoren der genannten Studien waren neben Max Horkheimer und Theodor W. Adorno auch Leo Löwenthal, Bruno Bettelheim sowie andere dem Institut nahestehende Wissenschaftler. Die Studien verfolg-

ten das Ziel, Einblicke in die besonderen Eigenarten, Techniken, aber auch Inhalte der beispiellos erfolgreichen Propagandafeldzüge gegen Juden zu gewähren. Man wollte bestimmte Stereotype des antisemitischen Faschismus identifizieren. Durch deren Wiedererkennen sollte eine gewisse Schutzkraft, eine Art Impfung gegen die »antisemitische Infektion« bewirkt werden. Denn wer die gängigen Tricks und Lügen kenne, der werde bald gegen sie immun. Die Autoren waren sich im klaren, daß ein bloßes Anprangern der Tricks und Kalküle nichts nützen würde. Bloßes Anprangern wäre ein dem Vorurteil gleichwertiges Verhalten – nur von der Gegenseite vorgebracht. Man vertraute vielmehr darauf, die Mechanismen antisemitischer Propaganda bewußt zu machen. So sollte Antisemiten gezeigt werden, warum sie zu antisemitischer Reaktion neigten, statt von ihnen die Erkenntnis zu verlangen, daß ihre Hetzargumente falsch sind.

Ebenso wenig genügte es, jene Propaganda als irrational zu bezeichnen. Um das Schädliche im Irrationalen zu bekämpfen, ist es nötig zu wissen, wie das Irrationale konkret beschaffen ist. Zudem verfolgte vor allem Horkheimer den Plan eines Handbuchs der antisemitischen Methoden. Es sollte »möglichst als Pamphlet« hervortreten, wie er zunächst meinte, »das alle typischen Tricks [...] aufführt, mit drastischen, einprägsamen Etiketten kennzeichnet, die jeweils wirksamen psychischen Mechanismen skizziert und dem Leser bestimmte Schutzmaßnahmen empfiehlt«¹. Die Terrorpropaganda des Nationalsozialismus stützte sich auf die Wirkung von Vorurteilen. Eine Studie über die Ursachen und Mechanismen des Antisemitismus würde zugleich auch eine Studie über die Wirkungsweise von Vorurteilen sein.

Ich habe zu Beginn des Beitrags darauf verwiesen, daß Vorurteile Unterschiede unterschlagen oder beseitigen. In der Tat sieht es so aus – zumindest wenn man sich eingehender mit den Studien des Instituts für Sozialforschung befaßt –, als wäre damit eine fundamentale Ursache ihrer verderblichen Wirkungen beschrieben. Im Vorurteil spricht man vom Juden, vom Neger, vom Weißen, vom Freimaurer. Es suggeriert eine allen zur jeweiligen Gruppe Gehörigen gemeinsame Eigenschaft, wogegen die individuellen Unterschiede marginalisiert werden. Die Studien des Instituts für Sozialforschung konnten zeigen, daß diese vorurteilsvolle Identifikation des Allgemeinen mit dem Besonderen einer der falschen Tricks antisemitischer Propaganda gewesen ist. Innerhalb dieses Vorurteils werden unterschiedslos der Gelehrte, der Künstler, der Rabbi-

¹ Max Horkheimer an Morris D. Waldman, New York. In: Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften*. Bd. 17. Briefwechsel 1941–1948. Frankfurt am Main 1996. S. 537.

ner, der Kaufmann, der Student, die Hausfrau, das Kind, die Großmutter, der Physiker Einstein usw. schlichtweg zum Juden.

Gleichzeitig verstärkt eine negative Besetzung dieses Kollektivs den Umschlag vom Vorurteil zur physischen Abscheu. Die Autoren der Studien haben deutlich gemacht, daß die negative Besetzung des Vorurteils gegen das Judentum mit dessen tragischer Verstrickung in die Entstehungsgeschichte des bürgerlichen Kapitalismus zusammenhängt. Im Vorurteil steckt oft auch ein verborgenes Wahres. Und solange dieses nicht ins Bewußtsein gelangt, kann sich das Vorurteil verbünden mit den ebenfalls unbewußten zerstörerischen Trieben. An verschiedenen Stellen verweist Horkheimer auf ein solches verborgenes Wahres im Vorurteil des Antisemitismus. »Wie sie wissen«, schreibt er im Juli 1956 an Leo Löwenthal, »habe ich wiederholt behauptet, daß das Mißtrauen des Bauern gegenüber dem sprachgewandten Städter in gewisser Weise berechtigt ist. Dieses Mißtrauen gehört direkt zum Antisemitismus, und der Jude, der die Sprache so mühelos beherrscht, trägt einen Teil der Schuld an der Vorgeschichte dessen, was Sie als den faschistischen Sprachgebrauch bezeichnen. Auch hier ist der Jude ein Wegbereiter des Kapitalismus.«²

Die tragische Verstrickung des Judentums in die Entstehungsgeschichte des Kapitalismus ist ein Charakteristikum des bürgerlichen Antisemitismus. »Der bürgerliche Antisemitismus hat einen spezifischen ökonomischen Grund: die Verkleidung der Herrschaft in Produktion«, schreiben Horkheimer und Adorno in dem Kapitel *Elemente des Antisemitismus* in ihrem epochalen Buch *Dialektik der Aufklärung*. Der Gedanke faßt die früheren Studien zusammen, und die Autoren fahren fort: »Waren in früheren Epochen die Herrschenden unmittelbar repressiv, so daß sie den Unteren nicht nur die Arbeit ausschließlich überließen, sondern die Arbeit als die Schmach deklarierten die sie unter der Herrschaft immer war, so verwandelt sich im Merkantilismus der absolute Monarch in den größten Manufakturherrn. Produktion wird hoffähig. Die Herren als Bürger haben schließlich den bunten Rock ganz ausgezogen und Zivil angelegt. Arbeit schändet nicht, sagten sie, um der der andern rationaler sich zu bemächtigen. Sie selbst reihten sich unter die Schaffenden ein, während sie doch die Raffenden blieben wie ehemals. Der Fabrikant wagte und strich ein wie Handelsherr und Bankier. Er kalkulierte, disponierte, kaufte, verkaufte. Am Markt konkurrierte er mit jenen um den Profit, der seinem Kapital entsprach. Nur raffte er nicht bloß am Markt, sondern an der Quelle ein: als Funktionär der Klasse sorgte er dafür, daß er bei der Arbeit seiner Leute nicht zu kurz kam. Die Arbeiter

2 Max Horkheimer an Leo Löwenthal, Port Chester, N. Y. In: *Ebenda*. S. 746 f.

hatten so viel wie möglich abzuliefern. Als der wahre Shylock bestand er auf seinem Schein. Auf Grund des Besitzes der Maschinen und des Materials erzwang er, daß die andern produzierten. Er nannte sich den Produzenten, aber er wie jeder wußte insgeheim die Wahrheit. Die produktive Arbeit des Kapitalisten, ob er seinen Profit mit dem Unternehmerlohn wie im Liberalismus oder dem Direktorengelohnteil wie heute rechtfertigte, war die Ideologie, die das Wesen des Arbeitsvertrags und die raffende Natur des Wirtschaftssystems überhaupt zudeckte.

Darum schreit man: haltet den Dieb! und zeigt auf den Juden. Er ist in der Tat der Sündenbock, nicht bloß für einzelne Manöver und Machinationen, sondern in dem umfassenden Sinn, daß ihm das ökonomische Unrecht der ganzen Klasse aufgebürdet wird. Der Fabrikant hat seine Schuldner, die Arbeiter, in der Fabrik unter den Augen und kontrolliert ihre Gegenleistung, ehe er noch das Geld vorstreckt. Was in Wirklichkeit vorgeht, bekommen sie erst zu spüren, wenn sie sehen, was sie dafür kaufen können: der kleinste Magnat kann über ein Quantum von Diensten und Gütern verfügen wie kein Herrscher zuvor; die Arbeiter jedoch erhalten das sogenannte kulturelle Minimum. Nicht genug daran, daß sie am Markt erfahren, wie wenig Güter auf sie entfallen, preist der Verkäufer noch an, was sie sich nicht leisten können. Im Verhältnis des Lohns zu den Preisen erst drückt sich aus, was den Arbeitern vorenthalten wird. Mit ihrem Lohn nahmen sie zugleich das Prinzip der Entlohnung an. Der Kaufmann präsentiert ihnen den Wechsel, den sie dem Fabrikanten unterschrieben haben. Jener ist der Gerichtsvollzieher für ganze System und nimmt das Odium für die andern auf sich. Die Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung ist gesellschaftlich notwendiger Schein.«³

Die zitierte Stelle bedarf der Erläuterung.

Das Arbeitsverhältnis zwischen Dienstherrn und Lohnarbeiter war zunächst unmittelbar repressiv. Ausbeutungsverhältnisse, wie sie im *ancien regime* herrschten, wurden direkt wahrgenommen, vom Lohnarbeiter direkt erlitten und direkt bezogen auf ihre Ursachen. Der Groll der unterdrückten Massen richtete sich demnach auch unmittelbar gegen ihre Unterdrücker: Die Monarchien wurden abgeschafft oder zugunsten parlamentarischer Monarchien modernisiert. Mit der dadurch eingeleiteten Befreiung des Bürgertums vor allem im Anschluß an die Französische Revolution gewinnt jedoch ein jeder Manufakturist gegenüber seinen Arbeitern eine ebensolche Macht wie sie einst nur der Monarch inne hatte. Jetzt gewinnt Arbeit etwas Befreiendes, aber nur für den

³ Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung*. In: Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften*. Bd. 5. Frankfurt am Main 1987. S. 202–204.

Merkantilisten, der zuvor selber Lohnarbeiter unter seinem Monarchen gewesen ist. In diesen Manufakturen findet sich der einzelne Vertreter des dritten Standes als kleiner Arbeiter unter strengerer Kontrolle wieder. Ihm hat die Befreiung nichts gebracht. Zudem war sie nur ein Maskentausch: Trug der Herrscher zuvor den purpurnen Rock des Monarchen, so tritt er nun in Zivil in Erscheinung. Seine Maske ist neutraler geworden. Der Arbeiter indes braucht einen Sündenbock für den Betrug, den er erlitten hat. Und diesen findet er im Juden, der ihm die Waren geschickt zurück verkauft, die er in den Manufakturen zum sogenannten »kulturellen Minimum« als Gegenlohn produziert hat. Der Kaufmann führt dem Arbeiter zugleich vor Augen, welche Waren er sich nicht leisten kann.

Die Autoren der oben zitierten Stelle spüren das Unwirkliche auf, das Unwahre, Maskenhaft-Falsche, das mit den neuen Arbeitsverhältnissen zur Erscheinung gekommen ist. Der Verweis auf den Juden Shylock aus William Shakespeares *Kaufmann von Venedig* unterstreicht die Unwahrheit und das Unglück, das aus der Konkurrenz zwischen Judentum und entstehendem Bürgertum erwächst. Shakespeares Drama läßt den reichen Kaufmann der kommerziellen Welt Venedigs, Antonio, dem Juden Shylock gegenüber als Konkurrenten auftreten. Dabei erscheinen Shylocks Gegner in kaum zu fassenden oberflächlichen Charakteren, die zudem von ständigen Schicksalsschlägen hin und her geworfen werden. Shylocks Gestalt aber fügt sich nicht in dieses Schema. Während die anderen nach den Erfordernissen der jeweiligen dramatischen Situation reden und handeln, bleibt der Jude die konstante Kraft im Drama. Wenn es um die Vernichtung des jüdischen Konkurrenten geht, sind den anderen allerdings alle Mittel recht: Spott, Lüge, Liebe, Güte, raffinierte Schläue, unvermittelter Umschlag von Reden über Gnade in sadistische Grausamkeit. Der edle und schwermütige Kaufmann Antonio beschimpft und bespeit ohne Grund auf offener Straße den Juden Shylock, geht ihn aber gleichwohl um ein Darlehen an. Nur das Verhalten Shylocks scheint aus inneren Antrieben zu erfolgen und wirkt daher aufrichtig. Man kann ihn als den Ausgestoßenen am Rande der Handelsmacht beschreiben, dem der Gelderwerb das einzige Mittel ist, wenigstens im Schatten der Gesellschaft seinen Platz zu sichern. So kommt seine Sorge um sein Eigentum zustande, vor allem dann, als er erleben muß, daß sein Konkurrent, Antonio, zinslose Darlehen gewährt. Der Haß des Juden erscheint hier als der aufgestaute Reflex gegen die scheinheilige Moral einer Gesellschaft, die sich nicht scheut, sich christlich zu nennen und gleichzeitig in der Verachtung und Erniedrigung des Mitmenschen nichts Verwerfliches sehen will. Shakespeare nimmt die von Horkheimer

und Adorno gewonnenen Einsichten in die tragische Dialektik zwischen bürgerlichem Fortschritt und Rückfall in die Barbarei vorweg.

Die Autoren der *Dialektik der Aufklärung* betrachten die Juden als die »Kolonisatoren des Fortschritts«⁴. Im Einklang mit ihrer patriarchalen Religion vertraten die Juden lange vor der Entstehung des Bürgertums städtische und bürgerliche Verhältnisse. Weil sie dabei kapitalistische Existenzformen in die Lande trugen, zogen sie den Haß derer auf sich, die unter den Frühformen des Kapitalismus immer schon zu leiden hatten.

Zum totalitären Antisemitismus gehörte offenbar auch ein gestörtes Verhältnis zur Konkurrenz. Adorno hielt die Konkurrenz für die Stärke des Juden. Das wissen auch die andern und diese »machen die Juden unschädlich, indem sie die Konkurrenz selber abschneiden. Hitler hat ganz im Anfang des Dritten Reichs«, schreibt Adorno im November 1944 an Horkheimer, »eine höchst charakteristische Verordnung ergehen lassen: es müsse in den Schulen streng darüber gewacht werden, daß auch nicht etwa der Anschein entstände, die jüdischen Kinder seien begabter als die andern. Der Antisemitismus der Massen«, fährt Adorno fort, »hat sehr viel davon: sie bekämpfen, selbst Opfer des Monopols, im Juden den Konkurrenten, weil sie nur durch Monopolisierung selber unterm Monopol fortzuleben vermögen.«⁵

Charakteristisch für die Verderblichkeit einfacher Vorurteile ist schließlich die Idiosynkrasie, die Abneigung. Antisemiten können die Juden eben nicht leiden. Bezeichnend aber ist, wie diese Überempfindlichkeit sich ausdrückt. Antisemiten äffen jüdische Merkmale nach. Sie machen ihm ein lange Nase, kopieren seinen Dialekt. Sie imitieren seine argumentierenden Handbewegungen, den singenden Tonfall. Vor allem die Nase, »das physiognomische principium individuationis«, wie Horkheimer und Adorno schreiben, »ein Schriftzeichen, das dem Einzelnen den besonderen Charakter ins Gesicht schreibt«⁶, verrät etwas Wahres, insbesondere über den, der sie imitiert. Denn es verbirgt sich die Riechlust und die alte Sehnsucht nach dem Unteren dahinter, die Sehnsucht nach der »unmittelbaren Vereinigung mit umgebender Natur, mit Erde und Schlamm.« Der Geruch ist »als Wahrnehmung wie als Wahrgenommenes«, lautet es weiter im Kapitel über *Elemente des Antisemitismus*, »mehr Ausdruck als andere Sinne.« Der Zivilisation gilt »Geruch als

4 *Ebenda*. S. 204.

5 Theodor W. Adorno an Max Horkheimer, New York. In: Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften*. Bd. 17. S. 601f.

6 Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung*. In: Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften*. Bd. 5. Frankfurt am Main 1987. S. 213.

Schmach, als Zeichen niederer sozialer Schichten, minderer Rassen und unedler Tiere. [...] Man darf dem verpönten Trieb fröhnen, wenn außer Zweifel steht, daß es seiner Ausrottung gilt. [...] Wer Gerüche wittert, um sie zu tilgen, ›schlechte‹ Gerüche, darf das Schnuppern nach Herzenslust nachahmen, das am Geruch seine unrationalisierte Freude hat. [...] Wut, Hohn und vergiftete Nachahmung sind eigentlich dasselbe.«⁷

Die tiefgreifenden Überlegungen entlarven das Vorurteil, auf dem der Antisemitismus beruht, als eine falsche Projektion. Während Nachahmung durchaus den Sinn hat, sich der Umwelt ähnlich zu machen, sich für sie zu interessieren, um sie zu verstehen und um in ihr zu überleben, schlägt sie im Antisemitismus um in Paranoia. Der Paranoiker nimmt die Außenwelt nur auf, wie sie seinen blinden Zwecken entspricht. Sein Interesse an der Außenwelt ist allein Wiederholung und Wiedererkennen Wollen des eigenen Selbst. Antisemitische Urteile zeugen von Stereotypie des Denkens.

Noch einmal möchte ich auf den eingangs geäußerten Gedanken zurückkommen, daß das Vorurteil Unterschiede unterschlägt oder beseitigt. Die Beseitigung von Unterscheidungsmerkmalen oder die Weigerung, sie nicht wahrzunehmen, ist ein Kriterium der Ausübung von Herrschaft. Vordergründig tritt dieses Kriterium unvermeidlich beim Militär oder in Gefängnissen auf. Häftlinge werden ebenso wie Soldaten ihrer individuellen Unterscheidungsmerkmale beraubt. Sie tragen dieselbe Kleidung, denselben Haarschnitt, sie empfangen unterschiedslos denselben Lohn und sie führen dieselbe Arbeit aus. Nicht zuletzt werden sie durch den Gebrauch derselben stereotypen Sprache benutzt und gefügig gemacht. Die Studien über das Vorurteil haben die Autoren der Frankfurter Schule schließlich zum Verständnis der Mechanismen von Herrschaftsausübung geführt, zur Ausübung von Herrschaft des Menschen über den Menschen und über die Natur.

Naturbeherrschung schließt Menschenbeherrschung ein, und sie gründet auf der Beseitigung individueller Unterschiede durch den Mechanismus der Vorurteile. Horkheimer bezeichnet die Denkform des Gleichmachens als instrumentelle Vernunft. »Das methodische Grundprinzip der instrumentellen Vernunft«, kommentiert Gerhard Hauck diesen Sachverhalt, »ist das des Gleichmachens des Ungleichnamigen.« Alles »Inkommensurable« wird dabei »weggeschnitten«.⁸ Damit Dinge, aber auch Menschen zählbar, meßbar und beherrschbar werden, müssen sie einem System universaler Vergleichbarkeit angeglichen werden. Es ist das Prinzip der Äquivalente, durch das sich der Prozeß der vollstän-

7 *Ebenda.* S. 214.

8 *Gerhard Hauck: Einführung in die Ideologiekritik. Berlin 1992. S. 70.*

digen Naturbeherrschung einleiten und durchhalten ließ. »Auf dem Weg zur neuzeitlichen Wissenschaft«, lautet es in der *Dialektik der Aufklärung*, »leisten die Menschen auf Sinn Verzicht. Sie ersetzen den Begriff durch die Formel, Ursache durch Regel und Wahrscheinlichkeit.«⁹

In der neuen Wissenschaft tritt die beherrschende Kategorie der Ursache verbunden mit dem Kausalgesetz in den Vordergrund. Es ist durchherrscht vom Äquivalenzprinzip. Ihm zufolge gebe es keine Wirkung, zu der nicht eine äquivalente oder adäquate Ursache gefunden werden kann. Jede Wirkung enthält so nicht mehr und nicht weniger als dasjenige, was schon in ihrer Ursache ausgemacht werden kann. Sinnhafte Qualitäten, Mythen, Religion, unbedingte Liebe und ähnliches widersprechen oft dem Äquivalenzprinzip, aber sie enthalten deswegen nicht weniger an Wahrheit. Wer einen anderen Menschen liebt, weiß oft keine adäquate Ursache für diese Zuneigung anzugeben. Könnte er es, dann wäre seine Liebe auch weniger Liebe und viel mehr Berechnung.

Das Prinzip der wissenschaftlichen Kalkulation ähnelt der Paranoia, von der oben die Rede war. Das Interesse an der Natur oder am anderen Menschen ist eigentlich nur ein Interesse an sich selbst, an der Ausdehnung des eigenen Ich auf das Fremde, an dem Angleichen des Anderen an sich selbst. Den Autoren der Kritischen Theorie offenbart sich der dialektische Charakter des Zivilisationsprozesses dadurch, daß eine ursprüngliche und unmittelbare Verbundenheit mit dem Unbekannten der Natur durch die Distanzierung, die mit begreifender Wissenschaft verbunden ist, einher geht. In seiner *Kritik der instrumentellen Vernunft* erinnert Horkheimer daran, daß es einst das Bestreben von Kunst, Literatur und Philosophie gewesen sei, »die Bedeutung der Dinge und des Lebens auszudrücken, die Stimme alles dessen zu sein, was stumm ist, der Natur ein Organ zu leihen, ihre Leiden mitzuteilen oder, wie wir sagen könnten, die Wirklichkeit bei ihrem richtigen Namen zu nennen. Heute ist der Natur die Sprache genommen. Einmal wurde geglaubt, jede Äußerung, jedes Wort, jeder Schrei oder jede Geste habe eine innere Bedeutung; heute handelt es sich um einen bloßen Vorgang.«¹⁰

Nach seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil nach Frankfurt am Main bringt Max Horkheimer das Bedürfnis, die theoretisch-philosophische und die empirisch-soziologische Dimension der Forschung am Institut für Sozialforschung künftig näher zusammenzuführen zum Aus-

9 Max Horkheimer: *Dialektik der Aufklärung*. In: Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften*. Bd. 5. Frankfurt am Main 1987. S. 27.

10 Max Horkheimer: *Kritik der instrumentellen Vernunft*. Übers. von Alfred Schmidt. In: Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften*. Bd. 6. Frankfurt am Main 1991. S. 112f.

druck. In seinem Brief an Hermann Lietz vom Hessischen Staatsministerium für Kultus und Unterricht in Wiesbaden berichtet er im Januar 1949 von der bevorstehenden Veröffentlichung des letzten Bandes der *Studies in Prejudice* und fügt hinzu: »Nach den letzten, fast ausschließlich der Forschung gewidmeten Jahren, in denen ich in engster Zusammenarbeit mit Theodor Adorno auch eine Reihe individueller Studien und zwei philosophische Bücher veröffentlicht habe, fühle ich nun das Bedürfnis, die methodologischen und inhaltlichen Erfahrungen, die wir gemacht haben, im Aufbau einer sozialphilosophischen Lehrtätigkeit anzuwenden. Unter Sozialphilosophie verstand ich ja seit je vor allem das Bestreben, die verschiedenen Zweige der Gesellschafts- und Geisteswissenschaften zum Studium zeitgemäßer sozialer Probleme zu vereinen.«¹¹ Zwar will der Brief vor allem den Weg einer Berufung nach Frankfurt ebnen, aber es spricht sich hier die Notwendigkeit aus, die Erfahrungen begrifflich zu fixieren. Die Studien über Vorurteile enthalten implizit eine Antwort auf die Frage, wie diesen Vorurteilen wirksam zu begegnen sei. Die Antwort lautet: durch Philosophie, und zwar durch eine Philosophie, die nicht allein theoretische Philosophie bleiben will; durch eine Philosophie, die nicht letzte Wahrheiten verkündet, sondern die Entstehung bestimmter verhärteter Wahrheiten erklärt und als Vorurteile entlarvt.

Eine kleine Studie Horkheimers aus dem Jahr 1961 – *Über das Vorurteil* – zeigt, wie die Dialektik zwischen Vorurteil und seiner Überwindung den Gang des philosophischen Denkens durch seine Geschichte wesentlich bestimmt hat. Nachdem das Vorurteil zunächst das auf frühere Erfahrungen und Entscheidungen begründete Urteil gewesen ist, das *praejudicium*, verwandelt sich das Erfahrungsurteil in ein Urteil vor aller Erfahrung. Dann ist es wieder das jeder Erfahrung entthobene Denken. So wird das Vorurteil durch die idealistische Philosophie René Descartes' und Immanuel Kants zu einem Urteil *a priori*, und ein solches gilt als höchste Wahrheit. Diesen Urteilen *a priori* kann die Erfahrung nichts mehr anhaben. Ein Urteil *a priori* wäre beispielsweise der Satz »Alle Körper sind ausgedehnt«. Die Wahrheit seiner Aussage beruht nicht auf Erfahrung, sondern auf dem Postulat des ausgedehnten Raumes.

Horkheimers kleine Schrift von 1961 räumt dem Vorurteil eine weitreichende Bedeutung für den Menschen ein. Nicht die Tatsache, daß man Vorurteile hat, ist entscheidend – diese gehören nämlich zum Dasein des Menschen wie der Nahrungserwerb –, sondern die Dogmati-

¹¹ Max Horkheimer an Hermann Lietz. In: Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften*. Bd. 18. Frankfurt am Main 1996. S. 10.

sierung von Vorurteilen und ihre Verwendung als allein gültige Wahrheit ist schädlich.

»Ohne die Maschinerie der Vorurteile könnte einer nicht über die Straße gehen«, schreibt Horkheimer, »geschweige denn einen Kunden bedienen. Nur muß er imstande sein, die Generalisierung einzuschränken, wenn er nicht unter die Räder kommen will. Jenseits des Kanals fahren Autos auf der linken Straßenseite, und hierzulande wechseln die Kunden in immer rascherem Tempo den Geschmack. Man kann sie nicht stets nach demselben Schema zufriedenstellen. Solche Vorurteile näher zu bestimmen, zwingt das eigene Interesse.«¹²

Den Trieb zur Selbsterhaltung sowie Eigenliebe und das Bedürfnis nach Prestige weist der späte Horkheimer als Ursachen für Vorurteile aus. Er spricht auch von »positiven Vorurteilen über sich selbst«. Abarstig werden Vorurteile, wenn sie sich mit dunklen Trieben wie Machtgier, Neid und Grausamkeit verbünden. Das Vorurteil des Hasses ist unverrückbar, schreibt Horkheimer, »weil es dem Subjekt gestattet, schlecht zu sein und sich dabei für gut zu halten. Je mehr die Bekenner die Falschheit ihres Glaubens ahnen, desto begeisterter halten sie an ihm fest. Das starre Vorurteil schlägt in Fanatismus um. Zum Geschäft des Demagogen gehört es, edle Losungen zu finden, die zugleich der Feindschaft ein Objekt versprechen.«¹³

Philosophie, vor allem dialektisches Denken, kann der *verderblichen* Bildung von Vorurteilen vorbeugen. Sie setzt voraus, daß Freude an der zu gewinnenden Einsicht den Gedankengang bestimmt, nicht die dogmatische Verkündigung unkritisierbarer Wahrheiten. Das philosophische Gespräch setzt zudem die Fähigkeit voraus, zuhören zu können, oder zumindest die Bereitschaft, sich in dieser Kunst zu üben. Bleiben diese Motive aus, dann geht es zu wie bei einem Gerichtsverfahren, »bei dem das Verdikt schon vorher feststeht, was der Angeklagte immer vorbringen mag. [...] Die Beziehung zwischen Menschen wird leer, wie sehr sie auch funktioniert«, bemerkt Horkheimer in seiner Schrift *Über das Vorurteil*. »Allein mit Technik läßt der Himmel sich nicht erobern. Einmal versuchten sie es mit der Konstruktion zu Babel, und es entstand die Sprachverwirrung. Jetzt soll die Raumfahrt es schaffen«, klagt Horkheimer, »und die Sprache verstummt. Wenn die Wahrheit das Ziel ist, dem das Denken, wie einst Kant es meinte, in unendlichem Prozeß sich nähern soll, hat sie im verhärteten Urteil ihr schwerstes Hindernis.«¹⁴

12 Max Horkheimer: *Über das Vorurteil*. In: Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften*. Bd. 8. Frankfurt am Main 1985. S. 195.

13 *Ebenda*. S. 196.

14 *Ebenda*. S. 200.

MARIO KESSLER

*HEROISCHE ILLUSION UND STALIN- TERROR. DIE KOMINTERN IN HISTORISCHER PERSPEKTIVE**

»Die Kommunistische Internationale wird heute allgemein als eine verschleierte, säkulare russische messianische Bewegung dargestellt [...] Sie ist [jedoch] der äußerste Exponent einer allgemeinen revolutionären Strömung in der Bewegung der europäischen Arbeiterklasse, verstärkt durch den Ersten Weltkrieg.«¹ Dies ist das Fazit einer Arbeit von Alexander Kan über Nikolai Bucharin und die skandinavische Arbeiterbewegung. Ähnlich urteilen andere Historiker. So betont Gerhard Schulz: »Die internationale Gemeinschaft der Revolutionäre begann sich in allen Ländern von den Parteien zu lösen, die den nationalen Burgfrieden aufrechtzuerhalten entschlossen waren. Die Losungen Lenins begannen seit der Geburtsstunde der neuen Linken in der Mitte des Ersten Weltkrieges zunächst außerhalb Rußlands stärker hervorzutreten.«²

Nachdem Franz Borkenau mit der stalinistischen Orthodoxie gebrochen, aber sich noch nicht einem blindwütigen Antikommunismus ergeben hatte, schrieb er 1938, in der Geschichte der Komintern seien drei Perioden klar voneinander zu unterscheiden: »Während der ersten Periode ist die Komintern hauptsächlich ein Instrument, um die Weltrevolution herbeizuführen. Während der zweiten Periode ist sie hauptsächlich ein Instrument in den russischen Fraktionskämpfen. Während der dritten Periode ist sie hauptsächlich ein Instrument der russischen Außenpolitik.«³

In der Tat wandelte sich der Charakter der Komintern im Verlauf ihrer beinahe fünfundzwanzigjährigen Geschichte dramatisch, wenn auch zwischen den einzelnen Perioden Phasen des Überganges lagen. Doch der »Geburtsfehler« der Komintern, der in der Dominanz der russischen

* *Der vorliegende Text basiert auf dem gleichnamigen Aufsatz in UTOPIE kreativ. Berlin (1997)76. S. 39–57. Der geringfügig veränderte Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Redaktion.*

1 Alexander Kan: *Nikolaj Bucharin och den skandinaviska arbetarrörelsen. Uppsala 1991. S. 162. In der deutschen Ausgabe (Nikolai Bucharin und die skandinavische Arbeiterbewegung. Mainz 1993) fehlt diese Passage.*

2 Gerhard Schulz: *Revolutionen und Friedensschlüsse 1917–1920. dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Neuauflage. München 1985. S. 82.*

3 Franz Borkenau: *World Communism. A History of the Communist International (1938). Neuaufl. Ann Arbor, Mich. 1962. S. 419.*

Partei beschlossen lag, sollte ihre ganze Tätigkeit in Mitleidenschaft ziehen. Diese Dominanz entstand, weil die Revolutionen in Mitteleuropa teils mit Hilfe, teils gegen den Widerstand führender Sozialdemokraten blutig niedergeschlagen wurden,⁴ teils auch keine sozialistischen Zielsetzungen hatten. Somit entstand eine merkwürdige Kampfgemeinschaft zwischen der einzigen, in einem unterentwickelten Land siegreichen Partei und zunächst kleinen radikalen Gruppen im Westen und in Kolonialländern. Dies widersprach allen Axiomen des klassischen Marxismus, übrigens auch Wladimir I. Lenins. Dieser warnte kurz nach der Komintern-Gründung davor, das bolschewistische Parteimodell auf die neue Internationale zu übertragen, da er die russische Hegemonie als temporär ansah, die eine siegreiche Revolution im Westen wieder beseitigen würde. »Zeitweilig ist die Hegemonie in der revolutionären proletarischen Internationale an die Russen übergegangen, wie sie in verschiedenen Perioden [...] die Engländer, dann die Franzosen und dann die Deutschen innegehabt haben.«⁵ Die suggestive Metapher, daß die Oktoberrevolution das schwächste Glied in der Kette des internationalen Imperialismus getroffen hatte, zeigte, was die Bolschewiki über ihre eigenen Aufgaben damals dachten. Die Oktoberrevolution erschien keineswegs als ein rein russisches Phänomen, gar als sich selbst genügender Akt. Die Konzeption von der sozialistischen Weltrevolution war, wie Isaac Deutscher hervorhob, »tief im klassischen Marxismus verankert; und sie war nicht so sehr ein ideologisches Postulat als vielmehr eine Folgerung aus einer umfassenden Analyse der bürgerlichen Gesellschaft.«⁶ Im Ergebnis dieser internationalen Revolution würde der siegreiche Sozialismus, so Deutscher weiter, »die Produktivkräfte auf internationaler Stufenleiter organisieren und es der Gesellschaft ermöglichen, ihre Lebensweise entsprechend umzuformen.«⁷

4 Zu diesen Differenzierungsprozessen innerhalb der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie siehe u. a. Francis L. Carsten: *Revolution in Central Europe 1918–1919. Neuaufl. London 1988.*

5 Wladimir I. Lenin: *Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte.* In: *W. I. Lenin: Werke. Bd. 29. S. 299.*

6 Isaac Deutscher: *Die unvollendete Revolution. Frankfurt am Main 1970. S. 56.*

7 *Ebenda. S. 57.*

Die Komintern zwischen weltrevolutionärer Erwartung und weltpolitischer Isolierung 1919–1923

Die objektiven Probleme, vor denen die Komintern seit ihrer Gründung am 4. März 1919 stand, prägten auch, manchmal in verzerrter Weise, die Wahrnehmungen von ihr. Sahen die einen in der Komintern die gestählte Weltpartei des Proletariats, die den revolutionären Massenaktionen ihre Stimme verlieh, erblickten die anderen in ihr die bloße Agentur Moskaus, überall bereit und fähig, kommunistische Komplote und Staatsstreiche in die Wege zu leiten. Diese scharfen Unterschiede in der Beurteilung der Komintern widerspiegeln die Frontlinien der praktischen Politik: Auf der einen Seite entstanden große revolutionäre Aktivitäten in den Verliererstaaten des Ersten Weltkrieges, aber auch in Italien und besonders in der kolonialen Welt, auf der anderen Seite formierten sich die erbitterten Gegner der Komintern – ein Großteil der bürgerlichen Eliten und Teile der Sozialdemokratie. Die nach Bürgerkrieg und ausländischer Intervention im Frühjahr 1919 möglich gewordene Gründung der neuen Internationale stieß bei engagierten Internationalisten auf Bedenken, die am deutlichsten die kurz zuvor ermordete Rosa Luxemburg formuliert hatte. Doch gerade die Mitwirkung führender deutscher Sozialdemokraten an der Niederschlagung der Spartakus-Bewegung und an der Ermordung Luxemburgs und Karl Liebknechts⁸ verbreiterte die Kluft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten dramatisch – so dramatisch, daß die Bedenken von Luxemburgs Parteigänger Hugo Eberlein auf dem Gründungskongreß keine Resonanz fanden: Die auf dem Gründungskongreß vertretenen Parteien und Gruppen seien, so die Skeptiker, zu schwach, um außerhalb Rußlands eine eigenständige Internationale zu organisieren. Aber ein nach abenteuerlicher Reise nach Moskau gelangter österreichischer Delegierter schilderte bewegend, wie es in Europa überall gäbe, und forderte die Konferenz leidenschaftlich auf, das Banner der Kommunistischen Internationale aufzupflanzen. Dies brachte dann die meisten der Zögernden dazu, der Gründung zuzustimmen, obwohl Eberlein sich, wie ihm noch Luxemburg geraten hatte, der Stimme enthielt. Die Bedenken vieler Genossen waren in jenem Ungleichgewicht zwischen der einzigen siegreichen Partei und den vielen kleinen Gruppen begründet und waren auch nach Gründung der Komintern nicht ausgeräumt.

8 Dieser bereits in der zeitgenössischen Publizistik diskutierte Fakt wird mit neuen Dokumenten untermauert von Klaus Gietinger: Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L. Mainz 1993.

Das bestehende Ungleichgewicht machte Mehrheitsabstimmungen wie in der Zweiten Internationale sinnlos. Hätte man nach der Mitgliederzahl votiert, dann hätte die russische Delegation allein die Mehrheit gehabt. Hätte jede nationale Partei eine Stimme gehabt, wäre der kleinsten und unerfahrensten Gruppe das gleiche Gewicht zugekommen wie der größten, die in einer Revolution gesiegt hatte. Daher blieb nur der Weg der Debatte und der Überzeugung bei Respektierung der Souveränität jeder einzelnen Partei. Theoretisch waren sich die Bolschewiki dieser Tatsache bewußt. Lenin schlug darüber hinaus vor, bei einer siegreichen Revolution in einem entwickelten westlichen Land – er dachte vor allem an Deutschland – den Sitz der Komintern dorthin zu verlegen. Manche der Züge der russischen Revolution würden sich, so Lenin, im internationalen Maßstab wiederholen. Andererseits wäre es »lächerlich«, betonte er, »unsere Revolution als eine Art Ideal für alle Länder hinzustellen, sich einzubilden, sie hätte eine Reihe genialer Entdeckungen gemacht [...] Wir haben praktische Erfahrungen in den ersten Schritten zur Zerstörung des Kapitalismus in einem Land, in dem Proletariat und Bauernschaft in einem besonderen Verhältnis zueinander stehen. Weiter nichts. Wenn wir uns wie ein Frosch aufblasen und wichtig machen, wird die ganze Welt über uns lachen, werden wir bloße Aufschneider sein.«⁹

Diese drastische Wortwahl konnte aber nicht verhindern, daß gerade Lenin das russische Parteimodell »als eine Art Ideal für alle Länder« verbindlich zu machen suchte. In jenen auf dem 2. Komintern-Kongreß 1920 von Grigori Sinowjew formulierten einundzwanzig Aufnahmebedingungen¹⁰ wurde unter anderem der »bürgerlichen Legalität« das Mißtrauen ausgesprochen, neben dem legalen der Aufbau eines illegalen

9 Wladimir I. Lenin: *Schlußwort zum Bericht über das Parteiprogramm des VIII. Parteitages der KPR (B)*. In: *W. I. Lenin: Werke*. Bd. 29. S. 178. – *Die herrschenden Umstände bei der Gründung der Komintern werden plastisch geschildert u. a. von Pierre Frank: Geschichte der Kommunistischen Internationale*. Bd. 1. Frankfurt am Main 1981. S. 23ff.; und von Wolfgang Leonhard: *Völker hört die Signale. Die Anfänge des Weltkommunismus 1919–1921*. München 1981. S. 9ff.

10 Die einundzwanzig Aufnahmebedingungen sind abgedruckt in: *Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins*. Berlin (Ost) 1959. S. 236–242. Verfasser der Bedingungen war Sinowjew, Lenin unterschrieb sie. Seit der 2. Auflage von Lenins Werken wurde das Dokument Lenin zugeschrieben, da Sinowjew zur Orwellschen Unperson geworden war. Siehe Friedrich Firsow: *Lenins Konzeption einer kommunistischen Weltpartei und die Entwicklung der Komintern*. In: *Lenin – Theorie und Praxis in historischer Perspektive*. Hrsg. von Theodor Bergmann u. a. Mainz 1994. S. 57. Anm. 16.

Apparates festgelegt, periodische Maßnahmen gefordert, um »Opportunisten und Zentristen« aus der Partei zu entfernen und mit dem »demokratischen Zentralismus«, d. h. eiserner Disziplin und Unterordnung unter die hierarchisch strukturierten Leitungsgremien, die innerparteiliche Willensbildung weitestgehend ausgeschaltet. Dies war vor allem eine Reaktion auf den von antikommunistischen Regierungen entfesselten »weißen Terror« gegen die Anhänger der Bolschewiki – oft genug unter Verletzung bürgerlicher Legalitätsprinzipien. Dies bedeutete auch noch nicht die Ausschaltung kontroverser Debatten innerhalb der Komintern. Im Gegenteil: Die Protokolle der ersten vier Kongresse (1919 bis 1922) legen Zeugnis davon ab, daß über Strategie und Taktik noch offen diskutiert wurde. Doch innerhalb der Parteien selbst war es kaum noch möglich, die als bindend betrachteten Beschlüsse des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) auf ihre Richtigkeit entsprechend den gegebenen nationalen Bedingungen zu überprüfen und nötigenfalls zu korrigieren. Dies mußte zu Konflikten zwischen der Komintern-Zentrale und jenen Kräften der Arbeiterbewegung im Westen führen, die sich der Zentralisierung widersetzen.

Zum wichtigsten Gegner des bolschewistischen Parteimodells in der Internationale wurde am Beginn der zwanziger Jahre der KPD-Vorsitzende Paul Levi, Freund und Schüler Rosa Luxemburgs. Er erkannte die Gefahr, daß die aus der demokratischen Tradition Westeuropas entstammenden und ihr verbundenen revolutionären Parteien über kurz oder lang zu Handlangern der sowjetrussischen Außenpolitik geraten würden, während die Interessen der Arbeiter ihrer jeweiligen Länder zu kurz kämen. Levi beurteilte die (Nicht-)Aussichten auf eine Revolution in Deutschland ab 1920 nüchterner, als die Komintern-Spezialisten um Karl Radek dies taten. Er lehnte die Zentralisierung von Komintern und KPD zunehmend ab.

Einen entscheidenden Anstoß zu Levis Kritik brachte der Parteikongreß der italienischen Sozialisten in Livorno im Februar 1921. Levi nahm an diesem Kongreß teil und wurde Zeuge der unterschiedlichen Standpunkte. Nach dem Muster der Situation in Deutschland und Frankreich, wo sich 1920 auf den Kongressen von Halle und Tours eine Mehrheit der unabhängigen sozialistischen Parteien für den Anschluß an die Komintern ausgesprochen hatte, sollten die italienischen Sozialisten zur Annahme der 21 Bedingungen bewogen werden. Doch die Mehrheit der Delegierten unterstützte den Kurs von Giacinto Menotti Serrati, der für eine Solidarität mit Sowjetrußland ohne Subordination unter die Bedingungen der Komintern optierte. Dies führte zum Nicht-Anschluß bzw. zum Ausschluß der Serrati-Anhänger. Damit war ein Zeichen gesetzt. Die italienische Komintern-Sektion blieb eine Gruppierung ohne Mas-

seneinfluß, die dem ansteigenden faschistischen Terror gegenüber beinahe hilflos war. Weniger als zwei Jahre später sollte Mussolini die Macht ergreifen.

Levi, der gegen diese Behandlung Serratis und seiner Anhänger protestierte, wurde von Radek und dem späteren ungarischen Diktator Mátyás Rákosi als Abweichler angegriffen. Er geriet weiter in die Isolierung, als SPD und Gewerkschaften Anfang 1921 seinen Offenen Brief mit einem Minimalprogramm zur Zusammenarbeit ablehnten – entgegen der Stimmung an der SPD-Basis. Dies gab sektiererischen, abenteuerlichen Stimmungen innerhalb der Komintern neuen Auftrieb, nachdem Levi, ganz in Übereinstimmung mit Lenin, utopisch-revolutionäre und zum Putschismus neigende Kräfte 1919 aus der KPD hatte ausschließen lassen. Doch die sprunghafte Komintern-Politik, die ein Reflex auf die innersowjetische Situation war, sollte 1921 großen Schaden anrichten.

Anfang des Jahres befand sich Sowjetrußland in einer komplizierten Lage. Die Niederlage im Krieg gegen Polen nach dem (angeblich revolutionären) zeitweiligen Vormarsch auf Warschau und der Aufstand der Matrosen von Kronstadt gefährdeten das bolschewistische Regime. In der Innenpolitik setzte der Kurs in Richtung auf die Neue Ökonomische Politik und damit (in Lenins eigenen Worten) auf den Staatskapitalismus ein.¹¹ Andererseits erwartete die Sowjetregierung eine »Entlastung« seitens der europäischen Kommunisten. Diese Sichtweise ging davon aus, daß die westlichen Regierungen nach wie vor auf eine Beseitigung der bolschewistischen Herrschaft in Rußland drängten. Doch hatten seit Ende 1919 maßgebliche Kreise der deutschen Reichswehr-Führung um Hans von Seeckt die sogenannte Ost-Option entworfen: die Orientierung auf eine Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, die der politischen und militärischen Isolierung beider Staaten durch die Entente-Mächte entgegenzuwirken suchte.¹² Die Ermunterung proletarisch-revolutionärer Aktivitäten in Deutschland mußte die Vertreter dieser Politik schwächen, der extremen Rechten hingegen Auftrieb geben. Doch hatte Moskau aus dem erfolgreichen Kampf der deutschen Arbeiter gegen die Kapp-Putschisten im Jahr vorher den irrigen Schluß gezogen, das deutsche Proletariat dränge mehrheitlich auf eine sozialistische Revolution.

¹¹ Siehe Wladimir I. Lenin: *Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution*. In: *W. I. Lenin: Werke*. Bd. 33. S. 38.

¹² Siehe hierzu – mit zahlreichen neu aufgefundenen Quellen – Olaf Groehler: *Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941*. Berlin 1992. S. 28ff.; sowie das klassische Werk von John Wheeler-Bennett: *Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918–1945*. Düsseldorf 1954. S. 146ff.

Tatsächlich verteidigten die Arbeiter jedoch vor allem die demokratischen Errungenschaften der Weimarer Republik.

Vom Wunschenken geblendet, propagierte die Komintern-Zentrale in Moskau die sogenannte Offensiv-Strategie, wobei sie sich auf die Stimmung eines Teils der deutschen Kommunisten stützen konnte, die aber innerhalb der Lohnabhängigen des Landes nur eine kleine Minderheit waren. Die putschistische »Märzaktion« der KPD im mitteldeutschen Raum zeigte im Frühjahr 1921, wie isoliert die Partei von der Masse der arbeitenden Bevölkerung war. Was als revolutionäres Fanal gedacht und als »Aufstand der Avantgarde«¹³ glorifiziert worden war, endete im Bandenkrieg und im Terror der siegreichen antikommunistischen Reaktion. Levi, der dieses Abenteuerum scharf kritisierte, wurde aus der Partei ausgeschlossen. Jahre später mußte er über die Entwicklung der Sowjetunion feststellen:

»Für die Arbeiterschaft ist es eine furchtbare Mahnung, mit sich selbst in Abrechnung zu treten und das Furchtbare in seinen Gründen zu erkennen. Man hat versucht, auf den Begriff der ›Diktatur des Proletariats‹ die Schuld zu schieben. Hätten die Bolschewiki nie etwas anderes getan, als die Diktatur des Proletariats ausgeübt, so wären sie nie so weit heruntergekommen als sie jetzt sind. Sie taten etwas anderes. Sie übten nicht die Diktatur des Proletariats gegen eine feindliche Klasse aus, sondern begannen das ›Proletariat‹ erst zu ›führen‹, dann zu lenken, dann zurechtzuschieben, dann zu schulmeistern, dann zu exerzieren, dann zu kommandieren, dann zu bütteln, dann zu quälen und dann zu terrorisieren im Namen der ›Diktatur‹. In dieser völlig verkehrten und verfehlten Theorie von der ›Rolle der Partei‹, von der Allmacht eines Zentralkomitees in der Partei, von der Gottähnlichkeit von ein paar Bonzen: in ihr liegt der Anfang und das Ende von dem beschlossen, was jetzt in Rußland vor sich geht. Nicht der Sozialismus und nicht das Proletariat haben Rußland bankrott gemacht: bankrott hat in Rußland eine Schule gemacht.«¹⁴

Levis beschwörende Worte erinnerten stark an Leo Trotzki's frühe Warnungen vor dem bolschewistischen Parteimodell. Lenins Methoden bewirkten, schrieb Trotzki 1904, »daß die Parteiorganisation die Partei selbst, das ZK die Parteiorganisation und schließlich ein Diktator das

13 Unter Verwendung dieses Slogans als Titel erschien die ausführlichste Abhandlung zur März-Aktion: Sigrid Koch-Baumgarten: *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921.* Frankfurt am Main 1986.

14 Paul Levi in der Zeitschrift »Sozialistische Politik und Wirtschaft« vom 13. Januar 1928. Zit. nach Charles Bloch: *Paul Levi – ein Symbol der Tragödie des Linkssozialismus in der Weimarer Republik.* In: *Juden in der Weimarer Republik.* Hrsg. von Walter Grab und Julius H. Schoeps. Stuttgart, Bonn 1986. S. 251f.

ZK ersetzt.«¹⁵ Nicht Lenin, sondern sein Nachfolger sollte sich zum terroristischen Diktator über die Partei und die Komintern aufschwingen und dabei sowohl das Werk Lenins fortentwickeln wie es antithetisch negieren. Trotzki sollte sich der bolschewistischen Partei ein reichliches Jahrzehnt nach seiner Warnung anschließen, die ihn dafür schließlich ausstieß und zum Feind Nummer Eins erklärte – allerdings erst nach einer dramatischen Wandlung der Partei wie der Internationale.

Die Anklagen Levis wurden in den folgenden Jahren von den hellstichtigsten Kommunisten wiederholt, die ihn 1921 noch bekämpft hatten, vor allem von Heinrich Brandler und August Thalheimer. Denn die KPD ließ sich nur zweieinhalb Jahre nach dem Fiasko vom März 1921 zu einer erneuten Aufstandsaktion hinreißen. Nach deren voraussehbarem Scheitern, das der Beseitigung der linken Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen folgte, wurden wiederum diejenigen, die vor unüberlegten Aktionen gewarnt hatten, zu Sündenböcken erklärt. Brandler und Thalheimer verloren ihre Funktionen und wurden ins Moskauer »Ehrenxil« beordert. Im ersten Tribunal, das über kommunistische Politiker verhängt wurde, mußten sich Brandler, Thalheimer und der Deutschland-Experte der Komintern Radek wegen angeblicher »fortgesetzte[r] Fraktionsarbeit gegen die Zentrale der KPD« verantworten und durften sich von Moskau aus nicht mehr an der Politik der deutschen Partei beteiligen.¹⁶ In Moskau standen die deutschen Politiker unter Aufsicht des Sicherheitsapparates. In den Maßregelungen überschritten sich zum ersten Mal die KPD-internen Differenzen mit Fraktionskämpfen der russischen Führung. Im Angriff auf Radek sollte vor allem Trotzki getroffen werden, obwohl weder Brandler und Thalheimer noch ihre innerparteilichen Kontrahenten im heraufziehenden Streit um die Nachfolge Lenins Trotzki zuneigten.¹⁷

Die russischen Fraktionskämpfe und die »Bolschewisierung« der Komintern 1924–1928

Nach der Oktober-Niederlage der deutschen Kommunisten 1923 wurde in der Komintern die Losung der »Bolschewisierung« zur verbindlichen

15 Zit. nach Heinz Abosch: *Trotzki-Chronik. Daten zu Leben und Werk*. München 1973. S. 17.

16 Siehe Jens Becker/Theodor Bergmann/Alexander Watlin: *Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek*. Mainz 1993. S. 89.

17 Siehe Isaac Deutscher: *Trotzki. Bd. 2: Der unbewaffnete Prophet 1921–1929*. 2. Aufl. Stuttgart 1972. S. 143ff.

Richtschnur. Dies bedeutete die möglichst vollständige Übertragung des russischen Parteimodells auf die ausländischen kommunistischen Parteien, wie es die einundzwanzig Aufnahmebedingungen gefordert hatten. Doch waren zwei Faktoren neu und sollten tiefgreifende negative Auswirkungen zeitigen:

Zum einen wurden die bislang von den russischen Kommunisten relativierten internationalen Erfahrungen der russischen Revolutionen nunmehr in ihrer Bedeutung herausgestrichen und zunehmend verabsolutiert. Bislang hatten die einzelnen kommunistischen Parteien ihre jeweilige Strategie entsprechend den nationalen Bedingungen selbständig erarbeitet – nunmehr geriet eine solche Selbständigkeit ins Hintertreffen.

Zum anderen waren zwar bislang angeblich oder wirklich nicht-kommunistische Parteimitglieder aus den Parteien entfernt worden, aber eine generelle Ausschaltung von Minderheiten aus dem Parteileben hatte nicht stattgefunden. Die Hochstilisierung von Minderheiten-Standpunkten zu »fraktionellen Gruppierungen« und »Plattformen« setzte im Zuge des »Bolschewisierungs«-Prozesses nunmehr ein. Dabei erwies sich das auf dem 10. Parteitag der russischen Partei 1921 ausgesprochene Verbot der Fraktionsbildung als verhängnisvoll. Was ursprünglich als zeitlich begrenzte, den Umständen des Wiederaufbaus nach dem Bürgerkrieg geschuldete Maßnahme gedacht war, wurde infolge der russischen Fraktionskämpfe und der Verabsolutierung des Leninschen Parteimodells zum allgemeingültigen Prinzip erhoben.

Der Komintern-Vorsitzende Sinowjew betonte in seiner 1923 erschienenen »Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)«, daß die ideale bolschewistische Partei monolithisch sein müsse, daß aus ihr periodisch die schwankenden und unzuverlässigen Elemente entfernt werden sollten und daß die Armee der Berufsrevolutionäre innerparteiliche Diskussionen auf jenes Mindestmaß beschränken solle, das zur Verwirklichung einer revolutionären Politik unumgänglich sei. Dieses Konzept griff Ideen aus Lenins Schrift »Was tun?« vom Anfang des Jahrhunderts auf. Dabei hatte Lenin die von Karl Kautsky geäußerte Idee aufgenommen, daß die Arbeiter das trade-unionistische Niveau in Bewußtsein und Organisation nur überschreiten könnten, wenn ihnen der Sozialismus vermittels einer politischen Partei zugänglich gemacht werde. In zwei Abhandlungen in der »Neuen Zeit« betonte Kautsky 1902/03 ein Primat der sozialistischen Theorie für die Praxis der sozialistischen Bewegung, begründete jedoch kein Primat der Intellektu-

ellen innerhalb der Partei.¹⁸ Lenin knüpfte daran an, sein Parteimodell orientierte sich an der deutschen Sozialdemokratie, keineswegs an der Idee einer verschwörerischen Sekte. Die unerbittlichen Fraktionskämpfe des halb oder völlig illegalisierten russischen Sozialismus fanden jedoch ihren Niederschlag in Sinowjews Konzeption, die für die Komintern allgemeinverbindlich werden sollte und die einen unerbittlichen Kampf gegen innerparteiliche Kontrahenten nach sich zog. Die Gewißheit, mit der die Komintern-Führung ihre Doktrin vortrug, verweist auf jene Ambivalenz, die dem marxistischen Sozialismus allgemein inne wohnte: Er verstand sich sowohl als analytische Theorie »naturgeschichtlicher Prozesse« (d. h. der gesellschaftlichen Entwicklung)¹⁹ wie auch als »Anleitung zum Handeln«.²⁰ Die jeweils verbindlichen aktuellpolitischen Richtlinien wurden deshalb allzuoft mit der Weihe universell gültiger Lehren versehen.

Der weltpolitische Kontext des Aufkommens einer »Bolschewisierung«-Kampagne war die Einsicht, daß nach dem Scheitern des »deutschen Oktober« von 1923 eine Ausweitung der russischen Revolution auf andere Länder nicht mehr zu erwarten war. Die ausländischen kommunistischen Parteien mußten daher, so war die allgemeine Überzeugung, ihre Interessen ganz an denen der einzigen siegreichen Partei ausrichten. In diesem Ideenklima propagierte Heinz Neumann in einer Broschüre Begriff und Inhalt der »Bolschewisierung«. Dies bedeutete: Umstellung der Partei auf Betriebszellen, jedes Mitglied solle ein voll-disziplinierter Funktionär sein, die Partei solle von oben nach unten straff organisiert sein und die Komintern-Politik ohne Wenn und Aber verinnerlichen.²¹

Harter Kern aller Überlegungen war der – bis dahin vollkommen abwegige – Gedanke, die nichtrussischen kommunistischen Parteien befänden sich gegenüber der bolschewistischen Partei auf einem geradezu

18 Siehe Karl Kautsky: *Akademiker und Proletarier*. In: *Die Neue Zeit. Glashütten im Taunus*. Bd. XIX/2 (1901/02), S. 89–91. – Ders.: *Die Revision des Programms der Sozialdemokratie in Österreich*. In: *Die Neue Zeit. Glashütten im Taunus*. Bd. XX/1 (1902/03), S. 68–82. Ich folge hier Ingrid Gilcher-Holtey: *Karl Kautsky*. In: *Klassiker des Sozialismus*. Hrsg. von Walter Euchner. Bd. 1. München 1991. Bes. S. 243.

19 Karl Marx: *Das Kapital. Erstes Buch*. In: *MEW*. Bd. 23. S. 14.

20 Engels an Friedrich Adolph Sorge. In: *MEW*. Bd. 36. S. 578. *Dieser Gedanke wird entwickelt von Maximilien Rubel: Karl Marx/Friedrich Engels: Die russische Kommune – Kritik eines Mythos*. München 1972. Bes. S. 302f.

21 Siehe Heinz Neumann: *Was ist Bolschewisierung?* Berlin 1925. – Theodor Bergmann: *Bolschewisierung*. In: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Hrsg. von Wolfgang Fritz Haug. Bd. 2. Hamburg 1995. Sp. 279–282.

niedrigeren Niveau der Entwicklung. Doch hieß es in den Thesen, die dieser Idee folgten und vom Erweiterten EKKI-Plenum im März und April 1925 verabschiedet wurden, auch, daß »es der allergrößte Fehler [wäre], die Erfahrung Rußlands auf andere Länder mechanisch zu übertragen, ein Fehler, vor dem bereits der Genosse Lenin gewarnt hat«. ²² Überhaupt kann gesagt werden, daß die »Bolschewisierungs«-Thesen keineswegs nur die Enttäuschung über nicht gelungene Revolutionen in Mitteleuropa widerspiegeln oder ausschließlich negative Erfahrungen verallgemeinerten. ²³ Was etwa die detaillierten Aussagen zur Einheitsfront, über ökonomische Teilforderungen, Frauenarbeit, die Arbeit mit den Arbeitslosen und speziell über mannigfaltige Formen des Bündnisses mit anderen Teilen der Lohnabhängigen betrafen, wäre ein rein negatives Urteil unangemessen.

Doch sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften wurden pauschal als »feindliche Organisationen« stigmatisiert ²⁴ – es war nur wenige Monate, bevor Sinowjew, Hermann Remmele und Jossif Stalin Gemeinsamkeiten zwischen Sozialdemokraten und Faschisten entdeckten. ²⁵ In den Thesen und Resolutionen des 5. Komintern-Kongresses wurden sie als die »beiden Seiten ein und desselben Werkzeuges der großkapitalistischen Diktatur« bezeichnet. ²⁶ Am 20. September 1924 behauptete Stalin, die Sozialdemokratie sei »objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus«; beide ergänzten einander wie »Zwillingsbrüder« ²⁷.

Es bedarf weiterer länder- und regionalspezifischer Forschungen, um herauszufinden, warum die Kommunisten an der Parteibasis mehrheitlich solche Auffassungen schluckten, die nicht nur der nachgeborene

22 *Erweiterte Exekutive (März/April 1925). Thesen und Resolutionen. Hamburg 1925. S. 13.*

23 *Siehe Mario Keßler/Yvonne Thron: Entscheidung für den Stalinismus? Die Bolschewisierung in KPD und Komintern. In: Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943). Hrsg. von Theodor Bergmann und Mario Keßler. Mainz 1992. S. 85–94. Hiernach das folgende.*

24 *Erweiterte Exekutive (März/April 1925). Thesen und Resolutionen. Hamburg 1925. S. 26.*

25 *Ausführlich hierzu u. a. Leonid Luks: Entstehung der kommunistischen Faschismus-Theorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935. Stuttgart 1985.*

26 *Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1924. S. 121.*

27 *Josef W. Stalin: Zur internationalen Lage. In: J. W. Stalin. Werke. Bd. 6. Berlin 1952. S. 252f.*

Historiker als gefährlichen Unsinn bezeichnen muß.²⁸ Hier sei nur auf die Disziplinierungsmöglichkeiten kurz verwiesen, die der Komintern-Apparat bis hinunter in die Parteizellen entfernter Länder besaß. Die Partei bot zahlreichen Aktivisten die einzige berufliche Existenzmöglichkeit, die bei einem Aufbegehren gegen die »Generallinie« (der Begriff kam damals auf) entzogen werden konnte. Die ideologische Abhängigkeit von Moskau korrespondierte zunehmend mit einer finanziellen.²⁹

Dabei sei der virulente Antikommunismus mancher, nicht aller Sozialdemokraten, keineswegs vergessen: Auf dem Gründungskongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale 1923 hatte Otto Wels gefordert, die »Schlammwelle der kommunistischen Bewegung« einzudämmen.³⁰ Als Reaktion auf solche Ausfälle hielt sogar ein damals eher zurückhaltend urteilender Bucharin die Sozialdemokratie für »die Vorbereitung noch furchtbarer, noch größerer Kriege« verantwortlich.³¹ Zwischen 1926 und seiner endgültigen Entmachtung 1929 besorgte Bucharin manche der »Begründungen« für die spätere »Sozialfaschismus-Theorie«, indem er erklärte, die Sozialdemokratie, namentlich die SPD, habe die Grenzlinie von einer proletarischen hin zu einer bürgerlichen Partei in ihrer Politik, sozialen Zusammensetzung und in ihrer Funktion überschritten.³²

28 Einen Überblick über zeitgenössische Faschismus-Analysen in der internationalen Sozialdemokratie, die denen der Komintern-Strategen überlegen waren, bietet Wolfgang Wippermann: *Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion*. 5. Aufl. Darmstadt 1989. S. 28ff.

29 Zu Angaben über Moskauer Finanzhilfen und ihre Konsequenzen siehe Friedrich Firsov: *Lenins Konzeption einer kommunistischen Weltpartei und die Entwicklung der Komintern*. In: *Lenin – Theorie und Praxis in historischer Perspektive*. Hrsg. von Theodor Bergmann u. a. Mainz 1994. Bes. S. 252ff. – Zur Struktur und Organisation des Komintern-Apparates siehe bereits die Darstellung von Dominique Desanti: *L'Internationale Communiste*. Paris 1970. S. 328ff.

30 *Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg*. 21. bis 25. Mai 1923. Berlin 1923. S. 15.

31 Nikolai I. Bucharin: *Kapitalističeskaja stabilizacija i proletarskaja revolucija*. Moskau, Leningrad 1927. S. 229. – So auch in: Nicholas N. Kozlov/Eric D. Weitz: *Betrachtungen über die Ursprünge der »Dritten Periode«*. Bucharin, die Komintern und die politische Ökonomie der Weimarer Republik. In: *Aufstieg und Zerfall der Komintern*. Hrsg. von Theodor Bergmann und Mario Keßler. Mainz 1992. S. 137.

32 Siehe entsprechende Äußerungen Bucharins in: *Die historische Leistung des 6. Weltkongresses der Komintern*. Hamburg 1928. S. 26. – Siehe weiterhin Nicholas N. Kozlov/Eric D. Weitz: *Betrachtungen über die Ursprünge der »Dritten Periode«*. Bucharin, die Komintern und die politische Ökonomie der Weimarer Republik. In: *Aufstieg und Zerfall der Komintern*. Hrsg. von Theodor Bergmann und Mario Keßler. Mainz 1992. S. 136ff.

Dabei verallgemeinerten die Komintern-Strategen die antikommunistischen Ressentiments führender Sozialdemokraten und negierten gegenläufige Tendenzen. Beispielsweise hatte Otto Bauer auf dem Hamburger SAI-Kongreß Sowjetrußland als den wichtigsten von der internationalen Reaktion bedrohten Staat genannt und den Regierungen der kapitalistischen Länder das Recht abgesprochen, sich in ihrem Kampf gegen die Sowjetregierung »auf die Demokratie und die Menschlichkeit« zu berufen, da sie selbst oft genug zu Terror und Unterdrückung griffen.³³

In den »Thesen über die Taktik« des 5. Komintern-Kongresses lautete ein Argument, es hinge unter den Bedingungen einer unterstellten weiterwirkenden weltrevolutionären Krisensituation allein von der Fähigkeit der kommunistischen Bewegung ab, der kapitalistischen Ordnung den Todesstoß zu versetzen.³⁴ Dies führte nicht nur zur verstärkten Abgrenzung von der Sozialdemokratie und zur Einengung der Einheitsfront als »Einheitsfront von unten«, es hatte auch die verstärkte Disziplinierung der Kritiker einer solch irrealen Politik zur Folge.

Hier überschritten sich die Fragen der Komintern-Strategie in besonders folgenreicher Weise mit den innerrussischen Fraktionskämpfen: Kein anderer als Trotzki hatte nämlich bereits auf dem 3. Komintern-Kongreß im Juli 1921 die Frage aufgeworfen, ob es begründet sei »anzunehmen, daß an Stelle politischer Erschütterungen und Klassenkämpfe eine neue, lang andauernde Epoche der Wiederherstellung und des Wachstums des Kapitalismus eintreten [könne]? Folgt daraus nicht die Notwendigkeit der Revision des Programms oder der Taktik der Kommunistischen Internationale?«³⁵

Die Bolschewisierungskampagne wurde zum Bestandteil des Kampfes der Troika Stalin-Kamenew-Sinowjew gegen Leo Trotzki und seine Anhänger, denen eine antirevolutionäre, fraktionistische Politik unterstellt wurde. Alle von Trotzki in den Debatten um die Strategie und Taktik der russischen Partei wie der Internationale vertretenen Positionen wurden nunmehr gegen ihn verwendet. Seine im Herbst 1924 erschienenen »Lehren des Oktober«, die der beginnenden Geschichtsfälschung über das Jahr 1917 entgegenzuwirken suchten, riefen bei der Troika und ihrer Gefolgschaft einen Sturm der Entrüstung hervor.

Gegen den angeblichen Trotzkiismus kreierte die Komintern-Führung den sogenannten Marxismus-Leninismus. »Theoretischer« Kopf dieser

33 *Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg. 21. bis 25. Mai 1923. Berlin 1923. S. 23.*

34 *Siehe Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1924. S. 25ff.*

35 *Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau 22. Juni bis 12. Juli 1921. Hamburg 1921. S. 9.*

bald zur offiziellen kommunistischen Philosophie aufgerückten ideologischen Konstruktion war Stalin. Er formulierte damit, wie aber erst allmählich sichtbar wurde, zum ersten Mal den Anspruch, Alleinerbe des Marx'schen und des Lenin'schen Denkens zu sein. In den Lektionen über den Leninismus, die Stalin im April 1924 vor Hörern der Swerdlow-Universität in Moskau hielt, interpretierte er diesen als »Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution« und als die »Theorie und die Taktik der Diktatur des Proletariats im besonderen.«³⁶

Damit wurde die Theorie zum reinen Instrument der Praxis verengt – mehr noch: Jedwede Handlung, jede praktische Maßnahme konnte von vornherein als revolutionäre Theorie deklariert werden, selbst wenn sie sich nur verbal auf diese Theorie berief. Die Funktion der Theorie, Politik kritisch zu werten, ihr in den Erkenntnissen aufgrund selbständig und unabhängig betriebener Forschung Vorarbeit zu leisten, verlor damit ihren Stellenwert. Sie wurde immer mehr durch pure Apologetik ersetzt. Von hier aus war es nur noch ein kleiner Schritt bis hin zur Willkür im Umgang mit der Theorie, ein weiterer, allerdings weit gewichtigerer, bis hin zur Vernichtung der Träger selbständigen theoretischen Denkens. Dies war auch die Grenze, bis zu der Sinowjew und Kamenew ihrem bisherigen Bundesgenossen Stalin folgen konnten. Doch bevor die bisherige Troika auseinanderbrach, wurden die kommunistischen Parteien des Westens in einer Weise »bolschewisiert«, die eigenständiges Denken und Handeln immer weiter verhinderte.

Am intensivsten erfaßte die »Bolschewisierungs«-Kampagne die KPD. Auf einer ZK-Sitzung im Februar 1924 stimmten sowohl die »Linken« um Ruth Fischer, Arkadij Maslow und Ernst Thälmann, als auch die »Mittelgruppe« um Eberlein, Wilhem Pieck und Remmele der antitrotzkistischen Linie des russischen ZK zu. Den in diesem Zusammenhang geprägten Begriff der »Bolschewisierung« bezeichnete Sinowjew als »wunderschön gesagt«.³⁷ Hingegen hatte Thalheimer, Wortführer der als »Rechte« stigmatisierten Opponenten, kurz zuvor betont, daß die deutsche Revolution »nicht einfach ein Abklatsch des Ganges der russischen Revolution« sei.³⁸ Die französische Partei schloß im Verlauf

36 *Josef W. Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus. Vorlesungen an der Swerdlow-Universität. Einleitung. In: J. W. Stalin: Werke. Berlin 1952. Bd. 6. S. 3.*

37 *Brief Sinowjews an das ZK der KPD vom 26. März 1924. In: SAPMO-BArch 16/10/5. Bl. 87.*

38 *August Thalheimer: Über die Gegenwärtige Lage in der Kommunistischen Partei Deutschlands. In: Internationale Pressekorrespondenz (Inprekorr). Berlin u. a. 4,1(1924)2 vom 4. Januar 1924. S. 10.*

des Jahres 1924 Boris Souvarine, Pierre Monatte und Alfred Rosmer aus, da die drei führenden Funktionäre die Verurteilung Trotzki ablehnten. Der Parteiapparat, so die Zentralleitung am 18. März, habe die Aufgabe, »auf Anregung der alten Bolschewistengarde aktiv gegen jegliche Abweichung anzukämpfen.«³⁹ Auch in der polnischen Partei wurde die Führungsgruppe ausgewechselt: statt der Gruppe um Wera Kostrzewa, die auf eigenständigem Handeln bestand, wurden Anhänger der Troika um Julian Lenski in die leitende Equipe kooptiert.⁴⁰ Doch wurden in Deutschland und Frankreich bereits 1925 jene Führungsgruppen wiederum von der Spitze verdrängt, die sich in der »Bolschewisierungs«-Kampagne soeben noch hervorgetan hatten, als Anhänger Sinowjews aber für die Stalinisten inakzeptabel waren: Fischer und Maslow ebenso wie Albert Treint und Suzanne Girault.

Die Tatsache, daß Stalins Definition des Begriffs Marxismus-Leninismus wörtlich in die Thesen über die Propagandatätigkeit des 5. Komintern-Kongresses übernommen wurde,⁴¹ bedeutete noch nicht den endgültigen Sieg stalinistischen Gedankengutes in der Komintern, wies jedoch in eine bedenkliche Richtung. Ebenso mußte die Form Besorgnis hervorrufen, in der auf dem Kongreß mit Meinungen umgegangen wurde, wie sie Georg Lukács 1923 in »Geschichte und Klassenbewußtsein« und Karl Korsch ein Jahr darauf in »Marxismus und Philosophie« geäußert hatten. Sinowjew hatte in seinem Schlußwort auf dem Kongreß gefordert: »Bolschewisierung – das ist die Schaffung einer festgefügtten, wie aus einem Stein gehauenen, zentralisierten Organisation, die harmonisch und brüderlich die Differenzen in ihren eigenen Reihen austrägt, wie es Lenin gelehrt hatte.«⁴² Harmonisch und brüderlich verlief der Prozeß der Bolschewisierung in den nächsten Jahren ganz gewiß nicht, und er zeitigte in allen Komintern-Parteien bleibende negative Folgen. Es bedurfte, wie Pierre Frank schrieb, noch einiger Zeit, bis die kommunistischen Parteien sich den Direktiven Moskaus völlig unterwarfen, doch: »Die Stalinisierung keimte unter der Bolschewisierung.«⁴³

39 *Thèses sur la tactique du Parti et sur les problèmes posés à l'Internationale communiste (18 mars 1924)*. Zit. in: Miloš Hájek: *Die Beziehungen zwischen der Komintern und der bolschewistischen Partei in den Jahren 1919–1929*. In: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 1995. Berlin 1995. S. 79.

40 *Siehe ebenda*. S. 78f.

41 *Siehe Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale*. Hamburg 1924. S. 92.

42 *Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale*. Bd. 1. Hamburg o. J. S. 508.

43 *Pierre Frank: Geschichte der Kommunistischen Internationale*. Bd. 1. Frankfurt am Main 1981. S. 342.

Ein Zwischenspiel ohne Zwischenpause: Das Fiasko der Komintern in China und die endgültige Ausschaltung Trotzki's 1926–1927

Anfang 1926 brach die Troika Stalin-Kamenew-Sinowjew definitiv auseinander. Sie war durch den Kampf gegen Trotzki zusammengehalten worden; mit dessen Entmachtung ging Stalin daran, jene Männer aus der Komintern und der russischen Partei zu verdrängen, die sich dem Ausbau des bürokratischen Apparates schon aus persönlichem Kalkül widersetzen würden. Doch existierten auch grundlegendere Gegensätze zu Kamenew und Sinowjew:

Diese beiden standen mitsamt ihrer Anhängerschaft noch für eine internationalistisch bestimmte Sicht auf die Revolution und eine daran geknüpfte Politik. Sie würden nicht ohne weiteres die Hoffnung auf eine Revolution im Westen definitiv aufgeben. Deshalb waren sie durchaus willens und fähig, die Komintern ihren eigenen Machinationen unterzuordnen, nicht aber gewillt, die momentanen Interessen der russischen Parteiführung über die langfristigen Ziele der Komintern zu stellen. Andererseits rückte Bucharin, nachdem er die Hoffnung auf eine baldige Weltrevolution aufgegeben hatte, rasch innerhalb der bolschewistischen Partei nach »rechts« und näherte sich Stalin an. Für ihn lag die Gefahr, die der russischen Revolution drohte, in einem Bruch mit der Bauernschaft. Auf internationaler Ebene sollte nunmehr aber mit den »reformistischen Führern der Sozialdemokratie«, wie es oft hieß, eine Einheitsfront hergestellt werden. Dem diene das Anglo-Russische Gewerkschaftskomitee während des britischen Generalstreiks vom Mai 1926, den die Bergarbeiter allein noch bis zum 7. Oktober fortführten. Der Generalrat des britischen Gewerkschaftskongresses lehnte jede materielle Unterstützung seitens der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) ab und begründete diese Haltung mit der Politik der britischen KP. Diese hatte mittels der »Minderheiten-Bewegung« (Minority movement) versucht, die revolutionären Minderheiten innerhalb jeder Gewerkschaft in eine revolutionäre Mehrheit zu verwandeln.⁴⁴ Die sowjetische Gewerkschaftsführung um Michail Tomski, einem engen Freund Bucharins, suchte dessen ungeachtet die weitere Annäherung an die sozialdemokratisch geführte Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, da sie die gewerkschaftliche Spaltung der Arbeiterbewegung als unnatürlich empfand.

In einer gänzlich andersgearteten Situation erhofften sich die Bucharinisten – und Stalins Anhänger – ebenfalls ein einheitliches Handeln

⁴⁴ Siehe L. J. MacFarlane: *The British Communist Party. London 1966. Dieses Buch schildert die Parteigeschichte bis 1929.*

verschiedener politischer Kräfte, in diesem Fall sogar antagonistischer Klassenkräfte: der chinesischen Revolution der Jahre 1925–1927. Bucharin begründete die offizielle Position der russischen Partei und der Komintern im April 1927. Er kennzeichnete die Zustände in China als halbfeudal, leitete daraus den bürgerlichen Charakter der Revolution ab und begründete somit die Bündnispolitik der Kommunisten mit der als bürgerlich-progressiv eingeschätzten Kuomintang.⁴⁵ Die Illusionen der Komintern reichten noch über die antikommunistische Wende Tschiang Kai-Scheks vom 12. April 1927 hinaus, als dieser bewaffnete Gewalt gegen die Schanghaier Arbeiter und die Kommunisten einsetzte.⁴⁶ Doch die innerparteiliche Auseinandersetzung berührte nicht die Übertragbarkeit des russischen Modells der zwei Phasen der Revolution, einer bürgerlich-demokratischen und einer sozialistischen, auf China. Trotzki beurteilte jedoch die Einheitsfront-Politik der Kommunisten mit der Kuomintang⁴⁷ skeptisch und bestand auf »bolschewistischer Politik in der bürgerlichen Revolution«.⁴⁸ Erneut warf er Stalin vor, die Komintern für seine jeweilige Politik zu instrumentalisieren. Trotzki's Forderung nach Bildung von Sowjets als Gegengewicht zur Kuomintang wurde wenige Jahre später von Mao Tse-Tungs kommunistischen Partisanen aufgegriffen, aber natürlich, ohne auf Trotzki als Ideengeber zu verweisen. Dieser war nämlich am 27. September 1927 aus dem EKKI ausgeschlossen worden. Die eigenständigen Demonstrationen der russischen Opposition zu den Revolutionsfeierlichkeiten am 7. November zeigten, wie isoliert sie in der Bevölkerung und in der Partei war. Stalin, der den Apparat kontrollierte, ließ seine Widersacher eine Woche später aus der Partei ausschließen.

45 Siehe Reinhart Kößler: *Die Dominanz des russischen Paradigmas. Bucharin, Stalin und Trotzki zur »Chinesischen Frage« 1927*. In: *»Liebling der Partei. Nikolai Bucharin – Theoretiker und Praktiker des Sozialismus*. Hamburg 1989. S. 112–123.

46 *Über die Debatte innerhalb der Komintern informiert Pierre Frank: Geschichte der Kommunistischen Internationale*. Bd. 2. Frankfurt am Main 1981. S. 461ff.

47 *Den besser passenden Terminus »Volksfront« gab es noch nicht.*

48 *Zit. nach Reinhart Kößler: Die Dominanz des russischen Paradigmas. Bucharin, Stalin und Trotzki zur »Chinesischen Frage« 1927*. In: *»Liebling der Partei. Nikolai Bucharin – Theoretiker und Praktiker des Sozialismus*. Hamburg 1989. S. 121.

Die ultraradikale Wendung der Komintern und die Katastrophe des internationalen Sozialismus 1928–1933

Nach der Ausschaltung Trotzkis, Kamenews, Sinowjews und ihrer Anhänger zerbrach das künstliche Bündnis zwischen Stalin und Bucharin. Der Hintergrund war die Transformation der aus der Neuen Ökonomischen Politik hervorgegangenen staatskapitalistischen Sowjetgesellschaft in eine Gesellschaft neuen Typs, die vor- und nachkapitalistische Elemente vereinigte. Damit begann auch der lange und unumkehrbare Aufstiegsprozeß der Sowjetbürokratie zur herrschenden Klasse, der allerdings erst 1991 mit der Etablierung eines kapitalistischen Staatswesens seinen Abschluß fand. Dieses Ergebnis hatten weder Stalin noch seine kommunistischen Gegner gewollt. Stalinisten und Bucharinisten unterschieden sich nicht im Ziel des »Aufbaus des Sozialismus«. Was sie trennte, waren der Weg und die Methoden. Während Bucharin auf ein Bündnis mit den Bauern setzte, um ihre Abwendung vom Sowjetstaat zu verhindern, gedachte Stalin, der widerspenstigen Bauernschaft durch eine beispiellose Zwangskollektivierung das Rückgrat zu brechen und die Sowjetwirtschaft durch planmäßige und forcierte Industrialisierung von ihrer landwirtschaftlichen Basis weitgehend unabhängig zu machen. Ein solches Vorgehen war in der Geschichte beispiellos und hatte natürlich auch nichts mit den marxistischen Lehrsätzen gemein. Die internationale kommunistische Bewegung, so sehr sie ideologisch und materiell von Stalin abhängig war, blieb dabei ein Faktor der Unsicherheit. Jeder mögliche Widerstand sollte ausgeschaltet werden. Die kommunistischen Parteien wurden gewissermaßen einer zweiten Bolschewisierung unterworfen, die zu ihrer Stalinisierung führen sollte.

Auf dem 6. Komintern-Kongreß im Sommer 1928 fielen wichtige Entscheidungen im latenten Machtkampf. Im Vorfeld des Kongresses hatten Bucharins deutsche Freunde Brandler, Thalheimer und Leo Borchowicz in einem »Aktionsprogramm«, das deutlich demokratisch-sozialistische Züge trug, für ein System von Teil- und Übergangsforderungen plädiert. Dazu gehörte die Arbeiterkontrolle in der Produktion, die sich an unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen orientierte, ohne das sozialistische »Endziel« aus den Augen zu verlieren.⁴⁹ Doch Bucharin sah sich gegenüber Stalin bereits in der Defensive und versicherte ihm, die schwerwiegenden Differenzen nicht nach außen dringen

⁴⁹ Siehe Heinrich Brandler: *Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland*. In: *Die Kommunistische Internationale (1928) I vom 4. Januar*. – Siehe auch August Thalheimer: *Programmatische Fragen. Kritik des Programm-entwurfs der Kommunistischen Internationale (VI. Weltkongreß)*. Hrsg. von Jens Becker und Theodor Bergmann. Mainz 1993.

zu lassen.⁵⁰ Obwohl Bucharin äußerlich auf dem Kongreß als Komintern-Vorsitzender auf dem Höhepunkt seines Wirkens zu sein schien, wurden gezielt Gerüchte ausgestreut, nach denen er an »politischer Syphilis« leide und sein Fall unmittelbar bevorstehe.⁵¹ Bucharin hatte ursprünglich dem in der Komintern antizipierten Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus keineswegs widersprochen, noch war er gegen die sich abzeichnende härtere Gangart gegen die Sozialdemokratie aufgetreten. Doch der erneuten Reglementierung der Parteien, ihrer nunmehrigen Verpflichtung zur Zustimmung zum Stalin-Terror und zur ultrasektiererischen Agitation gegen die Sozialdemokratie als angeblichen Hauptfeind der Kommunisten mußten sich Bucharins Anhänger widersetzen. Namentlich in Deutschland waren sie zumeist erfahrene Funktionäre und selbständig denkende Intellektuelle in der Arbeiterbewegung.

Ihre Ausschaltung vollzog sich unmittelbar nach dem Ende des Komintern-Kongresses. Die Auseinandersetzung entzündete sich an einem Korruptionsfall, in den der KPD-Vorsitzende Thälmann verwickelt war. Seine innerparteilichen Kritiker setzten am 26. September einen Beschluß zur Absetzung Thälmanns durch, doch das EKKI-Präsidium setzte Thälmann wieder ein.⁵² Im EKKI-Präsidium unterstützten nur Clara Zetkin, Jules Humbert-Droz und etwas vorsichtiger Bucharin Thälmanns Kritiker, denen Hilfe für den Klassenfeind vorgeworfen wurde. Mittels einer konstruierten »rechten Gefahr« wurden Bucharins Anhänger, aber auch andere Kommunisten, die sich mit diesen Methoden nicht einverstanden erklärten, aus der KPD ausgeschlossen. Viele von ihnen gründeten die KPD-Opposition, die sich um eine Rückkehr zur innerparteilichen Demokratie bemühte und ihre Anstrengungen darauf richtete, Kommunisten und Sozialdemokraten zum einigen Handeln gegen die wachsende Gefahr des Faschismus zu bewegen.⁵³

Dies war auch dringend notwendig, denn nach einigen Erfolgen in verschiedenen Regionalwahlen gelang der faschistischen NSDAP bei den Wahlen zum deutschen Reichstag am 14. September 1930 ein

50 In einem Brief vom 1./2. Juni 1928. Abgedruckt in: Nikolai Bucharin – 1929: *Das Jahr des großen Umschwungs*. Hrsg. von Wladislaw Hedeler und Ruth Stoljarowa. Berlin 1991. S. 92–94. – Siehe auch Alexander Watlin: *Die Komintern 1919–1929. Historische Studien*. Mainz 1993. S. 173ff.

51 *Belege bei Stephen F. Cohen: Bukharin and the Bolshevik Revolution. 1888–1938*. New York 1975. S. 293f.

52 Zu dieser als Wittdorf-Affäre bekanntgewordenen Begebenheit siehe Hermann Weber: *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*. Bd. 1. Frankfurt am Main 1969. S. 199ff.

53 Siehe Theodor Bergmann: *»Gegen den Strom«*. *Die Geschichte der kommunistischen Partei-Opposition*. Hamburg 1987. Bes. S. 39ff.

gewaltiger Durchbruch; sie wurde zweitstärkste Fraktion. Millionen Wähler, die bislang noch die bürgerliche Mitte unterstützt hatten, liefen zu Hitler über, von dem sie sich angesichts der grassierenden Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit Rezepte zur schnellen Gesundung der Lage versprachen. Extremer Nationalismus, Antimarxismus und ein eliminatorischer Antisemitismus verbanden sich mit geschickter sozialer Demagogie; die Nazis erschienen als Fürsprecher des kleinen Mannes. Angesichts dessen trug der sich ständig verschärfende ultralinke Kurs Stalins und der stalinisierten Komintern mitsamt seiner unveröhnlichen Feindschaft gegen die Sozialdemokratie irrationale Züge. Er kann nicht allein mit der Empörung auf sozialdemokratische Repressionen gegen kommunistische Arbeiter – wie am 1. Mai 1929 in Berlin – erklärt werden. Ein Teil der Erklärung liegt sicherlich in der Tatsache begründet, daß vor allem linke Sozialdemokraten, darunter viele emigrierte Menschewiki, in marxistischen Termini den Stalin-Terror mitsamt seinen desaströsen Folgen für Rußland anprangerten.⁵⁴ Daß der ultralinke Kurs jedoch von den Parteien so schnell akzeptiert wurde, hat nicht nur mit der Disziplinierung ihrer Apparate etwas zu tun, aus denen die kritischen Geister bereits hinausgeworfen waren. Dies hängt auch mit einem folgenschweren Wandel in der Mitgliedschaft zumindest der KPD, abgeschwächt auch anderer westlicher Parteien, zusammen. Die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei führte in den Zeiten der Weltwirtschaftskrise oftmals zum schnellen Verlust des Arbeitsplatzes. Nunmehr wurde die Partei zunehmend zum Auffangbecken deklassierter Menschen, die weit eher (in Eric Hobsbawms Terminologie) »Sozialrebell« denn wirkliche Revolutionäre waren, die zum Aktionismus neigten und denen der ultraradikale Kurs deshalb entgegenkam. Sie setzten auf Gewalt gegenüber Andersdenkenden in der Arbeiterbewegung und unterstützten die national-kommunistische Agitation Thälmanns, die im »Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« 1930 ihren Ausdruck fand. Die KPD beteiligte sich im folgenden Jahr am Volksentscheid gegen das preußische Kabinett, der aber, trotz seiner Umfunktionierung zum »roten Volksentscheid«, mit einer Niederlage endete.⁵⁵ Ebenso fatal war der spalterische Kurs der KPD in den

⁵⁴ Siehe Jürgen Zarusky: *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933.* München 1992. S. 262ff.

⁵⁵ Zu diesem soziologischen Wandel der KPD-Mitgliedschaft und seinen Folgen siehe Klaus Schönhoven: *Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat.* München 1989. Bes. S. 137f.; und bereits Ossip K. Flechtheim: *Die KPD in der Weimarer Republik [1948].* Frankfurt am Main 1976. Bes. S. 316ff.

gewerkschaftlichen Organisationen und die Installierung der (verbal) »Revolutionären Gewerkschafts-Opposition«.⁵⁶ Diese Politik war kein rein deutsches Phänomen: Sogar eine so winzige, illegal tätige Partei wie die KP Palästinas mußte sich dem neuen Kurs vorbehaltlos anpassen, nachdem auf dem 6. Komintern-Kongreß die jüdischen Sozialdemokraten in Palästina als »reaktionärste Kolonnen des Klassenfeindes im Lager des Proletariats« bezeichnet worden waren. Statt kritischer Solidarität mit den arabischen Werkträgern war für die KP Palästinas nach den arabisch-jüdischen Zusammenstößen vom August 1929 nunmehr eine unkritische Unterstützung der reaktionären arabischen Nationalführung bindend. Auch hier wurden die Kritiker der offiziellen Politik aus der Partei geworfen. Viele von ihnen wurden später in der Sowjetunion ermordet oder für lange Jahre in Gefängnisse und Straf-lager gesperrt.⁵⁷ Natürlich verstärkte dieser unheilvolle Kurs die Trennlinie zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Innerhalb der SAI gerieten die Befürworter einer Zusammenarbeit mit der Komintern immer mehr in die Defensive. Aus der gespaltenen Arbeiterbewegung zogen jedoch der deutsche und europäische Faschismus letztlich allein Nutzen.

Die Wege zur Machtergreifung Hitlers können hier nicht nachgezeichnet werden; darüber existiert eine immer weiter anwachsende Literatur.⁵⁸ Es genügt, hier festzustellen: Innerhalb der Arbeiterbewegung waren es fast nur die Kleingruppen – KPDO, SAPD⁵⁹, Trotzlisten, Leninbund oder ISK⁶⁰ –, die sich um einheitliches Handeln gegen den Nazismus verzweifelt bemühten.⁶¹

56 Siehe Werner Müller: *Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der »Revolutionären Gewerkschafts-Opposition« (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933.* Köln 1988.

57 Siehe Mario Keßler: *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933.* Berlin 1994. S. 147ff. und 167f.

58 Siehe die Übersicht zu *Quellenlage und Forschungsstand bei Martin Broszat: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik.* 5. Aufl. München 1994. S. 207–219.

59 Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Siehe zu ihrer Geschichte Hanno Drechsler: *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik.* Meisenheim 1965. – Helmut Arndt/Heinz Niemann: *Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistische Arbeiterpartei.* Berlin 1991.

60 Internationaler Sozialistischer Kampfbund. Siehe Werner Link: *Die Geschichte des Internationalen Jugendbundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK).* Meisenheim 1964.

61 Siehe Theodor Bergmann: *Das Zwischenfeld der Arbeiterbewegung zwischen SPD und KPD 1928–1933.* In: *Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933.* Hrsg. von Manfred Scharrer. Reinbek bei Hamburg 1984. S. 162–182.

Die Komintern zwischen Volksfront-Politik und politischem Volksmord 1933–1938

Für die gesamte Arbeiterbewegung bedeutete der Sieg Hitlers eine immer intensiver werdende Unterdrückungskampagne, ein wahrer Kreuzzug ohne Kreuz. Zugeständnisse sozialdemokratischer Politiker, so ihre Zustimmung zu Hitlers heuchlerischer Friedensresolution am 17. Mai 1933 oder die Distanzierung des letzten Parteivorstandes in Berlin von ihren exilierten Genossen am 19. Juni, halfen nichts: Mit dem Verbot der SPD am 22. Juni ging die Zeit der organisierten demokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland für lange Zeit zu Ende. Die KPD war bereits am 28. Februar in die Illegalität getrieben worden.

Am 19. Februar 1933 rief die Sozialistische Arbeiterinternationale die Arbeiter zur antifaschistischen Einheit auf. Am 5. März antwortete das EKKI – nach fast einem Jahrzehnt wieder – positiv auf die SAI-Offerte. Die Februarkämpfe in Österreich wurden 1934 vom sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbund geführt und von der KP aktiv unterstützt. Der gemeinsame Kampf von Sozialdemokraten und Kommunisten konnte die Zerschlagung der österreichischen Arbeiterbewegung durch die Dollfuß-Diktatur nicht verhindern, zeigte aber, daß auch Sozialdemokraten kämpfen, daß Kommunisten sich diesen Kämpfern zuordnen konnten.

Aus diesen Erfahrungen entstand in einem zweijährigen Prozeß die Praxis der Volksfront. Ihre kurze politische Wirksamkeit, ihre Widersprüchlichkeit und ihr schließliches Scheitern sind oft beschrieben worden.⁶² Angesichts der wachsenden Macht des Faschismus und der zunehmenden Bedrohung der Sowjetunion gewann die Komintern für das Stalin-Regime einen neuen Wert. Nunmehr stützte nicht länger die Sowjetunion, mindestens dem Anspruch nach, die internationale Revolution, sondern die Komintern-Politik war auf den Schutz der Sowjetunion gerichtet. Damit wurden aber die ausländischen Kommunisten noch stärker auf die kurzfristigen politischen Interessen der UdSSR eingeschworen, als dies bislang schon der Fall war. Auch die Kontrolle über die Komintern erhöhte sich. Sowjetische Geheimdienst-Funktionäre wie Meir A. Trilisser (Moskwin) wurden Mitglieder oder Kandidaten des EKKI; der Komintern-Apparat in Moskau wurde von Mitarbeitern sowjetischer Regierungsstellen immer stärker personell dominiert. Ossip Flechtheim schrieb über die Konsequenzen dieses Kurses:

62 Ein Überblick zum Forschungsstand findet sich in meinem gemeinsam mit Theodor Bergmann verfaßten Aufsatz: Die Volksfrontpolitik der Kommunistischen Internationale. Geschichte und Bedeutung. In: UTOPIE kreativ. Berlin (1995)55. S. 71–81.

»Die stalinistische Volksfrontstrategie war von extremer Zweisplitigkeit. Gemäßigt-liberale Bündnispolitik gegenüber den ›Bürgerlichen‹ ging Hand in Hand mit totalitär-terroristischer Liquidierung aller ›Abweichler‹ im linken Lager. Trotz gewisser Anfangserfolge – etwa in Frankreich und Spanien – sollte sich diese Widersprüchlichkeit bald in der Schwächung der Volksfront auswirken.«⁶³ Einen anderen, mindestens ebenso wichtigen Aspekt benannte Wolfgang Abendroth:

»Die Politik der KPdSU, die durch die Kommunistische Internationale in den westeuropäischen Parteien durchgesetzt wurde, führte noch zu einer anderen Krise, die für die Volksfrontbewegung in allen Ländern katastrophale Folgen hatte. Die kommunistischen Führer in der alten Generation in der KPdSU waren im Denken des revolutionären Marxismus und im Kampf für die internationale sozialistische Revolution groß geworden.«⁶⁴ Sie waren somit Teil der demokratischen Tradition der Arbeiterbewegung und erhielten sich durch alle Fraktionskämpfe hindurch ein Mindestmaß an Toleranz im Umgang miteinander. »Jetzt aber«, so Abendroth weiter, »zerstörte die Gruppe um Stalin, die Partei und Staat unumschränkt beherrschte, diese Toleranz gründlich und endgültig. Sie befürchtete, daß die alte Garde der bolschewistischen Partei nicht zulassen würde, daß man den westeuropäischen revolutionären Arbeitern das Denken verbot.«⁶⁵ Die endlos lange Stalinsche Bartholomäus-Nacht, die in den drei Schauprozessen zwischen 1936 und 1938 gipfelte, aber Millionen in Mitleidenschaft zog, vernichtete eine ganze Generation revolutionärer Arbeiter und Intellektueller. Allmählich legt die Forschung das Ausmaß des Mordens offen, das auch exilierte Mitglieder kommunistischer Parteien des Auslandes in der Sowjetunion traf. Besonders schlimm getroffen wurden die Parteien Polens, Jugoslawiens, Ungarns, der baltischen Länder und Palästinas, also illegale Parteien, deren Mitglieder kaum den Schutz eines fremden Staates in der Sowjetunion genossen.⁶⁶ In den Moskauer Prozessen tauchten zum ersten Mal antisemitische Untertöne auf.⁶⁷ Auch zahlreiche in die UdSSR

63 Ossip K. Flechtheim im Vorwort zu: Arthur Rosenberg: *Geschichte des Bolschewismus*. Neuausg. Frankfurt am Main 1966. S. 21.

64 Wolfgang Abendroth: *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung*. Neuausg. Frankfurt am Main 1984. S. 136.

65 Ebenda. S. 136f.

66 Siehe *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien seit den dreißiger Jahren*. Hrsg. von Hermann Weber und Dietrich Staritz. Berlin 1993. Mit länderspezifischen und länderübergreifenden Einzeluntersuchungen.

67 Siehe Mario Keßler: *Der Stalinsche Terror gegen jüdische Kommunisten 1937/1938*. In: Ebenda. S. 87–102.

geflüchtete österreichische Schutzbündler wurden ermordet, gemeinsam mit anderen deutschen und österreichischen antifaschistischen Flüchtlingen.⁶⁸ Diese zynisch als Säuberungen verharmlosten Mordorgien wirkten sich, so Deutscher, »durch ihren Umfang und ihre Gewalt wie eine ungeheure Naturkatastrophe aus, gegen die jede menschliche Reaktion vergeblich war. Der Terror zerstampfte die Gehirne, zerbrach jeden Willen und zertrat jeden Widerstand.«⁶⁹ Die Folgen waren, so Deutscher, irreparabel: »Der Terror der Jeschow-Periode lief auf einen politischen Volksmord hinaus: Er vernichtete die ganze Spezies der antistalinistischen Bolschewisten. Während der restlichen fünfzehn Regierungsjahre Stalins blieb in der Sowjetgesellschaft – auch nicht in den Gefängnissen und Lagern – keine Gruppe übrig, die ihm Widerstand hätte leisten können. Nicht ein einziges Zentrum unabhängigen politischen Denkens durfte bestehen bleiben.«⁷⁰

Angeichts der beschworenen und tatsächlichen Bedrohung der Sowjetunion durch Nazi-Deutschland, angesichts der zwanzigjährigen Mythologisierung des »Roten Oktober« und des aus ihm hervorgegangenen Staates und angesichts der materiellen und ideellen Korruption westlicher Intellektueller durch das Sowjetregime blieben die antistalinistischen Reaktionen auf die Prozesse eher verhalten. Der Ex-Stalinist Halldór Laxness bekannte fünfundzwanzig Jahre nach seinem Engagement für den Stalin-Terror reumütig: »Ich hätte nicht so über Bucharin geschrieben, wie ich es tat, hätte ich nicht geglaubt, was man mir erzählte; aber das ist leider keine Entschuldigung für jemanden, zu glauben, was gesagt wird; alle Lüge ist Lüge an sich. Ich vertraue meinen Freunden, den sowjetischen Schriftstellern.«⁷¹

Angeichts der Begeisterung von Teilen des intellektuellen Establishments für den Stalinismus und, komplementär, eines anderen Teils für den internationalen Faschismus, schrieb Trotzki: »Unser Planet verwandelt sich in eine schmutzige und übelriechende Baracke. Die Helden der Demokratie tun alles, was sie [...] können, um den Helden des Faschismus zu gleichen [...] Der Herdentrieb der Intelligenz und ihre Ser-

68 Siehe Karl Stadler: *Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbündler-Emigration 1934*. Wien 1974. – *Österreichische Stalin-Opfer*. Hrsg. von Memorial. Wien 1990. – *In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR*. Hrsg. vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin 1991.

69 Isaac Deutscher: *Trotzki. Bd. 3: Der verstoßene Prophet 1929–1940*. 2. Aufl. Stuttgart 1972. S. 383.

70 Ebenda. S. 388.

71 Halldór Laxness. Zit. in Alexander Kan: *Nikolaj Bucharin och den skandinaviska arbetarrörelsen*. Uppsala 1991. S. 166.

vilität stellen ein weiteres und nicht unbeträchtliches Symptom« der Dekadenz der zeitgenössischen Gesellschaft dar.⁷² Doch nicht nur Intellektuelle zeigten sich anfällig gegenüber dem Stalin-Kult mitsamt seiner Kehrseite des systematischen und gezielten Massenterrors. Viele Angehörige des mittleren Funktionärskorps erklimmen die Karriereleiter nach der Ausschaltung angeblicher Volksfeinde steil nach oben. Die späteren KPdSU-Generalsekretäre Nikita S. Chruschtschow, Leonid J. Breschnew, Juri W. Andropow und Konstantin U. Tschernenko waren Mittäter und Nutznießer des Terrors.

Sie alle – und viele andere – wurden zu Stalins willigen Mordgesellen, um einen in anderem Zusammenhang jüngst diskutierten Terminus aufzugreifen. Allmählich laufen, im Anschluß an die Studien über die Beteiligung ausländischer KP-Funktionäre an den »Säuberungen«, ⁷³ erste Untersuchungen über die sowjetischen Täter und Mittäter an, die auf neuerschlossenen Quellen beruhen.⁷⁴ Dies alles muß in die Diskussion über den erschreckend breiten Konsens miteinbezogen werden, den der Stalinismus bei Kommunisten und ihren »fellow travellers« fand. Dieser Konsensus wurde zwischen 1939 und 1941 dann schwer erschüttert, in den Jahren der deutsch-sowjetischen Freundschaft, der unheiligen Allianz der beiden wichtigsten diktatorischen Regime des 20. Jahrhunderts.

Zwischen Hitler-Stalin-Pakt und Auflösung: Die Paralyse der Komintern 1939–1943

Kein ernsthafter Forscher bestreitet, daß die Sowjetunion angesichts des drohenden Krieges die Widersprüche zwischen den kapitalistischen

72 Leo Trotzki in: *Partisan Review*. Fall 1938. Zit. in: Isaac Deutscher: *Trotzki*. Bd. 3: *Der verstoßene Prophet 1929–1940*. 2. Aufl. Stuttgart 1972. S. 400.

73 Siehe verschiedene Aufsätze in: *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien seit den dreißiger Jahren*. Hrsg. von Hermann Weber und Dietrich Staritz. Berlin 1993; sowie exemplarisch *Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941*. Hrsg. von Reinhard Müller. Reinbek bei Hamburg 1994.

74 Siehe den Literaturbericht von John L. Keep: *Der Stalinismus in der neueren russischen Literatur*. In: *Neue Politische Literatur* (1995)3. S. 421–440. Hierzu bes. S. 431ff. – Siehe auch die Aufzeichnungen des Zeitzeugen Stephan Podlubnyi in: *Tagebuch aus Moskau 1931–1939*. Hrsg. von Jochen Hellbeck. München 1996. – Für die weiterführende Diskussion siehe Wladislaw Hedeler: *Die Geschichte der Komintern im Lichte neuer Dokumente*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*. Berlin 42(1994)11. S. 1006–1009. Dieser Aufsatz bezieht sich auf eine internationale wissenschaftliche Konferenz in Moskau im Oktober 1994.

Großmächten ausnutzen mußte, daß sie eine – nach dem Münchner Abkommen im September 1938 nicht ganz unmögliche – gemeinsame Front dieser Staaten verhindern mußte. Die offene Unterstützung Deutschlands und Italiens für die faschistischen Putschisten in Spanien, die halbherzige und letztlich Franco behilfliche »Nichteinmischungs-Politik« der westlichen Demokratien und das Zusammenspiel zwischen faschistischen und demokratischen Staaten auf Kosten der Tschechoslowakei in München gaben der sowjetischen Politik – auch in historischer Perspektive – mehr als nur einen Schein der Legitimität. Ganz anders muß natürlich das Urteil über die sowjetische Politik gegenüber Polen ausfallen. Auch hätte niemand das Sowjetregime zur ideologischen Verbrüderung mit Hitler verpflichten können, was aber geschah. Die schwerste historische Hypothek war aber zweifellos die Auslieferung deutscher und österreichischer Kommunisten an Hitler.⁷⁵ Kaum weniger entlastende Argumente lassen sich für die enge und immer intensivere militärische Kooperation zwischen der UdSSR und Deutschland finden, womit Stalin die deutschen Aggressoren unterstützte.⁷⁶ Die zerstörerischen Auswirkungen des Hitler-Stalin-Paktes auf die Komintern sind inzwischen gut erforscht; Wolfgang Leonhard hat sie zusammenhängend geschildert. Der Pakt wurde, so Leonhard, »zu einem Wendepunkt in der politischen Biographie einer ganzen Generation von kommunistisch engagierten Menschen [...] Gewissermaßen über Nacht sahen sie sich gezwungen, die als unanfechtbar geltende Loyalität zur Sowjetunion und zur Kominternführung in Frage zu stellen.«⁷⁷ Viele Kommunisten stellten sich quälende Fragen. So schrieb Manès Sperber: »Haben die Stalinleute bewußt den Sozialismus verraten? Sie wollen wohl argumentieren: ›Es gibt keine andere sozialistische Position als die Sowjetunion. Was ihr Interesse ist, ist auch das Interesse der Sozialisten. Also ist, was wir tun, wohlgetan.« Damit irren sie sich, wie sie sich immer geirrt haben, wo es um die europäische Arbeiterbewegung ging, wie sie sich geirrt haben, als sie die Sozialdemokratie zum ›Zwillingsgeschwister des Faschismus‹ (Stalin) ernannten und daraufhin den ›Hauptkampf‹ gegen den ›Hauptfeind‹, gegen die Sozialdemokratie, also gegen die überwiegende Majorität der organisierten Arbeiterschaft, eröffneten.« Sperber folgerte: »Sie geben der bürgerlichen

75 Siehe Hans Schafranek: *Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazi-deutschland 1937–1941*. Frankfurt am Main 1990.

76 Siehe u. a. Olaf Groehler: *Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941*. Berlin 1992. S. 109ff.

77 Wolfgang Leonhard: *Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes*. München 1989. S. 10.

Demokratie einen neuen Sinn. Sie haben wahre Sozialisten heimatlos gemacht.«⁷⁸ Gerade diese Furcht vor politischer Heimatlosigkeit und dem Verlust auch materieller Unterstützung angesichts von Exil und Verfolgung im faschistisch besetzten Europa bewog zahlreiche Kommunisten, ihre Zweifel zu verdrängen und der neuen »Generallinie« die Zustimmung zu geben.

Die Komintern begrüßte anlässlich des 22. Jahrestages der Oktoberrevolution den deutsch-sowjetischen Pakt, der »die hinterlistigen Pläne der Provokateure des Antisowjetkrieges durchkreuzt« habe. Die britischen und französischen Politiker würden nicht für die Freiheit der Völker Krieg führen, »sondern für den Triumph der Reaktion; nicht für einen dauerhaften Frieden, sondern für neue imperialistische Eroberungen, die neue Kriege in sich bergen. Die Bourgeoisie hätte diesen Krieg jedoch nicht begonnen, wenn ihr die verräterischen Spitzen der sozialdemokratischen Parteien nicht geholfen hätten. Diese Spitzen treten jetzt als Einpeitscher der Reaktion auf«, hieß es.⁷⁹ Die nach den »Säuberungen« in Moskau noch übrig gebliebenen Komintern-Funktionäre konnten sich nicht die geringste Abweichung von diesem Kurs erlauben; alle fürchteten noch um ihr Leben. Die KP-Führungen in aller Welt unterwarfen sich dem Moskauer Diktat; längst waren infolge des jahrelangen Gleichschaltungsprozesses die kritischen Stimmen verstummt. Wer protestierte, wurde ausgeschlossen, so daß es überall zu Austritten und Ausschlüssen kam. Nur in den kleinen Parteien Großbritanniens und Palästinas regte sich zeitweilig so massiver Widerspruch, daß es nicht zu weitreichenden Ausschlüssen kam, die sonst die Existenz dieser Parteien in Frage gestellt hätten.⁸⁰ Doch begannen einige Parteien, deren Länder Opfer der Nazi-Aggression geworden waren, allmählich einen von der Komintern vorsichtig unterscheidbaren Kurs zu steuern. Der KP der USA gelang es, aus der Komintern 1940 auszuscheiden, um die Legalität im Lande und damit die Wirkungsmöglichkeit zu erhalten.

Hier war das auffällige Schweigen der Komintern-Zentrale behilflich. Zwischen 1940 und 1942 verzichtete sie sogar auf den rituellen, in »anti-imperialistischer« Rhetorik gehaltenen Aufruf zum 1. Mai. Nach dem

78 Manès Sperber: *Die Tyrannis und andere Essays aus der Zeit der Verachtung*. München 1987. S. 146.

79 *Die Kommunistische Internationale*. (1939) S. 1107–1109. Zit. nach Pierre Frank: *Geschichte der Kommunistischen Internationale*. Bd. 2. Frankfurt am Main 1981. S. 713.

80 Für Großbritannien siehe Monty Johnstone u. a.: *About Turn. The British Communist Party and the Second World War*. London 1990. – Für Palästina siehe: Musa Budeiri: *The Palestine Communist Party. 1919–1948. Arab and Jew in the Struggle for Internationalism*. London 1979. S. 127ff.

Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion, vollzog die Komintern ihre letzte Wendung. Nunmehr rief sie zur antifaschistischen Einheit aller Kräfte auf, verzichtete aber auf alle sozialistischen Forderungen.⁸¹ Die britische KP, die noch wenige Monate zuvor eine defätistische, damit Hitler begünstigende Haltung eingenommen hatte, wurde nunmehr zur Stütze von Churchills Kriegskabinet. War dieser Kurswechsel für die britische Gesellschaft auf Grund der Kleinheit der KP ohne größere Bedeutung, so ergab sich in vielen Betrieben ein anderes Bild: Dort wandte sich die KP gegen jegliche Arbeitskämpfe während des Krieges; Kommunisten traten als Streikbrecher auf.⁸² Mit dem unleugbaren, aus der Geschichte nicht zu streichenden antifaschistischen Engagement der Kommunisten in ganz Europa gewannen die kommunistischen Parteien manches von dem Prestige zurück, das die Komintern-Politik so drastisch verspielt hatte. Nur ging dieser Prestigegegewinn nicht auf das Konto der Komintern als Organisation. Ihre Auflösung am 15. Mai 1943 und das Ende jeder formellen Tätigkeit ihres Apparates am 10. Juni des gleichen Jahres fanden kaum noch größere Aufmerksamkeit. Stalin konnte sich der ihm wertlosen Organisation entledigen, als er ein Zeichen des Zugeständnisses an die westlichen Alliierten setzen wollte, deren Unterstützung er bedurfte. Wichtiger war jedoch, daß die Komintern für Stalin ihren Zweck erfüllt hatte: Über ihre weitverzweigten Organisationen hatte sie alle kommunistischen Parteien dem Willen Stalins völlig untergeordnet. Der Kontrast zu den ursprünglichen Zielen ihrer Gründungsphase konnte kaum größer sein. Die Transformation der Komintern von einer »Armee der Weltrevolution« zum Werkzeug Stalins traf die gesamte Arbeiterbewegung in ihrer Substanz. Diese Transformation konnte die divergierenden Tendenzen im Weltkommunismus auf die Dauer nicht verhindern. Die Vernichtung unzähliger Kommunisten durch den Stalin-Terror trug jedoch zur Krise der kommunistischen Bewegung, die in ihren schließlichen Zerfall mündete, entscheidend bei.

In ihrer Auseinandersetzung mit den Anhängern Louis-Auguste Blanquis hatten Marx und Engels oftmals vor der »heroischen Illusion« gewarnt, die revolutionären Utopien durch eine erleuchtete Minderheit im Handumdrehen verwirklichen zu können. So schrieb Engels im Jahre 1874, daraus folge »von selbst die Notwendigkeit der Diktatur nach dem Gelingen: der Diktatur, wohlverstanden, nicht der ganzen revolutionären

⁸¹ Siehe Pierre Frank: *Geschichte der Kommunistischen Internationale*. Bd. 2. Frankfurt am Main 1981. S. 731ff.

⁸² Siehe hierzu die Einleitung von Theodor Bergmann und Mike Jones zu: *Cassius (Pseud. für Michael Foot): Der Prozeß gegen Mussolini*. Mainz 1994. Bes. S. 29ff.

Klasse, des Proletariats, sondern der kleinen Zahl derer, die den Handstreich gemacht haben und die selbst schon im voraus wieder unter der Diktatur eines oder einiger wenigen organisiert sind.«⁸³

Das bolschewistische Organisationsprinzip erwies sich für den illegalen Kampf gegen den Zarismus als geeignet. Aber es zeitigte zerstörerische Auswirkungen auf die internationale Arbeiterbewegung. Es brachte Stalin und die Seinen hervor, die jenes bolschewistische Prinzip aus der lokalen und zeitlichen Begrenztheit lösten und es verabsolutierten. Die bolschewisierte Komintern wurde nicht zum Totengräber des Kapitalismus. Aber sie erzeugte ihre eigenen Totengräber aus dem Apparat der monolithischen herrschenden Partei. Dieser Apparat war Produkt und schließlich Liquidator des bolschewistischen Kommunismus und der Komintern.

⁸³ Friedrich Engels: *Programm der blanquistischen Kommunevlüchtlinge*. In: MEW. Bd. 18. S. 529.

RALF BAUMGART
ROMAN KALEX

ANARCHISMUS – IDEE DER HERRSCHAFTSFREIEN GESELLSCHAFT

Versucht man eine Definition des Anarchismus abzugeben, so kann man sich schnell verlaufen. Zu heterogen ist das Feld derer, die mit diesem Label sich selbst bezeichnen oder von anderen darunter verstanden werden. Gegen die landläufige Identifikation von Anarchie und Chaos, die wohl eher der Ideologie der Unvermeidlichkeit von Herrschaft als tiefgreifenden Überlegungen geschuldet ist, läßt sich zumindest erst einmal etymologisch einräumen, daß an-archie die Abwesenheit von Herrschaft bedeutet. Damit ist man jedoch nicht aus dem Schneider, weil in den hier zu behandelnden Bewegungen und Strömungen die Auffassungen darüber, was Herrschaft sei und mithin zu unterbleiben hätte, stark differieren. In Frage steht etwa, inwieweit die Gewaltausübung im patriarchalen Familienverband als Herrschaft anzusehen ist oder nicht, womit die Bewertung historischer und zeitgenössischer sogenannter tribaler Gesellschaften als anarchisch umstritten bleibt.

Trotzdem sind die anarchistischen Bewegungen nicht zur Gänze unaufällig, zeigen sich einige generelle Gemeinsamkeiten. Die zentrale ist dabei ein radikales Freiheitsverständnis, welches den Anarchismus klar in Richtung des Konservatismus, aber auch des Staatssozialismus abgrenzt. So bleibt auch die Blanquische Idee suspekt, daß an die Stelle der Regierung die Verwaltung von Sachen zu treten hätte. Ist mit ihr doch unmittelbar verbunden, daß jegliche Offenheit des Verhaltens zugunsten eines »wohlverstandenen« Sich-recht-Verhaltens aufgegeben wird. Damit ist der Anarchismus, dessen Genese eng mit der der sozialistischen Bewegung verbunden ist, so daß er anfänglich gar als Teil derselben erscheint, weitgehend auch als deren konsequenter Kritiker aufgetreten. Fundamentale Kritik wird an den alten und den neuen Institutionen geübt, an deren Stelle in einer herrschaftsfreien Gesellschaft die freie Assoziation von Menschen, Gemeinden und Produktionskollektiven zu treten hätte. So baut sich die ideale Gesellschaft durch freie Zusammenschlüsse von unten nach oben auf. Auch wenn im folgenden über lange Strecken von theoretischen Einlassungen die Rede sein wird, stehen diese doch unter der Behauptung, der Praxis käme ein Primat gegenüber der Theorie zu. Auch der Marxismus proklamiert dies, wobei er allerdings eine Notwendigkeit sieht, diese Praxis »richtig« zu verste-

hen, d. h. das Verhalten theoretisch zu fundieren, während im Anarchismus Praxis zumeist eher als ein autonomes Sich-Verhalten aufgefaßt wird. Wesentlich wird diese Unterscheidung vor allem am Bezug auf Revolution. Soweit im Anarchismus die Revolution als Ziel angestrebt wird (von gewaltfreien Bewegungen, die Revolutionen selbst als herrschaftlich zurückweisen, wird noch die Rede sein), wird diese Revolution gedacht als Tat selbstbewußter Menschen und eben nicht als Vollzug geschichtlicher Gesetzmäßigkeiten.

Bevor wir hier einen kleinen einführenden Ausflug in Theorie und Praxis des Anarchismus unternehmen, um nach seinem Ertrag für heutige Diskussionen zu fragen, sollten zwei Überlegungen vorangestellt werden. Zum einen scheint es sinnvoll, sich an Max Webers Begriff der Herrschaft zu orientieren, der diese mit der *legitimen* Anwendung von Zwangsgewalt identifizierte. So wäre zumindest einmal abgegrenzt, daß mit der Bindung an den Legitimitätsglauben bei den Beherrschten nicht jegliche Anwendung von Macht oder Gewalt als Herrschaft angesehen sein muß. Gleichzeitig wendet sich damit der Blick auch auf die Bedingungen, durch welche dieser Legitimitätsglaube in einer Gesellschaft bereitgestellt wird, so daß der Begriff der Herrschaft ein politischer bleibt. So kann etwa auch die anarchofeministische Bewegung reklamieren, daß die patriarchalische Familienstruktur und die damit verbundenen Unterdrückungen politische Projekte sind.

Ein zweiter Gedanke betrifft die Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft. Ferdinand Tönnies hat versucht, diese Unterscheidung um die Jahrhundertwende in die Soziologie einzuführen und meinte damit die Differenz zwischen – wie man heute sagen würde – medienvermittelter¹ Kommunikation und Lebenswelt. Der Lebenswelt wird dabei eine in der Fraglosigkeit ihrer Geltung gründende Stabilität und elementare Gerechtigkeit zugesprochen. Der Gedanke reicht aber viel weiter zurück, und die Ideen, die mit dem Begriff der Gemeinschaft verbunden sind, sind weit gefächert. Sie belebten zum einen das reaktionäre Lager vom Konservatismus eines Edmund Burke, der meinte, die natürliche Ordnung einer Gesellschaft beschreiben zu können, bis zur völkischen Gemeinschaftsmystik des Nationalsozialismus. Gleichzeitig spielt aber immer wieder auch die Idee der Gemeinschaft eine wesentliche Rolle in den emanzipatorischen Projekten der Moderne. Auffällig ist, daß in diesen Gemeinschaft ein – sicherlich idealisiertes – Bild des

¹ Die beiden wesentlichen Medien bei Jürgen Habermas sind z. B. Macht und Geld. Der Clou dabei besteht darin, daß Entscheidungen, die innerhalb einer medienvermittelten Kommunikation gefällt werden, nicht wirklich Entscheidungen sind, weil die Medien die mit ihr verbundene Rationalität dem Entscheidenden aufzwingen.

freien Zusammenschlusses evoziert, für welches als Illustration oft die mittelalterlichen Gilden herangezogen werden. Trotz dieser möglichen Unterscheidung ist, so wird zu zeigen sein, der Gemeinschaftsgedanke allzuoft mit einer Idealisierung der Vergangenheit, rückwärtsgewandter Utopie verbunden und bietet dort Anschlüsse für das kleinbürgerliche Ressentiment. Auf diese Spannung zwischen emanzipativen Ansprüchen und Verklärung des Gewesenen wollen wir also aufmerksam sein.

Philantropen und Frühsozialismus

Der frühe Sozialismus und der frühe Anarchismus sind nicht ernsthaft zu unterscheiden. Vielmehr könnte man beobachten, daß sich an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert eine kritische Bewegung konstituiert, deren zentraler Ausgangspunkt die Differenz zwischen den Postulaten der Aufklärung und der vorgefundenen Wirklichkeit ist. Dabei spielen zwei Spannungslinien eine Rolle: Eine liegt zwischen der postulierten Gleichheit und der realen Armut und politischen Wirkungslosigkeit breiter Bevölkerungsgruppen. Die andere markiert die Begrenzung der angenommenen Freiheit durch Macht und Geld.

Im folgenden soll auf einige Autoren eingegangen werden, die im Anarchismus gewöhnlich zur Tradition gezählt werden und die sich wesentlich mit den wirtschaftlichen Aspekten von Gesellschaft und der Thematik der Entfremdung auseinandergesetzt haben. Dabei ist durchgängig die Suche nach einem Ersatz des Konkurrenzprinzips und der Verhinderung von Akkumulation zu sehen. Gesellschaft soll zu »Gemeinschaft« zurückgebaut werden, der eigene Lebenskreis überschaubar und beeinflussbar gehalten werden.

Einen nachhaltigen Einfluß auf die philanthropische und frühsozialistische Literatur übte Jean-Jacques Rousseau aus. Maßgeblich erscheinen uns dabei zwei grundlegende Gedanken. Zum einen wird die Demokratie, Rousseau spricht von Republik, als die dem Menschen naturgemäße politische Form angesehen. Daneben beobachtet Rousseau jedoch, daß zu dem ihm gegenwärtigen Zeitpunkt Demokratie als Projekt der Emanzipation aller in ihrem gemeinsamen Willen Utopie bleibt, weil dem erhebliche kulturelle und ökonomische Widerstände entgegenstehen. Schon da also ist die Rede von der Entfremdung gleichzeitig mit Kultur- und Ökonomiekritik verbunden. Die dekadenten Formen des Zusammenlebens des Menschen werden literarisch kontrastiert mit dessen prinzipiellen Möglichkeiten. Rousseaus Lösungsangebote bewegen sich auf zwei verschiedenen Ebenen. Zum einen fordert er eine kleinräumige Versammlungsdemokratie, in der sich der Gemeinwille entfalten könne, zum

anderen leitet er zu einer antiautoritären Erziehung an, die den heranwachsenden Menschen vor kulturellen Einflüssen schützt und so seine »naturgemäße« Entfaltung fördert.

Erst in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts bekommt eine sozialistische Bewegung Konturen. In der anarchistischen Literatur finden sich zuweilen Anknüpfungen an Robert Owen, Claude-Henri Saint-Simon und François-Marie-Charles Fourier. Deren manchmal reichlich technokratische Lösungsversuche widmen sich dem Problem der Besitzdifferenz und ihrer Folgen. Owen etablierte innerhalb seines eigenen Besitzes ein System innerbetrieblicher Sozialmaßnahmen und siedelte seine Arbeiter in Betriebssiedlungen mit 500 bis 2 000 Einwohnern an. Gleichzeitig experimentierte er im Bereich einer Tauschbank, wo Arbeitszeiten als Repräsentanten des Warenwertes getauscht wurden – eine Idee, die bis heute immer wieder neu auflebt. Fourier beschäftigte sich umfänglich mit kulturellen Aspekten und attestierte der Gesellschaft mangelnde Harmonie. Aufgrund einer Anthropologie der Leidenschaften entwirft er ein Modell von Großgenossenschaften (Phalanstères), in denen die verschiedenen Charaktere der Menschen in ein arithmetisch »richtiges« Verhältnis gebracht werden. Ziel ist es, das Konkurrenzprinzip, welches als ursächlich für die Aneignung verstanden wird, zu eliminieren. Saint-Simon ist weniger caritativ als Owen motiviert und erwartet im Gegensatz zu Fourier auch keine Stillstellung der Konflikte. Sein Engagement richtet sich gegen die konkreten Eigentumsformen seiner Zeit. Um die Besitzunterschiede zu verringern, so sein Gedanke, dürfe Besitz nicht erblich sein. Entsprechend fordert er ein Generaleigentum für den Staat, der die einzelnen Besitztümer, d. h. vor allem Boden, auf Lebenszeit verleiht. Gleichzeitig soll aber das Leistungsprinzip in Kraft bleiben.

Der erste, der sich positiv über den Begriff der Anarchie identifizierte, war Pierre-Joseph Proudhon. Ähnlich wie Rousseau hat er eine sehr positive Auffassung von der natürlichen Charakterprägung des Menschen. Proudhon spricht vom Mutualismus – dem Prinzip der Gegenseitigkeit – dessen der Mensch nicht nur fähig ist, sondern nach dem er auch lebt, insofern er in einer unversehrten Gesellschaft lebt. Dabei denkt Proudhon an eine recht starke Individualität, die sich bei gleichzeitiger – oder gerade *in der* – Einbindung in die Gemeinschaft entfaltet.

Proudhon kritisiert arbeitsfreie Formen des Einkommens, wie Erbe und Wucher, hält aber die zeitgenössischen sozialistischen Ideen (sowohl die reformistische wie auch die kommunistische Variante) nur für neue Belebungen des alten Zentralismus. Der Schlüsselbegriff seiner Konzepte ist der der Föderation. Sowohl im landwirtschaftlich-industriellen Bereich als auch im politischen soll Dezentralisierung erreicht wer-

den in freien Assoziationen durch Verträge und Abmachungen. Die so entstehenden Föderationen gehen ihrerseits wieder Abmachungen mit anderen ein usf., so daß schließlich ein weltweites Netz von Assoziationen sämtlichen Bedarf an Koordination deckt, ohne daß irgendeine Form von Zentralstellung entstünde.

Proudhons Konzept ruht also auf einem Mutualismus in der Ökonomie, der Kommune, in der das soziale Leben stattfindet, und der Föderation als Organisationsform des Politischen. Nach all dem hat Proudhon nicht den leisesten Zweifel, daß Herrschaft letztlich beseitigt werden kann: »Der Begriff der Anarchie in der Politik ist so vernünftig und positiv als irgendein anderer. Er besteht darin, daß nach Zurückführung der politischen auf die industriellen Funktionen die soziale Ordnung aus Abmachungen und Austausch allein resultieren würde.«² Und weiter: »In politischer Hinsicht hat die Revolution das Ziel, den Staat in die Gesellschaft zu absorbieren, das heißt zum Aufhören jeder Autorität und der Unterdrückung des ganzen Regierungsapparats zu gelangen durch die Abschaffung der Steuern, die administrative Vereinfachung, die getrennte Zentralisierung jeder Funktionsgattung, in anderen Worten, durch die Organisation des allgemeinen Stimmrechts ...«.³

Bis heute wird immer wieder an Proudhons Ideen zur Einrichtung einer Warentauschbank angeknüpft, in denen dieser versuchte, die aus dem Geldhandel erwachsende Ungleichheit zu verhindern. Proudhon wendete sich gegen jede Form herrschaftlicher Autorität, ohne Autorität als solche gänzlich abzulehnen. Indem er Freiheit und Autorität in einer letztlich unaufhebbaren Spannung begreift, bejaht er eher allmähliche Formen des gesellschaftlichen Umbaus bzw. Herrschaftsabbaus.

Pjotr Kropotkin griff Proudhons Gedanken des Mutualismus auf, indem er behauptete, das Prinzip der gegenseitigen Hilfe sei eine anthropologische Besonderheit, die dem Menschen als Art in der Evolution das Überleben gesichert hätte. In der ländlichen Gemeinschaft, Kropotkin verwendet den zumindest in unserem Lesekreis wohl reichlich problematischen Begriff des Volkstums, sieht er die gegenseitige Hilfe lebendig. »Volkstum« und Herrschaft sind für ihn zwei gegensätzliche, die Geschichte prägende Strömungen. Herrschaft ihrerseits gründe in der Notwendigkeit des Schutzes, die sich in der Situation der Feindschaft zwischen verschiedenen Kollektiven ergebe. Kropotkin betrachtet das Mittelalter als Blütezeit der gegenseitigen Hilfe (Gilden usw.) und sieht seither ein Erstarken des Militärischen, d. h. der Herrschaft. Jedoch erstarken seit der Französischen Revolution Solidarität und Freiheit.

2 Zit. nach Max Nettlau: *Der Anarchismus*. Vaduz 1984. S. 11.

3 Zit. nach Max Nettlau: *Der Vorfrühling der Anarchie*. Vaduz 1984. S. 145.

Kropotkins Konzept zielt auf ein System dörflicher Genossenschaften. In und zwischen Produzentengenossenschaften und den Gemeinden als Konsumentengenossenschaften sollte sich ein Föderalismus entfalten, der schließlich, ähnlich wie bei Proudhon, ein Netz freier weitverzweigter Assoziationen hervorbringe. Kropotkin orientiert sich an kommunistischen Ideen, wie vor ihm schon Errico Malatesta, und will entsprechend die Leistungsbindung des Konsums aufheben. Die dafür nötigen Mittel sieht Kropotkin durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, an den er unbedingt glaubt, entstehen. Im Bewußtsein der Probleme Rußlands am Ende des 19. Jahrhunderts trachtet er nach einer Überwindung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land und sucht nach Wegen der Vereinigung von Landwirtschaft und Industrie in landnahen hochtechnisierten Kleinbetrieben. Ziel ist dabei auch eine Zusammenführung von Produktions- und Lebensgenossenschaft, ein Impuls, der u. a. in der Kibbuz-Bewegung versucht wurde umzusetzen. Die Herrschaft des Marktes soll nach Kropotkins Ideen nicht durch eine Planwirtschaft, sondern durch freie Vereinbarungen zwischen den Produzierenden und Konsumierenden, idealerweise durch deren Identität überwunden werden. Das dabei möglicherweise entstehende Problem der Arbeitsverweigerung solle durch sozialen Ausschluß »gelöst« werden. Kropotkin setzt an Michail Bakunins Revolutionstheorie an, d. h. es sollen in einem Schritt alles Kapital enteignet und der Staat zerschlagen werden. Das Subjekt dieser Revolution seien die Arbeiter, Bauern bzw. die Gemeinden. Den Weg zu dieser Revolution wollte Kropotkin durch Agitation ebnen.

Gustav Landauer setzt weitgehend an Proudhon und Kropotkin an, verwirft aber Bakunins »Propaganda der Tat«, d. h. die Gewalt. Hervorgetreten ist er mit eigenen Schriften, aber auch als Übersetzer und Vermittler von Proudhon und Kropotkin sowie als kurzzeitiger Minister in der Münchner Räterepublik.

Landauers Utopie zielt auf Siedlungen und Genossenschaften in dem »sozialistischen Dorf«, die föderativ miteinander verbunden sind. Er orientiert sich an einer vermeintlichen mittelalterlichen Synthese von Freiheit und Gebundenheit. Kommunistische Ideen verwirft er, weil der freie Konsum mit einer moralischen Forderung nach Arbeit, also neuen Unterdrückungen verbunden sei: Hier sieht man, wie wir meinen deutlich, daß Landauer einen anderen als den von uns gebrauchten Begriff der Herrschaft ansetzt, daß Kritik an dieser vor allem Kritik an der Gewalt ist. Bei all dem ist für ihn Anarchismus eine Variante des Sozialismus.

Gegen den individualistischen Anarchismus betont Landauer die Bindung des Individuums an gemeinschaftliche Traditionen. Im Gefolge der Mystik Meister Ekkards verwirft er die Annahme eines Individuums

als Fiktion und behauptet demgegenüber, daß den Allgemeinbegriffen, konkret: der Gemeinschaft, alleiniges Sein zukäme. Gesellschaft ist so nicht die Summe der Individuen, sondern das Individuum ist eine Ausdrucksform der Gesellschaft. Der »Geist der Gemeinschaft« solle eine künftige Gesellschaft tragen. Dort zeigt sich eine deutliche Nähe Landauers zu anderen teils nicht so sehr emanzipatorischen Bewegungen, wie den Lebensreformern und der völkischen Bewegung. Dazu kommt bei Landauer allerdings, daß seine Orientierung auf Gemeinschaft nicht allein konservierend auftritt. Er räumt der Utopie eine geschichtsgestaltende Kraft ein, sieht Geschichte als zyklische Veränderung und Verfestigung (Utopie und Topie). Seine Gewaltfreiheit bringt ihn zur Ablehnung des Terrorismus, wobei er ein weiteres interessantes Argument anbringt: In der terroristischen Aktion gegen den Apparat werde der Staat verdinglicht, obwohl er doch eigentlich Verhältnis sei, also sich auch durch das Verhalten der Unterworfenen ziehe. Der Wandel solle durch Aufklärung ausgelöst werden und sich als permanenter Abbau je überflüssiger Herrschaft vollziehen. Eine wesentliche Wirkung kommt Landauer vermittelt über seinen Freund Martin Buber in der zionistischen Kibbuzbewegung zu.

Kritik der Institution und voluntaristischer Revolutionsbegriff

Neben diesem Dasein des Anarchismus als sozialistische Bewegung, wie es hier knapp skizziert wurde, erstreckt sich noch eine zweite Ebene: die des Anarchismus als Kritik des Sozialismus. Die wesentliche Differenz besteht, wie schon angedeutet, in der radikaleren Unterstellung von Freiheit. Dies hat vor allem Auswirkungen in einer Kritik der Institutionen und der Ablehnung der hegelianischen Annahme einer sich notwendig bzw. gesetzmäßig vollziehenden Veränderung bzw. Revolution.

Max Stirner gehörte zur Gruppe der Linkshegelianer und ist nur durch ein einziges Buch aufgefallen: »Der Einzige und sein Eigentum«⁴. In diesem führt er die Ideologiekritik von Ludwig Feuerbach und Bruno Bauer weiter und wendet sie dabei gegen diese selbst. Mit Feuerbach denunziert er religiöse Werte als Ideologie, gegen ihn auch ihre säkularisierten Varianten, die den Menschen als Gattung ansprechen, gegen Bauer weist er die übergeordnete Gültigkeit von Theorie zurück, schließlich verwirft er gar den Geist als letzte Orientierung. Was bleibt ist die »Einzigkeit«, die Stirner gegen Begriffe wie Bürger, Individuum,

4 Max Stirner: *Der Einzige und sein Eigentum*. Leipzig 1845.

Menschlichkeit abgegrenzt wissen will. »Einzigkeit« spricht keine Allgemeinform mehr an, aus der das konkrete Leben schon eliminiert ist. Das bürgerliche Eigentum gründet für Stirner im Recht, d. h. im Staat, wobei Staat für ihn Institution ist, die allein auf Machtverhältnisse und nicht, wie die Liberalen glauben machen wollen, auf seine Nützlichkeit gegründet ist.

Seine Kritik mündet in einem Verwerfen aller, die Einzigkeit, den Egoismus eingrenzenden Ideologeme, einschließlich der demokratischen Staatsform und des kommunistischen Egalitarismus. Einzig der Empörung, der Erhebung der egoistischen Einzigen komme irgendein Wert zu. An die Stelle der Gesellschaft rückt der »Verein der Egoisten«, die eben einander insofern anerkennen, daß sie sich ihre »Einzigkeit« zugestehen. Stirner offeriert in seinem »Verein« einen starken Vertragsgedanken und führt eine scharfe Polemik gegen jegliche Form von Gemeinschaftsdenken. Man könnte also sagen, daß sein libertäres Projekt gerade nicht in der Aufhebung der Gesellschaft zu Gemeinschaft, sondern in der Radikalisierung von »Gesellschaft« besteht.

Stirner hatte nicht viele ideologische Freunde und Gefolgsleute. Neben Friedrich Nietzsche ist es vor allem Bakunin gewesen, der positiv an Stirner anknüpfte. Bakunin lebte als wohl prominentester Berufsrevolutionär und proklamierte in Anlehnung an Stirner eine Philosophie der Tat, wobei Hegels Dialektik in die revolutionäre Praxis verlagert wird. Geschichte ist so permanente Revolution, ständiger Gewaltakt. Aber gleichzeitig betont Bakunin die »Freiheit eines jeden« könne »nur in der Gleichheit aller verwirklicht werden«.⁵

Bakunin fordert Kollektiveigentum und eine Abschaffung des Erbrechts. Sein Föderalismus, in dem er an Proudhon und Kropotkin anknüpft zeigt, aber eine stärkere Bindung an zustande gekommene Vereinbarungen. Diese pyramidale Organisation verknüpft einen Aufbau der Gesellschaft von unten nach oben mit dem Argument der Gültigkeitsbeanspruchung gegen Widerspruch, so daß dieser Entwurf in Richtung Rätsozialismus verweist, letztlich aber an vorindustriellen Umständen orientiert bleibt, ein Vorwurf, den seinerzeit Karl Marx auch gegen Bakunin vorbrachte. Bakunin übt Kritik am Staatskommunismus, weil Staat immer Unterordnung produziere.

Der wesentlichste Aspekt von Bakunins Ansatz ist sein voluntaristischer Revolutionsbegriff. Gegen das kommunistische Revolutionskonzept gewendet, welches auf eine militärisch agierende Partei setzt, verfolgt Bakunin eine Strategie, in der eine »geheime Gesellschaft« die Revolution auslöse, welche aber letztlich durch das Volk selbst durch-

5 Zit. nach Max Nettlau: *Der Vorfrühling der Anarchie*. Vaduz 1984. S. 7.

geführt wird. Er bejaht dabei den Terrorismus als Initial einer völligen Zerschlagung des Staates, die am Beginn der Revolution stehe. In dieser Revolution sei das (staatliche) Recht abzuschaffen, wobei Bakunin die positive Vorstellung eines »menschlichen Rechts« hat, welches an die Stelle herrschaftlichen Rechts treten solle. Bakunin wurde vor allem in der russischen Bewegung der Volkstümmler, wie auch im europäischen Syndikalismus rezipiert. Er war ein Autor, das soll hier noch angemerkt werden, der in besonderer Weise die Gleichwertigkeit der Geschlechter betont hat. Dem kommt insofern einige Bedeutung zu, weil die bisher referierten Autoren, Fourier einmal ausgenommen, eher orthodoxe Positionen zur Geschlechterfrage hatten.

Zwischenbilanz

Gezeigt werden konnte, wie wir meinen, daß zwei Konfliktlinien, die die modernen Diskussionen durchziehen, auch für die anarchistischen Auseinandersetzungen prägend sind: Zum einen ist es die Spannung zwischen Freiheit und Gerechtigkeit, wobei der Anarchismus mit dem bzw. im sozialistischen Lager operiert. Zum anderen ist es die Differenz zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. An dieser Stelle zeigt sich eine merkwürdige Offenheit der Konzepte, so daß Parallelen zu Sozialisten und Konservativen existieren. Jedoch zeigt sich vor allem bei Stirner oder der voluntaristischen Auffassung von Revolution, daß der Anarchismus zumindest nicht zur Gänze in antimodernen Traditionen steht.

Systematisch lassen sich neben der universalisierten Herrschaftskritik drei Punkte isolieren, in denen der Anarchismus Kritik übt: Die anarchistische *Ökonomiekritik* verbleibt weitgehend bei einer Kritik des Geldes und einer Denunziation der Besitzunterschiede, ohne daß diese auf der Höhe der bürgerlichen Ökonomie wäre. Dabei orientieren sich die positiven Entwürfe weitgehend an agrarischen Produktionszusammenhängen. Die *Entfremdungskritik* ist an Rousseau angelehnt, wobei Geschichte vielfach als Verfall gedeutet wird. Die Kehrseite davon ist eine verbreitete rückwärtsgewandte (recht idealistische) Bejahung vermeintlich besserer gemeinschaftlicher Lebensformen (drei Stichworte: Kommune, Dorf, Mittelalter). Die anarchistische *Organisationskritik*: Die Kritik der Herrschaft präzisiert sich, insoweit abstrakte Formen, wie die des Staatseigentums oder der Demokratie mit einbezogen werden, dennoch kann dies, wie Landauer zeigt, selbst zum Kritikpunkt gewendet werden, weil die abstrakten Verhältnisse in der revolutionären Kritik hypostasiert werden. Bleibend erscheint die Bakuninsche Kritik am

Staatssozialismus⁶. Schließlich erscheint Stirners *Ideologiekritik* als die konsequente Fortsetzung der Feuerbachschen.

Anarchismus als soziale Praxis

Nach der obigen Vorstellung von in der anarchistischen Bewegung tradierten Theoretikern sollen in diesem zweiten Teil anarchistische Gruppierungen und Netzwerke mit ihren Aktivitäten in der sozialen Praxis vorgestellt werden, also dort, wo AnarchistInnen sich an sozialen Bewegungen und Kämpfen in den letzten Jahrzehnten beteiligt haben. Dabei werden manche Dinge ersichtlich: zum einen der Versuch, schon im Hier und Jetzt herrschaftsfreie Organisationsstrukturen aufzubauen oder zumindest dahingehende Ansätze zu entwickeln, zum anderen, daß über alle theoretischen Unzulänglichkeiten hinaus der Wille der AnarchistInnen, Herrschaft als solche selbst zu beenden und die Freiheit jedes einzelnen Menschen zum Maßstab zu setzen, zu einer umfassenden Thematisierung von Herrschaft innerhalb anarchistischer Strukturen führte und in einzelnen Punkten auch darüber hinaus erfolgreich war.

Letztlich müssen sich anarchistische Positionen daran messen lassen, wie sie ihre Ansätze in bestimmten gesellschaftlichen Situationen umzusetzen vermögen. Vor allem im Akt des Widerstands, der Intervention in gesellschaftliche Verhältnisse, bekommt der Anarchismus damit seine Bedeutung.

Im folgenden soll anhand ausgewählter Beispiele der Frage nachgegangen werden, welche bedeutenderen anarchistischen Organisationen in Deutschland existier(t)en und wie sich diese bemerkbar machten.

Dazu werden wir vier unterschiedliche Ansätze anarchistischen Handelns in der Praxis vorstellen und dabei auf deren Geschichte, interne Struktur, Aktivitäten und die Bedeutung im anarchistischen Spektrum und darüber hinaus eingehen. Das damit der Vielfalt des aktiven anarchistischen Spektrums in der heutigen BRD keineswegs genüge getan werden kann ist uns bewußt, die ausführliche Darstellung weiterer Ansätze wie beispielsweise des Anarchofeminismus oder militanter Organisationen mit libertären Bezügen wie der Revolutionären Zellen / Rote Zora würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen und sollte besser in einem eigenständigen Aufsatz behandelt werden.

⁶ *Übrigens betrachtete auch Erich Mühsam den Kommunismus als »Herdenzusammentreibung der Menschheit«.*

1. Anarchosyndikalismus
2. Die Graswurzelbewegung und die Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) in der BRD
3. Das Projekt A – ein Versuch aus der Projekt-Anarchie
4. Das »anarchistische Element« in der Antiglobalisierungsbewegung: Peoples Global Action against the (Free)Trade and the WTO

Anarchosyndikalismus

Die Idee des Anarchosyndikalismus, die in ihren theoretischen Grundlagen auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und dort auf Autoren wie Pjotr Kropotkin zurückgeht, ist vereinfachend die einer revolutionären gewerkschaftlichen Organisation mit anarchistischer Ausprägung und Zielsetzung.⁷ In dieser schließen sich die ProduzentInnen in freier Vereinbarung in Syndikaten und in territorialen Gliederungen zusammen und gewährleisten damit eine planmäßige, allerdings von ihnen selbstbestimmte und selbstverwaltete und nicht durch bürokratische Lenkung von oben verordnete Produktion und Verteilung der Produkte. Grundlage dessen ist selbstverständlich die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel; der Unterschied zu staatssozialistischen Ansätzen besteht in der Perspektive der Planung und Durchführung durch die direkt betroffenen ProduzentInnen, also von unten. Das schließt die Ablehnung elitärer, avantgardistischer Ideen ein, SyndikalistInnen sind prinzipielle Gegner von Parteien und Parlamentarismus. Sie beteiligen sich nicht an Wahlen.

Als Mittel dient die direkte Aktion im ökonomischen Bereich, die im sozialen Generalstreik ihren höchsten Ausdruck findet.

Der Anarchosyndikalismus tritt weltweit in Form von Gewerkschaften auf, die zwei Ziele verfolgen: zum einen wie auch bei anderen Gewerkschaften die konkrete Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der ProduzentInnen, zum anderen wird diese alltägliche Arbeit jedoch mit der Perspektive verbunden, als syndikalistische Organisation die »Keime« der postrevolutionären Gesellschaft schon in sich zu tragen – eine Überlegung, die als realistisch einzuschätzen ist, wenn wir die Bedeutung der anarchosyndikalistischen CNT während des Spanischen Bürgerkriegs betrachten. Nach dem Putsch Francos 1936 ging es ihr nicht allein um dessen Niederschlagung, sondern auch um die zeitgleiche Durchführung der sozialen Revolution. Konkret bedeutete das

⁷ Siehe Pjotr Kropotkin: *Syndikalismus und Anarchismus*. Meppen 1981. – Rudolf Rocker: *Prinzipienerklärung des Syndikalismus*. Zehdenick 1990 (1919).

die Vergesellschaftung der Produktion und ihre Überführung in Syndikate in weiten Teilen des Bürgerkriegsgebietes sowie die Kollektivierung des Bodens in den ländlichen Gebieten. Tatsächlich schaffte es die CNT auf diese Weise, unter den widrigen Umständen des Krieges eine neue Form der gesellschaftlichen Organisation aufzubauen, die ohne herrschaftliches Zentrum auskam und an der Millionen Menschen partizipierten. Nicht umsonst wird die Zeit des spanischen Bürgerkrieges als der bisher weitreichendste anarchistische Versuch der neueren Geschichte beschrieben, der die prinzipielle Durchführbarkeit gesellschaftlicher Selbstorganisation ohne Herrschaft demonstrierte.⁸

Verglichen mit anderen Ländern kam es in Deutschland relativ spät zur Gründung einer anarchosyndikalistischen Gewerkschaft – erst die Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und der Revolution brachte mit der *Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD)* im Dezember 1919 eine solche hervor.⁹ Obwohl die FAUD in der ersten Hälfte der 20er Jahre vor allem während der Ruhrkämpfe größere Bedeutung erlangte, die sich auch in der Mitgliederstärke von 170 000 im Jahre 1923 niederschlug, konnte diese aufgrund massiver Organisationsprobleme nicht aufrechterhalten werden. Ständige Spaltungen führten zum Absinken der Bewegung in der zweiten Hälfte der 20er Jahre, während der Zeit des Nationalsozialismus wurde die FAUD als Organisation vollständig zerschlagen, die meisten ihrer AktivistInnen wurden ermordet, sofern sie nicht vorher emigrieren konnten.

An der Jahreswende 1922/23 kam es in Berlin zur Gründung der *Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA)* als internationaler syndikalistischer Organisation,¹⁰ nachdem ein vorheriger Versuch 1919 in Moskau, die syndikalistischen Organisationen in die *Rote Gewerkschafts-Internationale (RGI)* einzugliedern, am Unwillen der Syndikalisten gescheitert war – das vor allem unter dem Eindruck der »revolutionären« Entwicklung in Rußland, die viele AnarchistInnen abschreckte.

8 Siehe Augustin Souchy: *Nacht über Spanien. Anarcho-Syndikalisten in Revolution und Bürgerkrieg 1936–1939*. Reutlingen 1983. – Gaston Leval: *Das libertäre Spanien. Das konstruktive Werk der spanischen Revolution*. Hamburg 1976. – *Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Geschichte der sozialen Revolution in Spanien 1936–1939*. Hrsg. von Walther Bernecker. München 1980. – Heleno Saña: *Die libertäre Revolution. Die Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg*. Hamburg 2001.

9 Siehe Alexander Shapiro/Artur Müller-Lehning: *Die IAA – Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation*. Berlin 1980. – Ulrich Klan/Dieter Nelles: *Es lebt noch eine Flamme. Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus*. Grafenau 1990.

10 Siehe ebenda.

Die IAA fungierte als internationaler Dachverband mit Koordinationsfunktion ohne Weisungsbefugnis und umfaßte ein Jahr nach ihrer Gründung Gewerkschaften aus zehn Ländern mit ca. zwei Millionen Mitgliedern.

In der BRD erfolgte 1977 die Neugründung der *Freien Arbeiterinnen und Arbeiter Union (FAU)*, seitdem stellt sie eine kontinuierliche anarchistische Organisationen in der Bundesrepublik dar.¹¹

Der Anspruch, als syndikalistische Gewerkschaft in erster Linie an der ökonomischen Basis tätig zu sein, wird von der FAU allerdings nur teilweise eingelöst; ein Großteil der Mitglieder rekrutiert sich aus SchülerInnen und StudentInnen. Insofern liegt der hauptsächliche Aspekt eher in der Propagierung der Idee des Syndikalismus als in tatsächlicher revolutionärer Gewerkschaftsarbeit. Trotzdem existieren heute neben 38 Ortsgruppen auch betriebliche Strukturen in der Baubranche, im Pflegebereich, im Bildungssektor und im Bereich Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie.

Seit 1977 wird als Organ der FAU die Zeitung *Direkte Aktion* herausgegeben, die mit ihrer regelmäßigen Erscheinungsweise und den Informationen über syndikalistische Bewegungen aus anderen Ländern und die sozialen Kämpfe in Deutschland zu einem der wenigen kontinuierlich erscheinenden Blätter im anarchistischen Bereich gehört.

Die Graswurzelbewegung und die Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) in der BRD

»Graswurzelbewegung bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen«¹², so heißt es in der Selbstbeschreibung des Netzwerkes der gewaltfreien AnarchistInnen in der BRD – der *Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA)*. Diese stellt neben den AnarchosyndikalistInnen die zweite kontinuierliche Strömung des bundesdeutschen Anarchismus nach 1945 dar.

Ihr spezifischer Ansatz liegt in ihrem radikalen Pazifismus – der theoretisch fundierten Ablehnung jeglicher Form von Gewalt.¹³ Im Anarcho-

11 Siehe www.fau.org.

12 www.graswurzel.net.ueberuns/gwr-kurz.shtml.

13 Siehe *Anarchismus und gewaltfreie Revolution heute*. Hrsg. von *Graswurzelrevolution*. Wustrow 1992. – *Gewaltfreier Anarchismus*. Hrsg. von *Graswurzelrevolution*. Heidelberg 1999. – www.graswurzel.net. – *FöGA-Rundbrief*. Köln u. a. 1978–1998.

pazifismus ist Gewaltfreiheit »Dogma«, die theoretischen Wurzeln kommen auf der einen Seite von William Godwin und Gustav Landauer, auf der anderen existiert aber auch ein sehr starker Bezug auf Mahatma Gandhi.

Die dem gewaltfreien Anarchismus zugrunde liegende recht einfache Idee ist, daß die Inhalte der zu erreichenden Gesellschaftsordnung (also der herrschafts- und gewaltfreien Gesellschaft) ihren Ausdruck schon in den heutigen Organisations- und Kampfformen finden müssen. Die für die Bewegung zentrale und von ihr getragene Zeitung *Graswurzelrevolution* schreibt dazu: »Die Gewöhnung daran, sich durch physische Gewalt durchzusetzen, ist mit Moral und Menschenbild des Anarchismus unvereinbar.«¹⁴ Die spezifische Waffe der AnarchistInnen »ist massenhafter ziviler Ungehorsam (Boykottaktionen, massenhafter Bruch von Gesetzen, Sabotage, Massenstreiks bis zum Generalstreik, Kriegsdienstverweigerung) mit dem Ziel der Zersetzung von Machtzentren ...«¹⁵. Die Art und Weise der Überwindung herrschaftlicher Institutionen muß sich in der Haltung der Akteure und in deren Aktionsformen widerspiegeln – ein Ansatz, der des öfteren zu harten Auseinandersetzungen mit Anhängern militanter Aktionsformen führt(e).

Die Gründung der FöGA fiel auf das Jahr 1980, nachdem es schon in den Jahren zuvor Bestrebungen gab, nach dem Vorbild des hauptsächlich in den USA und in England ansässigen grassrootsmovement eine ebensolche Struktur in der BRD aufzubauen.

Die interne Struktur der FöGA unterschied sich wenig von der anderer anarchistischer Ansätze, sie ist geprägt von Basisentscheidungen, Vetorecht, aktivem Minderheitenschutz, Konsensprinzip und imperativen Mandaten für alle Delegierten.

Wie für die meisten emanzipatorischen Kräfte in der alten BRD lagen auch für die FöGA die Aktionsschwerpunkte im Kampf gegen Atomkraft und gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, vor allem unter dem Eindruck der Aufrüstung in der ersten Hälfte der 80er Jahre.¹⁶ In diesem Zusammenhang beteiligte sich die FöGA unter anderem an der Planung und Durchführung von Blockaden, Demonstrationen und Besetzungen, ein wichtiges Anliegen war und ist allerdings auch die zumeist sehr unspektakuläre Beratung und Unterstützung tota-

14 www.graswurzel.net.ueberuns/thesen.shtml.

15 *Ebenda.* – Siehe auch *Wer wählt, hat die eigene Stimme schon abgegeben.* Hrsg. von *Graswurzelrevolution.* Heidelberg 1990.

16 *Siehe Widerstand gegen die Wehrpflicht. Vom Widerstand gegen den Krieg zur gewaltfreien Revolution?* Hrsg. von *Graswurzelrevolution.* Hamburg 1987. – *Keine Frau, keinen Mann, keinen Pfennig für Staat und Krieg. Sozialgeschichte des Antimilitarismus.* Hrsg. von *Graswurzelrevolution.* Hamburg 1988.

ler Kriegsdienstverweigerer. Als Sprachrohr der Bewegung dient seit 1972 die Zeitung *Graswurzelrevolution*, die monatlich Nachrichten aus dem gewaltfreien anarchistischen Spektrum bietet und mit einer durchschnittlichen Auflage von 4 000 Exemplaren nach wie vor zu den größten Zeitungen aus dem anarchistischen Spektrum gehört.

Das Projekt A – ein Versuch aus der Projekt-Anarchie

Aus dem Unmut über die Feststellung, daß bei weiten Teilen der bundesrepublikanischen AnarchistInnen allein die Verbreitung einer *Idee* des Anarchismus im Vordergrund stand und nicht ihre konkrete Verwirklichung unter den vorgefundenen Umständen, entwickelten AnarchistInnen aus Wetzlar in den späten 70ern ein Konzept namens Projekt A.¹⁷

Diesem lag der Anspruch zugrunde, anarchistische Politik in den sozialen Kontext einer bundesrepublikanischen Kleinstadt zu stellen und innerhalb der dortigen Sozialstrukturen, die als »intakter« als die großstädtischen angenommen wurden, den Versuch herrschaftsfreien Zusammenlebens von Menschen erlebbar und nachvollziehbar zu machen.

Die WetzlarerInnen wollten damit dem schon länger in der Diskussion befindlichen Gedanken der Projekt-Anarchie zum tätigen Durchbruch verhelfen, einem Gedanken, der sich in klarer Abgrenzung zum sonst zu beobachtenden »plakativen Anarchismus« befindet. Nicht mehr das Herstellen von Zeitungen, das Verteilen von Flugblättern an Universitäten oder Betrieben, das Durchführen von Demonstrationen und Kongressen, von Treffen und Plena oder zumindest nicht mehr all das allein sollte im Vordergrund stehen, sondern der Versuch, anarchistische Politik (mithin also der Versuch herrschaftsfreien Umgangs von Menschen untereinander) im Hier und Jetzt zu vollziehen und so mit der Vorführung ihre Machbarkeit und mehr noch ihre unbedingte Wünschbarkeit zu demonstrieren.

Zu diesem Zweck erschienen in der ursprünglichen Idee die sozialen Bedingungen einer Kleinstadt am besten geeignet zu sein, die zumindest tendenziell von einer geringeren Marktförmigkeit und Anonymität geprägt waren. In diese noch zu wählende »Stadt X« sollten Anarchi-

17 Horst Stowasser: *Das Projekt A. Wetzlar 1985. – Wege aus dem Ghetto.* Hrsg. von Horst Stowasser. Neustadt 1990. – *Das Projekt A vorwärts und rückwärts.* Hrsg. von Horst Stowasser. Neustadt 1992. – *aha! Allgemeines Bulletin zum Projekt A. Wetzlar 1985–1993. – Projekt A – was ist das eigentlich?* Hrsg. von der Redaktion Pro A-Gruppe Marburg. Marburg 1993.

stInnen ziehen, um dort ein vielfältiges Netz von Initiativen aus dem handwerklichen, betrieblichen, kulturellen, händlerischen und aus dem Dienstleistungsbereich zu gründen, die untereinander in föderativem inhaltlichen und ökonomischen Austausch stehen.

Grundanliegen war dabei die Verknüpfung der drei Bereiche Arbeit, Leben und Politik auf der Basis der Autonomie der Individuen und der freien Föderation aller Beteiligten. Die ökonomische Basis sollte von sogenannten Doppelprojekten gebildet werden, in denen Gewinn erwirtschaftende und defizitäre Projekte gekoppelt werden, deren Fundament eine gemeinschaftliche Ökonomie und die Rotation der dort Beschäftigten darstellt. Die auf diese Weise gewonnene finanzielle Sicherheit und die Vernetzung aller Doppelprojekte untereinander gewährleistet die Stabilität des gemeinsamen Projektes.

Soweit zu der konkreten Idee des Projektes A. Die Durchführung indes gestaltete sich wesentlich komplizierter und chaotischer. Zunächst erschien 1985 in Wetzlar das von Horst Stowasser verfaßte Buch »Projekt A« zur Vorstellung des Projektes. Nach einer vierjährigen Phase, die vor allem der Diskussion inhaltlicher und organisatorischer Probleme gewidmet war und während der eine intensive Suche nach »Stadt X« betrieben wurde, kam es im Juli 1988 zum »Startschuß«-Treffen. Damit sollte der Zuzug in die vorher festgelegte Stadt beginnen. An diesem Punkt summieren sich die ersten Probleme. Anstatt der prognostizierten 200 Zuzugswilligen erschienen zum »Startschuß-Treffen« gerade mal 20 Leute. Trotz alledem begann in der darauffolgenden Zeit eine rege Tätigkeit im als »Stadt X« hauptsächlich präferierten Alsfeld in Hessen. Häuser wurden gekauft und ausgebaut, eine größere Gruppe Menschen mit Interesse an alternativer Landwirtschaft war auf der Suche nach einem bewirtschaftbaren Hof, weitere Leute zogen hinzu usw. Doch schon relativ kurze Zeit später kam es verstärkt zu vor allem persönlichen Problemen zwischen den Beteiligten. Bedingt durch die geringe Anzahl der Aktiven hatte das weitreichende Folgen – in Alsfeld ganz konkret die allmähliche Stagnation und die letztendliche Aufgabe des gesamten Projektes an diesem Ort Anfang der 90er Jahre. Trotzdem gibt es bis heute noch einige Menschen aus den damaligen Zusammenhängen, die in Alsfeld wohnen und (politisch) tätig sind.

Ein zweiter Standort, der auch in der Vorbereitungsphase schon in der engeren Auswahl stand, war Neustadt an der Weinstraße, eine Kleinstadt in der Pfalz, in der schon seit längerem eine Alternativszene existierte. Nach der Aufgabe von Alsfeld beschlossen einige Leute, in Neustadt einen Neuanfang zu versuchen – mit bislang recht gutem Erfolg. Die Stadt kann eine bis heute wachsende Zahl anarchistischer Projekte verzeichnen, die in der »W.E.S.P.E.« (Werk Selbstverwalteter Pro-

jekte und Einrichtungen) organisiert sind. Dazu gehören neben dem von Horst Stowasser betriebenen in seiner Größe in Deutschland einmaligen Anarchistischen Dokumentationszentrum ein Verlags- und Werbeatelier (»Die Letter«), ein Transportunternehmen, ein Fahrradladen, eine Buchhandlung und ein Bioladen, ein Umweltanalytisches Labor, ein Baustoffhandel und eine Möbel- und Bauschreinerei. Doch auch in Neustadt wurde das ursprüngliche Projekt A nicht verwirklicht, was vor allem am zu geringen Zuzug und den Entwicklungen in den bundesweiten Projekt-A-Zusammenhängen lag, die das Konzept Kleinstadt mittlerweile in Frage stellten. Trotzdem ist Neustadt vermutlich *die* deutsche Kleinstadt mit der größten Dichte selbstverwalteter, libertärer Projekte pro Einwohner. Schon 1993 waren in der Wespe 14 Projekte organisiert – bei einer EinwohnerInnenzahl von 54 000 beachtlich.

Den am Projekt A Beteiligten war von vornherein klar, daß anarchistischer Purismus in einem Konzept wie diesem unangebracht war und daß jeder einzelne Kompromisse eingehen muß, um in den konkreten Bedingungen einer Kleinstadt politisch etwas zu erreichen. Der Pragmatismus, mit dem bis heute in Neustadt umgegangen werden muß (und wird), hat dabei Vor- und Nachteile. Auf der einen Seite die schon beschriebene Menge libertärer Projekte, von der AnarchistInnen in so mancher Großstadt träumen dürften, auf der anderen Seite besteht unseres Erachtens allerdings die Gefahr einer schleichenden Aufgabe der ursprünglichen Zielsetzung der radikalen Umwälzung dieser Gesellschaft. Eine solche Gefahr erscheint uns vor allem angesichts der gegenwärtigen kapitalistischen Modernisierungsbewegung in Bezug auf die Arbeitsorganisation gegeben, bei der diese immer weniger ein zentrales Problem darstellt, sondern vielmehr die Anpassung der einzelnen Betriebe an den Markt. Die Binnenstruktur eines Projektes kann durchaus von flachen Hierarchien oder sogar herrschaftsfrei geprägt sein – die Kapitalstruktur wird dadurch nicht weniger herrschaftlich. Allerdings ist dies nicht das Problem einzig des Projektes A.

Peoples Global Action – das »anarchistische Moment« in der »Anti-globalisierungsbewegung«

Der Umbruch in der realsozialistischen Welt im Verlauf der Ereignisse Ende der 80er Jahre hinterließ vor allem in den westlichen Industrieländern eine perspektivenlose Linke, die der Antworten auf globale soziale und ökologische Probleme angesichts des propagierten Endes der Geschichte verlustig gegangen war.

In diese Situation fiel die »erste Revolution des 21. Jahrhunderts«, wie der bewaffnete Aufstand im mexikanischen Bundesstaat Chiapas im Januar 1994 genannt wurde – Initiator für eine neue Form der politischen Auseinandersetzung in vielen Teilen der Welt.

Im Unterschied zu vielen vorangegangenen Befreiungsbewegungen in der sogenannten Dritten Welt und anderswo ging es den Aufständischen diesmal nicht um die *Eroberung* der Macht, sondern um den Kampf *gegen* die Macht. Vor allem auch deswegen kamen 3 000 Menschen aus allen Kontinenten, als die Aufständischen für den Sommer 1996 ganz unbescheiden zum »Ersten Intergalaktischen Treffen gegen den Neoliberalismus und für die Menschlichkeit« in den Lakandonischen Urwald einluden. Der Gedanke, Widerständige aus aller Welt zu versammeln und zum Austausch zu bewegen, um damit festgefahrene politische Ansätze, die sich nach dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung verstärkt gezeigt hatten, in Frage zu stellen und neue Perspektiven zu erörtern, war von ungeheurer Faszination. Nachdem auf einem zweiten weltweiten Treffen im Sommer 1997 in verschiedenen Orten in Spanien weitere Diskussionen zu einer weltweiten Koordination des Widerstands gegen den Kapitalismus geführt wurden, kam es im Februar 1998 in Genf zur Gründung von *Peoples Global Action against the (Free)Trade and the WTO (PGA)*. Auf diesem wurden die Grundsätze und das PGA-Manifest verabschiedet.¹⁸

Die bedeutendsten Grundsätze und gleichzeitig die, die PGA von anderen antikapitalistischen oder zumindest globalisierungskritischen Netzwerken unterscheidet, sind dabei:

1. Es gibt keine formelle Mitgliedschaft.
2. Es erfolgt eine deutliche Ablehnung der WTO und anderer Liberalisierungs-Abkommen wie der NAFTA oder der EU.
3. Eine konfrontative Haltung und daraus folgend die Ablehnung jeglicher Lobbyarbeit.
4. Eine dezentrale und autonome Organisationsphilosophie und -praxis.
5. PGA ist *nur* eine Plattform zur Kommunikation und Koordination weltweiter Widerstandsgruppen und ruft als solche zum Widerstand und zum Aufbau von lokalen Alternativen auf.

Auf der zweiten PGA-Konferenz 1999 in Bangalore wurde der anarchistische Gedanke verstärkt und in die Grundsätze aufgenommen. »Wir lehnen alle Herrschafts- und Diskriminierungssysteme ab, inklusive, aber nicht beschränkt auf Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art.«¹⁹ Damit ist PGA die einzige internationale Kom-

¹⁸ Zu *Manifest und Grundsätzen, Protokollen der kontinentalen und globalen Konferenzen, Aufrufen zu Global Action Days* usw. siehe unter www.agp.org.

¹⁹ *PGA-Manifest. o. O., o. J. [1999]*.

munikationsplattform innerhalb der neueren kapitalismuskritischen Bewegung, die versucht, Herrschaft im umfassenden Sinne zu thematisieren und in Frage zu stellen. Diese Tatsache ist insofern sehr beachtlich, als es sich bei PGA um ein Netzwerk unterschiedlichster Gruppen aus Nord und Süd, Ost und West handelt. Zur Dokumentation ein exemplarischer Auszug aus der Anwesenheitsliste der 2001er Konferenz in Cochabamba in Bolivien: *Ya Basta* (Italien), *Reclaim The Streets* (London), *Euromarsch* (Deutschland), *Play Fair Europe* (Amsterdam), *Global Action Scotland*, *Movimiento de Resistenza Global MRG* (Spanien), *SAC* (schwedische AnarchosyndikalistInnen), *Rainbow Keepers* (Rußland / Ukraine), *INPEG* (Prag), *Ökologische Assoziation Găa* (Rumänien), *KRRS* (indischer Kleinbauernverband), *MST* (brasilianische Landlosenbewegung).

Spätestens seit der Konferenz in Bangalore wird das Problem der ungleichen Gewichtung zwischen Gruppen aus dem Süden und denen aus dem Norden thematisiert, durch welche der den westlichen Initiativen innewohnende (post)koloniale Blickwinkel perpetuiert wird. Häufig sind in internationalen Vernetzungen aufgrund der geringeren (oder besser anderen) Einbindung in gesellschaftliche (Reproduktions-) Strukturen Leute aus dem Norden für logistische und vor allem repräsentative Aufgaben zuständig. Aus diesem Bewußtsein heraus wurde in Cochabamba eine Quotierung zwischen Gruppen aus Nord und Süd eingerichtet, um das Verhältnis ausgewogener zu gestalten. Einen ähnlichen Hintergrund hatte auch die Einladung von 500 vor allem aus Indien stammenden Kleinbauern zum Global Action Day nach Köln im Juni 1999, die danach als Intercontinental Caravan durch Europa zogen. Die Menschen brauchen keine Stellvertreter, sie können für sich selbst sprechen.

Das Aktionskonzept von PGA sieht weltweit dezentral stattfindende Global Action Days vor, bei denen Menschen aus aller Welt gemäß ihren eigenen Bedürfnissen und Möglichkeiten aktiv werden. Die Protestaktionen in Genf im Mai 1998, in Köln und Seattle 1999, in Prag 2000 und in Göteborg und Genua 2001 sind heute als Symbole des weltweiten Widerstands gegen den Neoliberalismus für viele Menschen ein Begriff.

In Deutschland gibt es bislang keine erfolgreichen Vernetzungen, die die PGA-Grundsätze teilen. Ein ausbaufähiger Ansatz bestand 1999/2000 im Widerstand gegen die Expo 2000, bei dem sich eine große Bandbreite verschiedener Gruppen zusammenschloß, die sowohl zu gemeinsamen Vorbereitungen inhaltlicher und organisatorischer Natur in der Lage waren als auch eine gemeinsame Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit zustande brachten. Danach zerbrach dieses »Anti-Expo-Netzwerk«, dessen wesentliche inhaltliche Punkte sich mit den Grund-

sätzen von PGA deckten, und obwohl es danach noch gelegentliche Versuche des Aufbaus von ähnlichen Strukturen gab (wie z. B. die Versuche zur Gründung eines Direct Action Networks im Dezember 2000 und nochmals im August 2001) hatten diese keine lange Dauer, da es schlichtweg am Willen und an der Fähigkeit zu dauerhafter Zusammenarbeit über Ein-Punkt-Bezüge hinaus und an lokalen, interventionsfähigen Aktionsgruppen fehlte und immer noch fehlt, die die Basis einer solchen Vernetzung bilden mußten.

Kritik

Nach der Vorstellung verschiedener praktischer Ansätze jetzt nochmals zurück zum theoretischen Teil: einer abschließenden Kritik. Wie an einigen Stellen schon klar geworden sein sollte, weisen eine Reihe von anarchistischen Ansätzen eine Nähe zum *Konservatismus* auf. Vor allem die Entfremdungskritik stützt sich implizit auf eine Vorstellung eines vormalig guten Zustandes, womit sie ein »natürliches« Wesen des Menschen setzt. Da wie auch in diversen Apologien der Gemeinschaft dürfte tendenziell die andererseits beschworene Freiheitsfähigkeit des Individuums aus dem Blick geraten. In der konkreten Orientierung an Gemeinschaft vollzieht sich ebenfalls eine problematische Verdinglichung »des Volkes« als primär geographische und nicht herrschaftliche Einheit, was sowohl für Kropotkin wie auch den Zionismus eines Martin Buber zu bemerken ist. Diese Verdinglichung des Volkes mag wohl auch der Grund dafür sein, daß es immer wieder Verbindungen zwischen anarchistischen und *nationalistischen* Bewegungen gibt, die jedoch zum Glück Marginalie waren und sind. Des weiteren weisen viele der frühen ökonomiekritischen Texte *antisemitische* Züge auf. Wenn das »gute« Geld (Tauschmittel) dem »bösen« Geld (Kapital) gegenübergestellt wird, ist dies möglicherweise eben nicht nur falsch, sondern auch kulturell bedingt. Ökonomiekritik bleibt so Kritik des (stereotyp »jüdischen«) Wuchers, aber nicht des Tausches, übersieht somit die systematische zweiseitige Beziehung von Akkumulation und sozialen Beziehungen, womit ihr auch die Fähigkeit der Zusammenführung von Ökonomiekritik und Entfremdungskritik bzw. Herrschaftskritik entgeht. Last but not least sei an die notorische Kritik der Kleinbürgerlichkeit erinnert, die wohl dem geschuldet ist, daß eine Reihe Denker und Projekte oberflächlich die systembedingten Ungerechtigkeiten ablehnen, ohne dabei eine grundsätzliche Systemkritik zu üben. Das gilt wohl vor allem für eine *anarcho-kapitalistische* Bewegung, die in Anlehnung an eher Owensche Ideen

versucht, einen sozial verträglichen und libertären Kleinkapitalismus zu entfalten.

Bei aller Kritik bleibt jedoch festzuhalten, daß die anarchistische Diskussion den Blick radikal auf das Phänomen der Herrschaft richtet und so Selbstverständlichkeiten in unserem Selbstverständnis aufbricht. Entschieden tritt der Anarchismus der These der Universalität von Herrschaft entgegen. So scheint er auch immun gegen den Lockeschen Gedanken, nach dem aller Anfang im Eigentum ist, und der durch den Marxismus leidlich tradiert im melancholisch-zynischen Trümmerhaufen der Theorie, der Systemtheorie endet. Demgegenüber insistiert die libertäre Diskussion immer wieder darauf, daß alle Aneignung auf Macht basiert, die, in konkret erfahrbaren Situationen angewendet, verantwortbar und vor allem verhinderbar ist.

HARALD NEUBERT

*DER SOGENANNT E EUROKOMMUNISMUS.
EIN WIDERSPRÜCHLICHES PHÄNOMEN
VON KRISE, ERNEUERUNGSSTREBEN
UND EROSION DER KOMMUNISTISCHEN
BEWEGUNG (THESEN)**

1.

Der Eurokommunismus war ein Phänomen der internationalen kommunistischen Bewegung der 70er Jahre. Er war

- Ausdruck einer tiefen, seit langem herangereiften Krise dieser Bewegung,
- Erscheinungsform des Erneuerungsstrebens, das heißt der Suche nach einem Ausweg aus der Krise,
- in der Konsequenz ein Ferment der weiteren Erosion und schließlich des Zerfalls der internationalen kommunistischen Bewegung.

Der Terminus war von vornherein mißverständlich und vieldeutig und somit fragwürdig und umstritten, und zwar vor allem, weil er nicht die kommunistischen Parteien in ganz Europa erfaßte und zugleich über Europa hinausgriff. Zum einen stieß er auch seitens europäischer kommunistischer Parteien kapitalistischer Länder, besonders jedoch seitens der an der Macht befindlichen Parteien in Osteuropa auf eine entschiedene Ablehnung, zum anderen gelang es nicht, die verschiedenen »häretischen« Positionen der betreffenden, sich eurokommunistisch nennenden Parteien zu bündeln, zu einem Konzept bzw. einer Plattform gemeinsamer Positionen zu vereinen, so daß er sich auch deshalb als nicht zukunftsfruchtig erwies. Allein der Ursprung des Terminus Eurokommunismus ist nicht ganz klar. Vermeintlich war es ein italienischer nicht-kommunistischer Journalist, der ihn erstmals anwandte. Verbreitung fand er im zeitlichen Umfeld der Konferenz europäischer kommunistischer und Arbeiterparteien, die im Juni 1976 in Berlin stattfand.

* *Die Thesen fußen auf dem vom Verfasser erarbeiteten Artikel »Eurokommunismus« im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus. Hrsg. von Wolfgang Fritz Haug. Bd. 3. Hamburg, Berlin 1997. S. 979–994.*

2.

Die Situation in den 70er Jahren, als es zum offenen Ausbruch des eurokommunistischen Dissenses kam, war in bezug auf die Entfaltungsmöglichkeiten und die aufgestauten Hemmnisse für die kommunistische Bewegung widersprüchlich und ambivalent.

In der internationalen kommunistischen Bewegung hatten sich ernsthafte Probleme angestaut, die keine oder keine konsensuale Lösung gefunden hatten. Kommunistische Parteien kapitalistischer Länder sahen sich inzwischen gezwungen, diese Probleme einer kritischen Prüfung zu unterziehen und nach Lösungen zu suchen, mit denen die Krisenerscheinungen überwunden werden sollten. Genannt seien u. a. folgende Probleme:

Der bereits seit Anfang des Jahrhunderts entbrannte Meinungsstreit über das unterschiedliche Demokratie-, Macht- und Parteiverständnis zwischen den Bolschewiki und den Theoretikern der westlichen Arbeiterbewegung sowie nach der Oktoberrevolution die Frage nach Unterschieden der Revolution im »Osten« und im »Westen« waren stets offen geblieben. Doch war in Gestalt des von Stalin kanonisierten »Leninismus« das sowjetische Verständnis der Problematik den übrigen kommunistischen Parteien als allgemeingültig und verbindlich oktroyiert worden.

Hoffnungsvolle differenzierte Ansätze für eigene, dem sowjetischen Modell nicht folgende »nationale« Wege zum Sozialismus wurden mit dem etwa 1947 einsetzenden Kalten Krieg und der Ausprägung der Stalinschen Hegemonialpolitik rasch wieder zunichte gemacht.

Besonders widersprüchlich und verhängnisvoll war in diesem Sinne 1948 der Ausbruch des Konflikts mit der KP Jugoslawiens, dessen Ursachen und Wirkungen tiefe Spuren hinterlassen hatten.

Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 hatte zwar einerseits eine tiefe Zäsur für das ideologische und politischen Selbstverständnis der kommunistischen Bewegung dargestellt und einige neue Gesichtspunkte formuliert (Notwendigkeit friedlicher Koexistenz der entgegengesetzten Systeme; Vermeidbarkeit von Kriegen zwischen Imperialismus und Sozialismus; neue Überlegungen zum Kampf der Kommunisten für Sozialismus im Kapitalismus: friedlicher Weg, Nutzung der Parlamente), blieb aber bei der Revision falscher und überlebter Positionen sowie bei der Aufdeckung der Ursachen des »Stalinismus« an der Oberfläche stehen.

Einen Rückschlag bildeten im Sommer und Herbst 1956 die Ereignisse in Polen und besonders in Ungarn. Sowohl die Liberalisierungen, die mit der vom XX. Parteitag der KPdSU eingeleiteten »Entstalinisierung« begannen, wie auch die Hemmnisse hierbei hatten unerfüllte Hoffnun-

gen, Unzufriedenheit und Massenbewegungen ausgelöst, in denen die Unzulänglichkeiten, Fehler, die Kluft zwischen sozialistischem Anspruch und mangelnder Demokratie usw. zum Durchbruch kamen. Der auf den Sturz des sozialistischen Regimes gerichtete Volksaufstand in Ungarn wurde durch eine militärische Intervention der Sowjetarmee niedergeschlagen. Der moralisch-politische Schaden war unermesslich.

Ende der 50er Jahre kam es zu einem ideologischen und politischen Hegemonialkonflikt zwischen der KPdSU und der KP Chinas, der Ende der 60er Jahre sogar zu bewaffneten Grenzzwischenfällen (zwischen zwei sozialistischen Staaten!) führte. In diesen Konflikt wurden im Verlaufe der 60er Jahre die meisten kommunistischen Parteien hineingezogen, nicht wenige von ihnen aufgrund dessen gespalten.

Infolge eines Macht- und Richtungskampfes in der Führung der KPdSU wurde 1964 Nikita Chruschtschow gestürzt und der von ihm begonnene anti-stalinistische Reformkurs abgebrochen.

Aus unterschiedlichen Gründen, darunter aufgrund des Widerstandes aus Moskau, scheiterten gegen Ende der 60er Jahre die Vorhaben, in der DDR und vor allem in der *ËSSR* das sozialistische System entsprechend neuen Entwicklungserfordernissen zu reformieren. Einen großen moralisch-politischen Schaden für den Sozialismus verursachte insbesondere der Einmarsch von Staaten des Warschauer Vertrages in der *ËSSR* am 21. August 1968, das heißt der gewaltsame Abbruch des sogenannten Prager Frühlings. Zugleich dokumentierte er die Reformunfähigkeit und die Wende hin zum Konservatismus und zur Stagnation in der Sowjetunion. Seitens der westeuropäischen kommunistischen Parteien stieß der Einmarsch auf eine ganz entschiedene Ablehnung, weil sie sozialistische Prinzipien verletzt sahen; und erstmals zeichnete sich offen ein tiefer Bruch zwischen regierenden und nichtregierenden kommunistischen Parteien ab, der nie mehr getilgt werden konnte und direkt zum eurokommunistischen Dissens führte.

Die von westeuropäischen kommunistischen Parteien geforderte kritische und konstruktive Erörterung dieser Probleme auf der Weltberatung 1969 in Moskau wurde von der KPdSU, der SED und anderen Parteien vereitelt, so daß die Probleme zunehmend als brisantes latentes Element der Erosion der Bewegung wirkten.

Bedrückend für viele kommunistische Parteien war, daß es die KPdSU trotz ihres verbalen Bekenntnisses zur Gleichberechtigung aller Parteien der kommunistischen Weltbewegung nicht unterließ, sich rechthaberisch und bevormundend in die inneren Angelegenheiten anderer Parteien einzumischen.

3.

Ungeachtet der angestauten Probleme und vielleicht im Widerspruch zu ihnen hatten jene Länder, in denen kommunistische und mit ihnen befreundete Parteien an der Macht waren, in den 70er Jahren den größten weltpolitischen Einfluß, ihre größte machtpolitische Entfaltung in ihrer Geschichte erreicht, die sich territorial von Kuba bis zum Pazifik und bis nach Afrika erstreckte. In den westlichen kapitalistischen Ländern fürchteten herrschende Kreise noch immer die Herausforderung und Einwirkung des realen Sozialismus, und zwar nicht nur wegen der militärischen Stärke und vermeintlichen militärischen Bedrohung, sondern auch aufgrund der sozialpolitischen Zustände, die ihre ausstrahlende Wirkung noch nicht eingebüßt hatten.

Mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki 1975 erlangten die sozialistischen Länder die völkerrechtliche Fixierung der von ihnen maßgeblich mitgestalteten europäischen Nachkriegsordnung. Der Entspannungsprozeß eröffnete neue Horizonte internationaler Koexistenz und Zusammenarbeit bei gegenseitiger Anerkennung und verminderter Konfrontation. Militärstrategisch hatte die UdSSR ein relatives Gleichgewicht zu den USA hergestellt, so daß Kriege zwischen ihnen nicht mehr führbar und gewinnbar waren.

Zugleich aber manifestierte sich in den sozialistischen Ländern Erstarrung, Unfähigkeit zu notwendigen Reformen, Konzeptionslosigkeit gegenüber den neuen ökonomischen, gesellschaftlichen, ökologischen, zivilisatorischen und internationalen Herausforderungen. Aufgrund der bereits wahrnehmbaren Systemdefizite – besonders hinsichtlich der Forderungen nach Demokratie, Menschenrechten, persönlichen Freiheiten – galt der reale Sozialismus für die kommunistischen Parteien der westlichen kapitalistischen Länder nicht nur nicht mehr als Orientierungsmodell, sondern er wirkte kontraproduktiv und diskreditierte mehr und mehr sozialistische Zielvorstellungen im kapitalistischen Westen. Die Beziehungen zwischen den westlichen Parteien und der KPdSU waren weiterhin zutiefst belastet durch die militärische Intervention in der UdSSR 1968.

Während die Mehrzahl der kommunistischen Parteien kapitalistischer Länder in ihrem Einfluß stagnierte oder sogar an Einfluß und Anhänger-schaft verlor, erlebten einige kommunistische Parteien kapitalistischer Länder eine Stärkung und Einflußerweiterung, namentlich die italienische, französische, spanische und portugiesische. Anfang der 70er Jahre vereinbarten Frankreichs Kommunisten und Sozialisten ein gemeinsames Regierungsprogramm. Die Italienische KP erreichte in der Mitte der 70er Jahre den Höhepunkt ihrer Stärke und ihres Einflusses. So gewann

sie (1975 bei Kommunalwahlen, 1976 bei Parlamentswahlen) etwa jede dritte Wählerstimme, so daß die »kommunistische Frage« darin bestand, daß im Lande ohne die IKP keine weitreichenden Entscheidungen mehr zu treffen waren; mit dem Konzept eines historischen Kompromisses klopfte sie an die Pforten der Regierung, die sie sodann tatsächlich gegen Ende der 70er Jahre kurzzeitig parlamentarisch stützte. Im NATO-Land Portugal hatte seit 1974 unter maßgeblicher Beteiligung der KP mit der »April-Revolution der Nelken« eine revolutionäre Umwälzung eingesetzt, die erstmals seit Ende des zweiten Weltkrieges in einem europäischen kapitalistischen Land einen sozialistischen Ausbruch aus dem westlichen System zu ermöglichen schien.

Die kommunistischen Parteien waren ebenso wie alle anderen Parteien und Organisationen, die zur traditionellen Arbeiterbewegung zählten, mehr denn je mit den sozialen Umbrüchen, den Strukturveränderungen, dem Werte- und Interessenwandel und mit Entsolidarisierungs-, das heißt Individualisierungstendenzen in der Gesellschaft, darunter in besonderem Maße auch in der Arbeiterklasse, konfrontiert, die nicht zufällig zu einer Diskussion über das »Verschwinden der Arbeiterklasse« führten. Wie dem auch sei, es handelte sich um objektive Erscheinungen, die das überkommene Verständnis von Arbeiterbewegung in eine Krise führten, die Verwurzelung der kommunistischen Parteien in der Arbeiterklasse erschütterten und zur Suche nach neuen Wegen politischer und sozialer Interessenwahrnehmung zwangen.

Aus der Sicht westlicher kommunistischer Parteien, besonders aus der Sicht ihrer Theoretiker, mußte deshalb eine doppelte Entkoppelung des Verhältnisses von Sozialismus einerseits und Diktatur des Proletariats andererseits vorgenommen werden: eine Abkoppelung des Sozialismus von der Diktatur und eine Abkoppelung sozialistischer Machtausübung von der Alleinherrschaft des Proletariats. Hiermit waren zwei Grundüberzeugungen des Marxismus-Leninismus in Frage gestellt; es handelte sich also um »Revisionismus« – für die einen um einen für die marxistische Theorie notwendigen, schöpferischen, für die anderen um einen unzulässigen, vom Marxismus wegführenden Revisionismus.

4.

Aus der Fülle des authentischen Materials der betreffenden Parteien lassen sich einige Theorie-, Strategie- und Politikfelder ermitteln, in denen mit unterschiedlichen Akzentuierungen eurokommunistisches Gedankengut zum Ausdruck kommt. Zu nennen sind:

- Relativierung der Gültigkeit des Marxismus-Leninismus als Theorie und ihres Praxisbezugs;

- Programmatische Vorstellungen über einen künftigen Sozialismus und über Wege zu ihm, die sich vom sowjetischen Modell unterschieden;
- Mehr noch: kritisches, distanzierendes Verhältnis zum Gesellschaftssystem des realen Sozialismus in der UdSSR und den anderen osteuropäischen Ländern;
- Vorstellungen über einen neuen Internationalismus, über eine pluralistische Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und gleichberechtigte Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien;
- Eigene Interessenartikulation zu internationalen Problemen, so zum Beispiel zum Ost-West-Konflikt, zur Krieg-Frieden- und Rüstungsproblematik.

5.

Obwohl niemand so recht in der Lage war, dem Eurokommunismus eine eindeutige Definition zu geben, war er eine herausfordernde politisch-ideologische Realität, die von allen damals einigermaßen im gleichen Sinne verstanden wurde.

Der Eurokommunismus durchlief im wesentlichen vier Etappen:

- a) zweiseitige Treffen der betreffenden Parteien (Treffen von IKP und KPSp im Juli 1975; Besuch einer IKP-Delegation in Japan Ende September 1975; Treffen von IKP und FKP im November 1975; Kundgebung von FKP und IKP in Paris am 3. Juni 1976; Kontakte der IKP mit anderen Parteien vor der Berliner Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien: mit der KP Großbritannien Ende April 1976, mit dem BdKJ Anfang Juni 1976, mit der KP Griechenlands /Inland/ Anfang Juni 1976) sowie die entsprechende Positionsbestimmung bei der Ausarbeitung des Dokuments für die Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien;
- b) das Auftreten von IKP, FKP, KP Spaniens, KP Großbritanniens, der Linkspartei Kommunisten Schwedens auf der Berliner Konferenz selbst;
- c) Treffen der Generalsekretäre von IKP, FKP und KP Spaniens in Madrid im März 1977;
- d) Niedergang der eurokommunistischen Euphorie Ende der 70er Jahre.

6.

Die Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas 1976 diente der kollektiven Verständigung über die Lage und weitere Entwicklung in Europa sowie die übergreifenden Aufgaben der Kommunisten nach der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit 1975 in Helsinki. In diesem Sinne wurde ein detailliertes Aktionsprogramm im weiteren Ringen um Entspannung, friedliche Koexistenz, vor allem jedoch um Abrüstung vereinbart.¹ Für das Auftreten und die Positionsbestimmung der dem Eurokommunismus zugeordneten Parteien war von besonderer Bedeutung, daß dies in Anwesenheit jener Parteien geschah, von denen man sich, obwohl man mit ihnen das gemeinsame Dokument mit übereinstimmenden Positionen zu vereinbaren bereit war, unterscheiden, ja distanzieren wollte. Das zentrale Thema der Konferenz, zu dem es auch weitgehende Übereinstimmung gab, war das der Friedenssicherung, der Abrüstung, der Entspannung und friedlichen Koexistenz. Die wesentlichen Divergenzpunkte, wie sie auf der Berliner Konferenz zutage traten, betrafen das Theorieverständnis, das Sozialismuskonzept, den Internationalismus der Kommunisten.

Enrico Berlinguer, Generalsekretär der IKP, nannte es »eine offensichtliche Tatsache, daß die Weiterentwicklung des Marxismus« – er sprach nicht vom Marxismus-Leninismus – »nicht Schritt gehalten hat mit den großen Veränderungen der Wirklichkeit der gegenwärtigen Welt, mit den verschiedenen Erfahrungen im Kampf und beim sozialistischen Aufbau und mit der politischen Praxis. Oft beschränkt man sich darauf, stereotype Formulierungen zu benutzen, mit Zitaten zu kämpfen und jede Position, die von der eigenen abweicht, willkürlich in dem einen oder anderen Sinne als revisionistisch zu etikettieren.«²

Man lebe in einer Epoche, in der sich tatsächlich prozessual der Übergang zum Sozialismus vollziehe.³ Ohne dabei von einem »dritten Weg« zum Sozialismus zu sprechen, wie es die IKP sodann tat, grenzte sich Berlinguer sowohl von der Sozialdemokratie ab, deren Weg sich als unfähig erwiesen habe, »zu einer wirklichen Überwindung des Kapitalismus zu führen«⁴, wie auch von den in den Ländern Osteuropas verfolgten Modellen, die »nicht den besonderen Bedingungen und den Orien-

1 Siehe Dokument der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas »Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa«. In: Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas. Berlin, 29. und 30. Juni 1976. Dokumente und Reden. Berlin 1976. S. 16.

2 Rede des Genossen Enrico Berlinguer. In: Ebenda. S. 230.

3 Siehe ebenda. S. 226.

4 Ebenda. S. 228.

tierungen der großen Arbeiter- und Volksmassen der Länder des Westens«⁵ entsprächen. Er wiederholte das Bekenntnis zur Parteienpluralität, zu Demokratie, Freiheit und Autonomie im Sozialismus. Einige andere kommunistische und Arbeiterparteien Westeuropas seien »zu analogen Ausarbeitungen in bezug auf den Weg zum Sozialismus und den Charakter der in ihren Ländern zu errichtenden sozialistischen Gesellschaft gelangt«⁶.

Der Internationalismus sei ein Wesenszug der Kommunisten, meinte Berlinguer.⁷ Die Bewegung für gesellschaftliche und politische Befreiung, für nationale Unabhängigkeit, für Frieden und Fortschritt der ganzen Menschheit gehe aber weit über die kommunistischen Parteien hinaus, sei breiter und sehr differenziert. In der kommunistischen Bewegung selbst könne es nach dem Internationalismusverständnis der IKP kein internationales Organ, keine Direktiven und Bindungen geben, sondern nur Gleichberechtigung, Autonomie und Öffentlichkeit.⁸ In diesem Sinne hätten die italienischen Kommunisten »zwar stets die großen Errungenschaften der sozialistischen Länder betont [...], aber auch mehrmals kritische Urteile [...] [abgegeben], entweder über bestimmte Ereignisse und Situationen (wie zum Beispiel in der Tschechoslowakei) oder über allgemeinere Probleme hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Demokratie und Sozialismus in verschiedenen sozialistischen Ländern«.⁹ Wenngleich sehr diplomatisch ausgedrückt, äußerte Berlinguer als einziger offene Kritik an der Unterdrückung des »Prager Frühlings« 1968.

Die Rede Santiago Carrillos, des Generalsekretärs der KP Spaniens, war der Form nach provokativer als die Berlinguers. Er verglich die kommunistische Bewegung im Positiven und Negativen mit Christentum und Kirche. Die Zeit der Verfolgung habe bei den Kommunisten »eine Verbindung zwischen wissenschaftlichem Sozialismus und einer Art Mystik des Opfertums und der Vorbestimmung entstehen [lassen]. Wir wurden eine Art neue Kirche mit unseren Märtyrern und Propheten. Jahrelang war Moskau [...] unser Rom. Wir sprachen von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, als wäre sie unsere Weihnacht.«¹⁰ Nunmehr sei die kommunistische Bewegung aus dieser Kinderzeit herausgewachsen und würde immer mehr den Charakter einer Kirche verlieren. »Der wissenschaftliche Gehalt unserer Theorien setzt sich gegen-

5 *Ebenda.*

6 *Ebenda.*

7 *Siehe ebenda.* S. 226.

8 *Siehe ebenda.* S. 223, 230.

9 *Ebenda.* S. 230.

10 *Rede des Genossen Santiago Caririllo.* In: *Ebenda.* S. 120.

über dem Glauben und der Mystik von der Vorbestimmung durch«¹¹, meinte optimistisch Carrillo. In Wirklichkeit vollzog sich auch weiterhin im unbewältigten Spannungsfeld von wissenschaftlichem Erfordernis, mangelnder Diskursfähigkeit und fortbestehendem Dogmatismus ein fortschreitender Prozeß der Aushöhlung der marxistischen Theorie. Carrillo bezeichnete den Sozialismus als eine herangereifte Notwendigkeit, deren Einsicht aber nicht nur von der engen proletarischen Vorhut in Anspruch genommen werden könne.¹² Im Westen gehe es dabei um Wege und Formen des Sozialismus, »die nicht genau die gleichen sein werden wie in anderen Ländern [...] Die Hegemonie der Kräfte der Arbeit und Kultur, die heute im Kampf für den Sozialismus in unseren Ländern in der ersten Reihe stehen, wird nicht mit diktatorischen Mitteln durchgesetzt, sondern durch die Anerkennung des politischen und ideologischen Pluralismus, ohne Einparteiensystem und bei ständiger völliger Achtung der Ergebnisse freier Wahlen.«¹³ Besonders bemerkenswert ist die Formulierung vom Bündnis und der Hegemonie der Kräfte der Arbeit und Kultur, mit der Carrillo den Veränderungen in der sozialen Struktur der Gesellschaft, der maßgeblichen Rolle von Wissenschaft und Kultur gerecht werden wollte.

Georges Marchais, Generalsekretär der Französischen KP, gebrauchte in seiner Rede auf der Berliner Konferenz den Begriff des »demokratischen Sozialismus«¹⁴ und wiederholte die Grundthesen des zuvor durchgeführten XXII. Parteitag der FKP. Indem er ausführte, daß »der Begriff ›Diktatur des Proletariats‹ sich mit der Wirklichkeit der politischen Macht in dem sozialistischen Frankreich, für das wir kämpfen, nicht deckt«¹⁵ und deshalb der Parteitag beschlossen hätte, auf ihn zu verzichten, bekundete er gleichermaßen die Revision einer der grundlegenden theoretischen und politischen Axiome des Leninismus wie auch die Kritik an der machtpolitischen Praxis in den sozialistischen Ländern. Marchais nahm in seiner Rede eine gewisse Korrektur des FKP-Konzepts von der internationalen Politik vor, vermutlich in Anlehnung an Auffassungen der IKP. Der Imperialismus sei zur Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz gezwungen. Doch könne friedliche Koexistenz »keineswegs mit einem sozialen und politischen Status quo in unserem Lande identifiziert werden, mit der Teilung der Welt in Einflußbereiche, die von den stärksten Staaten beherrscht werden«¹⁶. Ent-

11 *Ebenda.*

12 *Siehe ebenda.*

13 *Ebenda.* S. 124.

14 *Rede des Genossen Georges Marchais.* In: *Ebenda.* S. 248.

15 *Ebenda.* S. 250.

16 *Ebenda.* S. 253.

spannung müsse beitragen, den Kampf für demokratische Veränderungen und für Sozialismus zu begünstigen. Diese Ermahnung dürfte vermutlich von Marchais an beide Supermächte gerichtet worden sein. Indem er für die Auflösung der Militärblöcke plädierte, gestand er in diesem Zusammenhang nunmehr auch ein, daß, solange dies nicht erreicht sein werde, »Frankreich unter Respektierung seiner Bündnisse Mitglied der NATO bleiben«¹⁷ werde.

Erwähnt werden soll hier nur noch die Rede des Generalsekretärs der KP Großbritanniens, Gordon McLennan. Er betonte, daß in Großbritannien Sozialismus »nur durch die freie Entscheidung der Mehrheit des britischen Volkes geschaffen werden«¹⁸ könne. Er verlangte »nicht nur die Vergesellschaftung der großen Monopole, Banken und von Grund und Boden [...], sondern auch einen umfassenden Ausbau der Demokratie«¹⁹. In einem sozialistischen Großbritannien, das Ziel der Partei sei, müsse es »Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und die Freiheit, Demonstrationen durchzuführen, geben [...], desgleichen Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit in Kultur, Kunst und Wissenschaft, die Freiheit zu reisen, Freiheit der Gewerkschaften sowie das Streikrecht und die freie Betätigung für alle demokratischen politischen Parteien, unter Einschluß von Oppositionsparteien«²⁰. Auch hier ging es um eine Distanzierung zur Praxis in den sozialistischen Ländern. Dieses Sozialismuskonzept der britischen Partei, das an das im Programm des britischen Weges zum Sozialismus von 1951 anknüpfte und im wesentlichen dem der anderen drei zuvor genannten Parteien entsprach, war allerdings nicht mehr als ein platonisches Bekenntnis, da gerade sie aufgrund des geringen Einflusses im Lande unvergleichlich weiter von der Verwirklichung ihrer Ziele entfernt war als die drei anderen.

Das Abschlußdokument der Berliner Konferenz enthielt eine Passage zum Theorieverständnis und zum Internationalismus, die sich vom überkommenen kommunistischen Sprachgebrauch unterschied und auf ausdrückliches Verlangen der eurokommunistischen Parteien aufgenommen wurde, die allerdings, damit sie auch von den regierenden Parteien akzeptiert werden konnte, einen Kompromißcharakter trug: Die Parteien werden »ihre internationalistische, kameradschaftliche, freiwillige Zusammenarbeit und Solidarität auf der Grundlage der großen Ideen von Marx, Engels und Lenin entwickeln, bei strenger Wahrung der Gleichberechtigung und souveränen Unabhängigkeit jeder Partei, der Nichtein-

17 *Ebenda.* S. 254.

18 *Rede des Genossen Gordon McLennan.* In: *Ebenda.* S. 150.

19 *Ebenda.*

20 *Ebenda.*

mischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der freien Wahl verschiedener Wege im Kampf um fortschrittliche gesellschaftliche Umgestaltungen und für den Sozialismus«²¹. Absichtlich vermieden wurden die Begriffe »Marxismus-Leninismus« und »proletarischer Internationalismus«.

7.

Zum Eurokommunismus-Verständnis der IKP gehörte also das Konzept vom Neuen Internationalismus, das sie dem traditionellen Konzept vom proletarischen Internationalismus entgegensetzte. Es schloß folgende Aspekte ein: Solidarität auf freiwilliger Grundlage; Pluralismus, das heißt Einheit in der Verschiedenheit und Vielfalt; Autonomie und Unabhängigkeit gegenüber den anderen Parteien, vor allem gegenüber der KPdSU mit deren fortbestehendem ideologischem und politischem Führungsanspruch in der kommunistischen Bewegung; Ablehnung eines Zentrums und einer führenden Partei in der internationalen kommunistischen Bewegung; Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Parteien und anderer sozialistischen Staaten, jedoch Recht auf Kritik; distanziertes Verhältnis zum Theorieverständnis und zur gesellschaftlichen Praxis der dem sowjetischen Modell verpflichteten sozialistischen Länder; Gleichberechtigung aller kommunistischen Parteien; Respektierung und Wahrnehmung der nationalen Spezifik einer jeden kommunistischen Partei und eines jeden Landes; breite Öffnung der Bewegung und Ausdehnung des Internationalismus auf nichtkommunistische antiimperialistische, progressive, emanzipatorische Kräfte in der ganzen Welt, ohne Anspruch auf eine kommunistische Vorhutrolle.

8.

Bei dem Treffen von Enrico Berlinguer von der Italienischen KP, Santiago Carrillo von der KP Spaniens und Georges Marchais von der Französischen KP in Madrid am 1. März 1977 ging es darum, die Meinungsunterschiede, die vor allem zwischen IKP und FKP bestanden, zu überwinden und sich über »eurokommunistische« Gemeinsamkeiten einvernehmlich zu verständigen. Das Treffen vermochte diesen Zweck nicht oder nur unzureichend zu erfüllen. Neue Gesichtspunkte enthält

²¹ Dokument der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas. In: *Ebenda*. S. 25.

die gemeinsame Madrider Erklärung der drei Parteien deshalb nicht. Es wurden lediglich die schon zuvor geäußerten Auffassungen bekräftigt. Zunächst wird als Ausgangspunkt die Einschätzung gewählt, daß sich der Kapitalismus in der Krise befindet und der einzige Ausweg in der als dringend gebotenen Orientierung auf den Sozialismus besteht. »Die Krise des kapitalistischen Systems fordert mit größerer Stärke als je zuvor dazu auf, die Demokratie zu entwickeln und zum Sozialismus zu schreiten.«²² Wiederholt werden sodann die Prämissen, Prinzipien und Erfordernisse für den Vormarsch zu einer sozialistischen Gesellschaft und deren Gestaltung, verstanden als Alternative zum Kapitalismus. »Die Kommunisten Spaniens, Frankreichs und Italiens wollen für den Aufbau einer neuen Gesellschaft in der Pluralität der politischen und gesellschaftlichen Kräfte, in der Achtung, Gewährleistung und Entwicklung aller kollektiven und persönlichen Freiheiten wirken: der Gedanken- und Redefreiheit, der Presse- und Versammlungsfreiheit, der Freiheit, Vereinigungen beizutreten, der Demonstrationsfreiheit, der Bewegungsfreiheit der Menschen im In- und Ausland, der Unabhängigkeit der Gewerkschaften und des Streikrechts, der Unverletzbarkeit des Privatlebens, der Respektierung des allgemeinen Wahlrechts und der Möglichkeit des demokratischen Wechsels der Mehrheiten, der religiösen Freiheiten, der kulturellen Freiheit und der Freiheit der verschiedenen Strömungen und Meinungen auf philosophischer, kultureller und künstlerischer Ebene.«²³

Jede Partei erarbeitet und beschreitet, so wird konstatiert, ihren Weg in voller Autonomie bei internationalistischer Solidarität und Freundschaft, basierend auf »der Unabhängigkeit jeder einzelnen Partei, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung, der Respektierung der freien Wahl der eigenen Wege und Lösungen für den Aufbau sozialistischer Gesellschaften entsprechend den Bedingungen in den einzelnen Ländern«²⁴.

9.

Die Hauptwidersacher des Eurokommunismus saßen in Moskau und in Washington, jeweils, kurz gesagt, mit dem Argwohn, eine erneuerte und damit attraktivere, einflußreichere kommunistische Bewegung selbstän-

²² Erklärung über das Treffen von IKP, FKP und KPSP in Madrid. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 4. März 1977. S. 6.

²³ Ebenda.

²⁴ Ebenda.

dig agierender Parteien würde ihren macht- und hegemoniepolitischen Einfluß in Frage stellen, eine Erosion des jeweiligen inneren Machtgefüges herbeiführen. Was die KPdSU und die mit ihr verbundenen Parteien anbelangte, so demonstrierten sie trotz offenkundiger Probleme jegliches Fehlen einer Bereitschaft zum Dialog, von einer Bereitschaft zur kritischen Analyse realsozialistischer Erfahrungen und Deformationen ganz zu schweigen.

Immerhin: Es handelte sich erstmals in der kommunistischen Bewegung um einen tiefen Dissens, den die KPdSU nicht mehr auszugrenzen in der Lage war, denn seine Promotoren waren die einflußreichsten kommunistischen Parteien in der entwickelten kapitalistischen Welt.

Was die USA und andere NATO-Länder anbelangte, so wurden zwei unterschiedliche Linien sichtbar: Einerseits war man an einer Auflösung der kommunistischen Bewegung, an einer Abkehr der westlichen Parteien von der Sowjetunion interessiert und sah im Eurokommunismus einen Hebel hierzu, aber andererseits blieb man skeptisch und mißtrauisch und befürchtete in Gestalt des Eurokommunismus unannehmbare Herausforderungen, eine mögliche Erosion bestehender westlicher Machtstrukturen. Man befürchtete, die zu erwartende größere Attraktivität und Einflußmöglichkeit der Kommunisten, vor allem in Italien, könne die Geschlossenheit der westlichen Allianz unterminieren und Möglichkeiten demokratisch-sozialistischer, demokratisch-kommunistischer gesellschaftlicher Alternativen fördern. Bereits 1974, als von Eurokommunismus noch nicht die Rede war, erklärte Henry Kissinger: »Ob sie nun von Moskau abhängig sind oder nicht, Kommunisten vertreten eine Philosophie, die ihrer Natur und ihren eigenen Bekundungen nach außerhalb des ›bourgeois‹ Rahmens westlicher Verfassungsgeschichte steht; sie ist eine Bewegung, die sich auf eine andere Tradition beruft und ein weitgehend irreführendes Vokabular benutzt.«²⁵

10.

Welches waren – cursorisch dargestellt – die Gründe des Mißerfolgs eurokommunistischen Erneuerungsstrebens?

Die nach wie vor von der KPdSU mehrheitlich dominierte kommunistische Bewegung erwies sich als erneuerungsunfähig, lehnte auch aus Furcht, ihre Identität und das Wohlwollen aus Moskau zu verlieren,

²⁵ Henry Kissinger: *Wenn der Eurokommunismus an die Macht käme*. Zit. nach Clemens M. Hutter: *Eurokommunisten – Lenins treue Jünger*. Krefeld 1978. S. 165.

das eurokommunistische Gedankengut als zersetzend und revisionistisch ab. Die eurokommunistischen Parteien, obwohl einflußreich, blieben isoliert.

Die von diesen Parteien, namentlich von der IKP, verfolgte und optimistisch erwartete Überwindung der traditionellen antikommunistischen Vorbehalte der USA, der BRD, der NATO etc. gegen die Aufwertung und Regierungsbeteiligung der Kommunisten in den westlichen Ländern trat nicht ein, scheiterte. Die IKP, der es nur gelungen war, die Regierungsmehrheit parlamentarisch zu stützen, sah sich aus Enttäuschung und aufgrund innerer Zerrissenheit gezwungen, auf diese Rolle 1979 zu verzichten, vom sogenannten historischen Kompromiß mit den Christdemokraten auf eine gegen diese gerichtete Linksunion umzuschwenken. 1978 war der christdemokratische italienische Ministerpräsident Aldo Moro ermordet worden, weil er geneigt war, die eurokommunistische IKP an der Regierung zu beteiligen. Der Eurokommunismus erwies sich nicht als ein Hebel, um den Antikommunismus der herrschenden Kreise des Westens in deren Ideologie und Politik abzubauen. Und 1983 verließ die FKP, der eine Regierungsbeteiligung zusammen mit den Sozialisten tatsächlich gelungen war, die Regierungskoalition, weil deren Reformprogramm scheiterte.

Trotz einiger Annäherungen gelang es auch im Zeichen des Eurokommunismus nicht, den Graben zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu überbrücken. Den Sozialdemokraten bzw. Sozialisten reichte die von den betreffenden kommunistischen Parteien vorgenommene Revision des Leninismus und die Distanz zu Moskau nicht aus, um ihre Vorbehalte und ihr Mißtrauen abzubauen.

Gegen Ende der 70er Jahre erlitten die beiden großen Parteien IKP und FKP bei Wahlen erhebliche Einbußen an Stimmen, wodurch ihr Gewicht im Lande verringert wurde. Das bedeutet, daß die eurokommunistischen Ideen den Parteien keine größere Attraktivität und keinen größeren Einflußgewinn in ihren Ländern bescherten.

Die Parteien waren in den 70er Jahren verstärkt mit den politischen Auswirkungen jener sozialen Wandlungsprozesse konfrontiert, die in den Prozessen der Fragmentierung, Interessendiversifizierung, Individualisierung usw. in der Arbeiterklasse Ausdruck fanden und die traditionelle Basis der kommunistischen Parteien, ja der Arbeiterbewegung insgesamt, aufzulösen begannen. Es gelang den Parteien, obwohl sie diese Prozesse mehr oder weniger wahrnahmen, nicht, sich darauf einzustellen.

Die eurokommunistischen Ideen und Prinzipien blieben in einem deklarativen Stadium stecken. Es gelang nicht, sie theoretisch umfassend, fundiert und überzeugend, sozusagen als schöpferische Weiterentwick-

lung des Marxismus, zu vertiefen und zu begründen; es gelang nicht, eine entsprechende theoretische und strategische Plattform auszuarbeiten, die eine komplexe Antwort auf die im Kapitalismus zu lösenden Probleme hätte geben können. Unberücksichtigt blieben die Probleme der Ökologie, der Dritten Welt, der patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen usw., wie sie damals z. B. von den Bewegungen der Grünen aufgegriffen wurden. Marxistische Antworten fehlten hierfür.

Zwischen den Parteien, die sich zum Eurokommunismus bekannten bzw. ihm zuzurechnen waren, so vor allem zwischen IKP und FKP, wurden auf solchen Gebieten gravierende Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeräumt, die über die nationalen Besonderheiten hinweg das Gemeinsame, das allgemein in der Theorie und der Politik zu Revidierenden betrafen, wie zum Beispiel der Bezug auf die Arbeiterklasse, das Verhältnis zur Sozialdemokratie, zur europäischen Integration, zur NATO. Unterschiedliche Auffassungen offenbarten sich zwischen IKP und FKP auch in bezug auf die sogenannte Raketen-Nachrüstungsproblematik und die Mitverantwortung der Sowjetunion hierfür Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre. Für den 28. und 29. April 1981 hatte die FKP gemeinsam mit der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) eine Konferenz europäischer kommunistischer Parteien zu Frieden und Abrüstung nach Paris einberufen. Demonstrativ blieben IKP, KP Spaniens und auch Rumänische KP fern, da sie nicht bereit waren, der sowjetischen Verhaltensweise Zugeständnisse zu machen.

Unbehagen, Differenzierungen und sogar Spaltungserscheinungen äußerten sich auch innerhalb einiger eurokommunistischer Parteien, wodurch ihre innere Einheit und eine einheitliche Ausstrahlung beeinträchtigt wurden. Wegen unterschiedlicher Bewertung waren Streitpunkte beispielsweise in der IKP der historische Kompromiß und in der FKP die Regierungsbeteiligung.

II.

Eine Verhärtung der internationalen Situation trat um die Wende zu den 80er Jahren ein infolge des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan, infolge der Ausrufung des militärischen Ausnahmezustandes und des Verbots der *Solidarność*-Bewegung in Polen sowie infolge der neuen Rüstungseskalation in Gestalt der Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa. Damit verstärkte sich erneut im Westen eine allgemeine antikommunistische Polarisierung, die den Eurokommunismus nicht aussparte.

Die Reaktionen westeuropäischer kommunistischer Parteien auf die Polen-Ereignisse 1981, das heißt auf die Ausrufung des militärischen

Ausnahmezustandes im Dezember 1981, fielen weit schärfer und prinzipieller aus als jene nach den ËSSR-Ereignissen 1968, obwohl sie in deren logischer Fortsetzung lagen. Am weitesten ging wie stets zuvor die IKP, die nunmehr den offenen Bruch mit der KPdSU verkündete und sich aus der Gemeinschaft der internationalen kommunistischen Bewegung, sofern diese überhaupt noch existierte, verabschiedete. So hieß es in der Resolution der Nationalen Leitung der IKP vom 30.12.81: »Die dramatischen Ereignisse dieser Tage überzeugen uns verstärkt von der Notwendigkeit, völlig neue Wege zu finden und zu beschreiten, um dem Kampf für Demokratie und Sozialismus in der ganzen Welt einen neuen Aufschwung zu geben. Dieses Erfordernis steht vor uns nicht nur, weil die Bedingungen, unter denen die westeuropäischen Kräfte der Linken wirken müssen, unterschiedlich sind. Tatsache ist, daß man es in den osteuropäischen Ländern nunmehr mit rückläufigen Prozessen, mit immer wiederkehrenden und dramatischen Krisen zu tun hat, die die monolithische Machtkonzeption in Frage stellen, daß Institutionen fehlen, die dem Willen der Gesellschaft wirklich gerecht werden, daß man an die Beziehungen innerhalb des ›sozialistischen Lagers‹, an die Konzeption vom Sozialismus als Modell und nicht als historischen Prozeß, der sich im Weltmaßstab auf die verschiedenste Art und Weise entfaltet, also nach eingeeengten und hierarchischen Vorstellungen herangeht. [...] Es muß festgestellt werden, daß auch diese Phase der Entwicklung des Sozialismus, die mit der Oktoberrevolution begann, ihre Ausstrahlungskraft verloren hat, genau wie jene Phase, in der die sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsbewegungen entstanden, die in der Zweiten Internationale vereint waren. [...] Die Menschheit steht vor gigantischen, noch nie dagewesenen Problemen – es geht sogar ums Überleben –, die der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist zu lösen. Es entstanden neue Bedürfnisse und Bestrebungen der Völker, die in verschiedener Art und Weise nicht nur in den westlichen kapitalistischen Ländern und in denen der dritten Welt zum Ausdruck gebracht werden, sondern auch in den Ländern sozialistischen Typs.«²⁶

12.

Die kommunistische Bewegung war in allen ihren Erscheinungsformen in den 80er Jahren einem rapiden Zerfall preisgegeben, deren Ursachen

²⁶ *Risoluzione della Direzione del PCI: La riflessione sui fatti di Polonia: aprire una nuova fase della lotta per il socialismo. In: »L'Unità«. Rom vom 30. Dezember 1981 (Übersetzung H. N.).*

vor allem innerer Natur waren, weit in die Geschichte zurückreichten und im Für und Wider des Eurokommunismus ihre Reflexion fanden. Man darf aber auch nicht die beschämende Tatsache vergessen, daß seit Mitte der 80er Jahre die KPdSU-Führung unter Michail Gorbatschow die zuvor für ihre Politik instrumentalisierte und disziplinierte kommunistische Bewegung, ob traditionell oder eurokommunistisch, wie eine mißratene Frucht von sich stieß. In seinem Neuen Denken hatten die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern nicht nur keinen Platz, sie galten offenbar als Störfaktor.

Der Eurokommunismus blieb eine episodenhafte, nicht realisierte Chance verspäteten und partikularen Erneuerungstrebens in dieser großen historischen Bewegung, die sich bereits – vor allem selbstverschuldet – im Niedergang befand. Anstatt Aufschwung und Erneuerung erfolgte Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre allerdings eine Vertiefung der Krise und die Fortsetzung des Auflösungsprozesses der internationalen kommunistischen Bewegung, die Verstärkung ihres Unvermögens, Antworten auf die neuen Herausforderungen der gesellschaftlichen und globalen Entwicklungen zu finden und – als internationale politische Kraft – entsprechende Aktionen zu entfalten. William Pfaff, ein amerikanischer »Kommunismus-Forscher«, schrieb schon im April 1979: »Das Ende des Eurokommunismus ist in Sicht. [...] Seine wahre Bedeutung lag darin, daß er ein Testament für den Zerfall des Kommunismus in Westeuropa gewesen ist – und die sowjetische Autorität in Osteuropa bedrohte.«²⁷

Allerdings: Nicht die eurokommunistischen Konzepte waren als solche gescheitert, sondern die mit ihnen verbundenen euphorischen Erwartungen. Ihre zentralen Elemente – Einheit von Demokratie und Sozialismus, Gewaltenteilung und -kontrolle, politischer Pluralismus usw. – gehören heute erst recht zu den Bestandteilen sozialistischer und demokratisch-kommunistischer Programmatik und Politik.

27 William Pfaff: *Die letzten Tage des Eurokommunismus?* In: »International Herald Tribune«. Paris vom 28./29. April 1979 (Übersetzung H. N.).

ZU DEN AUTOREN DES HEFTES

Klaus-Jürgen Grün, Privatdozent Dr. habil., Jahrgang 1957. Nach Berufsausbildung in der chemischen Industrie 7 Jahre bei DEGUSSA tätig. Abitur als Externer. Studium der Philosophie, Mathematik und mittleren und neueren Geschichte sowie Geschichte der Naturwissenschaften in Frankfurt am Main. Promotion 1992 über den Spinozismus der Naturphilosophie Schellings. Habilitation 1999 in Frankfurt über Naturphilosophie im Mittelalter. Bis März 2001 in Frankfurt am Main Hochschuldozentur mit dem Schwerpunkt Naturphilosophie und Philosophie der Aufklärung. Seit Sommer 2001 Leiter des Philosophischen Kollegs für Führungskräfte. Buchpublikationen: *Idee, Natur und Geschichte* (1991, Hrsg. gemeinsam mit Matthias Jung), *Das Erwachen der Materie. Studie über die spinozistischen Gehalte der Naturphilosophie Schellings* (1993), *Vom Unbewegten Bewegter zur bewegenden Kraft. Der pantheistische Charakter der Impetustheorie im Mittelalters* (1999), *Negativität des Weltlaufs. Zum Verhältnis von Ethik und Geschichtsphilosophie* (1999, Hrsg. gemeinsam mit Matthias Jung, Matthias Lutz-Bachmann, Gunzelin Schmid Noerr), *Durchgeistete Natur. Ihre Präsenz in Goethes Dichtung, Wissenschaft und Philosophie* (2000, Hrsg. gemeinsam mit Alfred Schmidt), *Arthur Schopenhauer* (2000), *Geist und Geld. Die zweite Natur des Menschen*, (2002).

Mario Keßler, Dr. phil. habil., Jahrgang 1955. Studium der Geschichte in Jena und Leipzig. 1982 Promotion in Leipzig, 1990 Habilitation an der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin. Lehr- und Forschungstätigkeit in der DDR, der Bundesrepublik, England und den USA. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung und Privatdozent an der Universität Potsdam. Forschungsschwerpunkte: Moderner Antisemitismus, Exilforschung, Historiographiegeschichte, Arbeiterbewegung. Buchpublikationen: *Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus* (1993), *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933* (1994), *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz* (1995), *Heroische Illusion und Stalin-Terror* (1999), *Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR* (2001). Umfangreiche Tätigkeit als Herausgeber, zuletzt: *Ketzer im Kommunismus* (mit Theodor Bergmann, 2. Aufl. 2000). Zahlreiche Aufsätze in deutscher und englischer Sprache zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Gegenwärtig Arbeit an einer Biographie des Historikers und Politikers Arthur Rosenberg.

Ralf Baumgart, Jahrgang 1976. Student der Geschichte und Politikwissenschaften an der TU Dresden.

Roman Kalex, Jahrgang 1964. War und ist in verschiedenen autonomen Gruppierungen tätig. Derzeit befindet er sich in der Abschlußphase seines Politologiestudiums an der TU Dresden.

Harald Neubert, Prof. Dr. habil., Jahrgang 1932. 1952–57 Geschichtsstudium an der Universität Leningrad. Danach wissenschaftlicher Assistent am Institut für Allgemeine Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin. 1964 Promotion an der Humboldt-Universität mit einer Arbeit zum frühen Mittelalter Italiens. 1963–69 Tätigkeit auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen der Arbeiterbewegung. 1970–90 Direktor des Instituts für Internationale Arbeiterbewegung an der

Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin. 1973 Habilitation mit einer Arbeit zur Geschichte, Politik und Theorie der Arbeiterbewegung, vornehmlich kapitalistischer Länder Europas, zur Entwicklung der europäischen Nachkriegsordnung und des Ost-West-Verhältnisses. Jetzt im Ruhestand.